Montag, 14. November 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 266 - 46.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Shamir: Für Israels neuen Premier Shamir ist die PLO kein Faktor mehr im Kräftespiel des Mittleren Orients. In einem WELT-Gespräch äußerte sich der Regierungschef auch zu deutschen Waffenexporten. Shamir: „Wir sind grundsätzlich und aus Prinzip gegen jede militärische Kooperation Bonns mit arabischen Ländern, die uns vernichten wollen." (S. 1)

Papst zu Wissenschaft: Johannes Paul II. hat die Forscher in aller Welt aufgefordert, die „Wissenschaft abzurüsten" und in den Dienst des Friedens zu stellen. (S. 7)

Kredit an „DDR": Die Vergabe eines neuen Milliarden-Kredits an die „DDR" ist für Bonn derzeit kein Thema, erklärte ein Regierungssprecher. Er reagierte auf Presseberichte, wonach die „DDR" solche Wünsche zwar geäußert habe, sie von Kanzler Kohl aber abgelehnt worden seien. (S. 8)

JU-Vorsitz: Nachfolger des ausgeschiedenen Vorsitzenden der Jungen Union, Wissmann, wurde der 28jährige Christoph Böhr. (S. 4)

„DDR"-Flüchtling?: An der Südküste Fehmarns ist die Leiche eines Mannes in Taucherkleidung angetrieben worden, der vermutlich aus der „DDR" geflüchtet ist. Die Taucherkleidung war gegen Kälte mit Schaumstoff ausgefüllt. Bei der Leiche wurden Papiere gefunden, die auf Herkunft aus der „DDR" deuten.

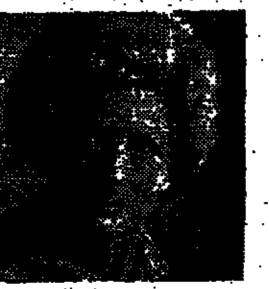
Zusage an Südkorea: Als erster US-Präsident hat Ronald Reagan gestern die Demarkationslinie zwischen Süd- und Nordkorea besucht. In Seoul sicherte Reagan Südkorea die volle militärische Unterstützung der USA gegen jeden Angriff aus dem kommunistischen Norden zu. Gleichzeitig forderte er zur Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses auf. (S. 8)

„Aussprache" in Polen: Mit der Veröffentlichung von drei alternativen Plänen zur Anhebung der Lebensmittelpreise zum Januar 1984 um zehn bis 15 Prozent hat Warschau einen „Monat der Aussprache" über die Preispolitik eingeleitet. Die öffentliche Diskussion soll offenbar den Widerstand gegen Preiserhöhungen dämpfen.

Schußanlagen: Bei einem „vernünftigen Verlauf" der weiteren Gespräche mit der „DDR" wird nach Auffassung des CSU-Vorsitzenden Strauß Ende 1984 „keine einzige Selbstschußanlage" an der innerdeutschen Grenze mehr stehen.

Heute: Bericht des Bundeskanzlers zur politischen Lage vor dem Bundesausschuß der CDU. – Weltbankpräsident Clausen in Bonn. – China und Großbritannien setzen Hongkong-Gespräche fort. – Deutsch-israelische Jahreskonferenz in Jerusalem. – EG-Kommissar Etienne Davignon zu Handelsgesprächen in Tokio.

ZITAT DES TAGES



» Jeder Form von organisiertem Druck auf das Parlament muß eine klare Absage erteilt werden. «

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) zu Plänen der „Friedensbewegung", den Bundestag während der Debatte über die Stationierung neuer Raketen zu „belagern"

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

MAN: Einen Fehlbetrag von 148,2 Millionen DM weist der Abschluß für 1982/83 (30. Juni) aus. Ein positives Ergebnis wird frühestens 1984/85 erwartet. (S. 10)

Japan: Die OECD sagt einen Handelsbilanzüberschuß von 30 Milliarden Dollar für 1983 voraus, meldet „Asahi Shimbun". Überschuß 1982: 18,1 Milliarden.

Arbeitszeit: Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum jetzigen Zeitpunkt wäre „absurd und dumm", erklärte Kanzler Kohl. Oppositionsführer Vogel kündigte an, die SPD werde die Gewerkschaften in diesem Punkt voll unterstützen. (S. 4)

Nachfrage steigt: Weitere Produktionserhöhungen in der deutschen Industrie und eine bessere Auslastung der Kapazitäten stellt das Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo fest. (S. 9)

KULTUR

Für Kunsthalle: Die Stadt Bonn ist nicht bereit, ein für den Bau einer Kunsthalle vorgesehenes Gelände für eine „Nationale Mahn- und Gedenkstätte" abzutreten. Oberbürgermeister Daniels sagte, die Planung für die Kunsthalle dürfe unter dem anderen Projekt nicht leiden.

Tauziehen entschieden: Köln wird künftig fester Standort des Internationalen Kunstmarkts. Das beschloß der Bundesverband deutscher Galerien. Bislang war diese einzige Messe für Kunst des 20. Jahrhunderts abwechselnd in den Städten Köln und Düsseldorf zu sehen.

SPORT

Fechten: Der deutsche Florettmeister Klaus Reichert (Bonn) gewann bei der Europameisterschaft in Lissabon die Silbermedaille. Reichert verlor das Finale gegen den Italiener Andrea Borella. (S. 13)

Galopp: Eine Sonderprämie von einer Million Dollar erhielt der Pariser Kunsthändler Daniel Wildenstein, weil sein Pferd All Along das Washington-DC-International in Maryland gewann.

Gymnastik: Überraschend wurde bei der WM in Straßburg die erst 18 Jahre alte Bulgarin Diliana Gueorguiwa neue Titelträgerin vor der Titelverteidigerin Anelia Ralenkowa (Bulgarien). (S. 11)

Handball: Der deutsche Meister VfL Gummersbach gewann das Achtelfinal-Hinspiel im Europapokal bei Atletico Madrid überlegen mit 16:11. Das Rückspiel findet am nächsten Sonntag in Dortmund statt.

AUS ALLER WELT

Heroin: Nach einem Tip aus den Niederlanden stellte die bayerische Polizei am Grenzübergang Salzburg Heroin im Wert von 1,5 Millionen Mark sicher. Es war in einem Autotank versteckt und für den Amsterdamer Drogenmarkt bestimmt.

Drastische Lösung: Den Abriß etwa der Hälfte aller französischen Vorstädte, die vor 1960 gebaut wurden, fordert der Pariser Wirtschafts- und Sozialrat. (S. 16)

Wetter: Heiter und trocken. 1 bis 5, Tiefstwerte bei minus 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Israel ist gegen jede militärische Kooperation Bonns mit Arabern

WELT-Gespräch mit Premier Shamir / „Wir freuen uns auf Kohls Besuch"

JÜRGEN LIMINSKI, **Jerusalem**

Die israelische Regierung zeigt sich „beunruhigt" darüber, daß Bonn Waffen an arabische Staaten liefern will, die mit Israel verfeindet sind. In einem Gespräch mit der WELT, dem ersten Interview mit einem nichtisraelischen Medium seit seinem Amtsantritt, sagte Premierminister Yitzhak Shamir: „Für uns ist das nicht nur eine Frage, ob der Panzer Leopard 2 an Saudi-Arabien geliefert wird oder nicht, sondern auch, ob Waffen deutscher Produktion an Staaten geliefert werden, die uns vernichten wollen."

Auch ein Kompensationsgeschäft, wonach Israel Waffenlieferungen an Saudi-Arabien toleriere und dafür die 120-Millimeter-Glattrohr-Kanone bekomme oder in Lizenz bauen dürfe, komme „nicht in Frage". Das seien zwei verschiedene Dinge. Shamir: „Wir sind grundsätzlich und aus Prinzip gegen jede militärische Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den arabischen Ländern." Die Befürchtungen hätten im Fall einer militärischen Kooperation Bonns mit Ägypten „fast" den gleichen Stellenwert.

Shamir äußerte die Hoffnung, daß Bundeskanzler Kohl „so bald wie möglich" nach Israel komme, damit „wir all diese Probleme besprechen, auch unsere Standpunkte über Judäa, Samaria und Gaza erörtern und das weite Feld unserer gemeinsamen Interessen in Augenschein nehmen". Shamir: „Wir freuen uns auf diesen Besuch."

Angesichts der Mobilisierung der syrischen Streitkräfte und der massiven Aufrüstung durch die Sowjets

SEITE 5:
WELT-Gespräch mit Shamir

zeigt sich der Premier gelassen: eine *unmittelbare Kriegsgefahr sehe er* nicht. Man müsse aber „sehr wachsam bleiben", da die syrische Führung glaube, mit Hilfe der Sowjetunion schon in naher Zukunft in der Lage zu sein, allein die israelische Armee schlagen zu können. Man könne, so Shamir, in dem syrischen Bemühen, die PLO vollständig zu beherrschen und Damaskus zu unterwerfen „die ernstzunehmende Absicht Syriens erkennen, einen Angriff auf Israel vorzubereiten".

Der syrische Präsident Assad suche die totale Kontrolle über die PLO zu gewinnen, um sie als Instrument im Kampf gegen Israel und um die Vorherrschaft im arabischen Lager zu gebrauchen. Assad wolle nicht vorzeitig in diesen Kampf hineingerissen werden, sondern den „Zeitpunkt der Schlacht selbst und allein bestimmen".

Über die persönliche Zukunft von PLO-Chef Arafat wollte Shamir keine Prognose wagen. Seine Bewegung aber, die PLO, habe sehr viel von ihrer Bedeutung verloren, insbesondere im Westen. Shamir: „Die PLO ist kein Faktor mehr im Kräftespiel des Mittleren Orients."

Die Ereignisse in der libanesischen Hafenstadt Tripoli bezeichnet er als „tragisch". Er hoffe, daß die arabischen Palästinenser daraus eine Lehre ziehen und sich jetzt an Ägypten und den jordanischen König Hussein wenden würden, damit diese die Autonomieverhandlungen gemäß dem Vertragswerk von Camp David wieder in Gang setzten. Dies sei der „einzige realistische Weg" für die arabische Bevölkerung im Westjordanland, „an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken".

Strauß: Habe mich total zurückgehalten

Diskussion um ein Bonner Ministeramt für den CSU-Chef geht weiter / Was weiß Kohl „direkt"?

rmc./lz. **Bonn/München**

Die CSU verstärkt den öffentlichen Druck auf Bundeskanzler Helmut Kohl für ein Bonner Ministeramt für den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Dies hat in CDU-Kreisen der Bundesregierung bereits zur Verstimmung geführt. Gegenüber der WELT wurde darauf verwiesen, daß der Regierungschef von entsprechenden Strauß-Wünschen „direkt" nicht wisse. Kohl und Strauß hätten kurz vor der Asien-Reise des Kanzlers, vor zwei Wochen, zum letzten Mal (telefonisch) Kontakt miteinander gehabt. Dabei habe Strauß nichts von einer Absicht mitgeteilt, ins Bonner Kabinett eintreten zu wollen.

Auch auf dem Deutschlandtag der Jungen Union am Wochenende vermied es der CSU-Vorsitzende trotz vieler drängender Fragen, auf dieses *Thema einzugehen. Auf Fragen von* Journalisten sagte er anschließend: „Ich habe mich in der ganzen Diskussion total zurückgehalten und tue dies auch weiterhin."

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte zuvor indirekt den Absichten widersprochen, Strauß ins Bundeskabinett aufzunehmen. Er tat dies im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verwicklung von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) in die Flick-Spendenaffäre und wandte sich dagegen, hier „andere Probleme lösen zu wollen". Wer dies beabsichtige, „wer immer er ist", der täusche sich. Bereits zu Beginn seiner Rede hatte Kohl außerdem erklärt: „Ich habe mit Bayern keine Probleme, aber es könnte sein, daß andere mit mir Probleme kriegen".

SEITE 2:
Kohl tritt auf
SEITEN 4 UND 8:
Weitere Beiträge

Strauß war vor der Jungen Union nur generell auf die Bonner Koalition eingegangen. Dabei übte er trotz der Kohl-Worte Kritik an Lambsdorff: Der Wirtschaftsminister sei an der Stahl- und Werftenkrise zwar nicht schuld, aber er müsse die Probleme anpacken. Dies könne man nicht tun, wenn man „um die Welt tingeltangelt". Und in Richtung Außenminister Genscher (FDP) ging seine Äußerung über die umstrittene Reise des Parlamentarischen Innen-Staatssekretärs Spranger: „Wer ihn an der Reise hindern wollte, der hatte nur ein Interesse daran, eine falsche Erklärung dann nicht mehr rechtfertigen zu können, wenn man Klarheit über Grenada erhalten hat. Hier wird klar, warum der Bundesaußenminister, der den Kanzler vertritt, dieses Verbot aussprechen wollte."

Der amtierende CSU-Generalsekretär Tandler hatte die Diskussion um Bonner Ambitionen von Strauß am Wochenende neu belebt. Gegenüber der „Welt am Sonntag" hatte er gesagt, daß er es immer für einen Fehler gehalten habe, Strauß vom Kabinettstisch in Bonn fernzuhalten.

Daß der Bundeskanzler sich bei dem Versuch, Strauß in seinen Bonner Ambitionen zu bremsen, weiterhin auf die Unterstützung der FDP verlassen könne, machte deren Generalsekretärin Adam-Schwaetzer deutlich: Strauß habe sich nach der Bundestagswahl entschlossen, in München zu bleiben. „Wir nehmen ihn bei diesem Wort, weil wir davon ausgehen, daß starke Männer zu ihrem Wort stehen."

Warschau läßt Preise diskutieren

Öffentliche Aussprache über die drei alternativen Pläne soll den Widerstand senken

AP/rtr/AFP, **Warschau**

Mit der Veröffentlichung von drei alternativen Plänen zur Anhebung der Lebensmittelpreise ab Januar 1984 hat die polnische Regierung am Wochenende einen „Monat der Aussprache" über die Preispolitik eingeleitet. Die drei Pläne sehen die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln zum Januar 1984 um durchschnittlich zehn bis 15 Prozent vor. Für fettarme Butter sollen bis 40 Prozent, für Reis bis 53 Prozent und für Hühnerfleisch bis 70 Prozent mehr bezahlt werden. Die öffentliche Preisdiskussion soll nach Ansicht politischer Beobachter den Widerstand der Bevölkerung gegen die Preiserhöhungen dämpfen.

Nachdem bereits der Kauf von Butter am 1. November rationiert worden ist, bereitet sich die polnische Bevölkerung mit massiven Vorratskäufen auf eine allgemein befürchtete Rationierung lebenswichtiger Produkte vor. Wie die polnische Presse am Samstag berichtete, wurde nach Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Janusz Obodowski, heftiger Andrang auf die Vorräte an Speiseöl, Seife, Waschpulver und „sogar Salz" im Land verzeichnet.

Seit 1970 war es in Polen nach der Ankündigung von Preiserhöhungen jeweils zu Unruhen und Streiks gekommen, die schließlich zur Gründung der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" führten. Nach der Ankündigung der jüngsten Preiserhöhungspläne rief die mittlerweile verbotene Gewerkschaft die Bevölkerung zu Protesten „auf der Betriebsebene" auf.

SEITE 16:
Deutsch-polnisches Grenzgeheimnis

Mit den vorgeschlagenen Verteuerungen will die polnische Regierung die staatliche Subvention der Lebensmittelpreise um 120 bis 164 Milliarden Zloty (rund 3,3 bis 4,5 Milliarden Mark) senken. Im Fall der Zustimmung zur ersten Variante würden sich nach amtlichen Angaben die Lebenshaltungskosten für eine durchschnittliche Familie monatlich um 4,5 und in der dritten Variante um sieben Prozent, die Ausgaben für Nahrungsmittel um 3,1 bis 4,2 Prozent erhöhen.

Starke Einheiten der polnischen bewaffneten Sondereinheiten „Zomo" haben am Wochenende in mindestens drei Städten Polens friedliche Demonstrationen zum 65. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes nach dem Ende des Ersten Weltkriegs aufgelöst. Nach einer feierlichen Messe in der Kathedrale waren in Warschau etwa 5000 Menschen zum Denkmal des unbekannten Soldaten gezogen. Wiederholt ertönten aus der Menge Rufe nach „Solidarität" und Lech Walesa, bevor sich die Menge ohne Zwischenfälle von der Polizei zerstreuen ließ.

Die von dem 1981 verstorbenen Kardinal Stefan Wyszynski während seiner Internierung in der Stalin-Ära verfaßten Erinnerungen sind in Polen inzwischen zu einem Verkaufsschlager geworden. Wie aus kirchlichen Kreisen in Rom verlautete, wurden die *Memoiren des ehemaligen* Primas von Polen, die in Paris in polnischer Sprache erschienen sind, in zahlreichen Raubdrucken in Polen verbreitet.

Stille Proteste von Protestanten

hrk. **Leipzig/Berlin**

Mit Kerzen in der Hand als Zeichen ihres Friedenswillens und ihres Protestes gegen Raketen in West und Ost haben sich in den vergangenen Tagen mehrfach jeweils 50 bis 100 Jugendliche in Leipzig versammelt. Die Ansammlungen wurden von der Polizei ohne Gewaltanwendung unter Hinweis auf das Versammlungsgesetz aufgelöst und die Personalien der Jugendlichen festgestellt.

Eine der ersten stillen Protestaktionen, die nach dem Vorbild der aufgelösten Demonstration vor der sowjetischen und amerikanischen Botschaft am 1. September in Ost-Berlin ablief, fand am 6. November auf dem Leipziger Markt statt. Am vergangenen Mittwoch sei die Polizei bei einer ähnlichen Aktion ebenfalls eingeschritten. Die Jugendlichen seien daraufhin in die nahegelegene Nikolaikirche geflüchtet und hätten Geistliche um Schutz und Rat gebeten. Am vergangenen Freitagnachmittag entzündeten Jugendliche im Anschluß an einen Jugendgottesdienst in der überfüllten Michaeliskirche auf dem Vorplatz ebenfalls Kerzen.

SEITE 7:
„Unser Bruder in Christo"

Bereitstehende Ordnungskräfte griffen jedoch nicht ein. An dem Gottesdienst hatten auch der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, und der Vorsitzende des Bundes der acht Landeskirchen, Bischof Johannes Hempel (Dresden), teilgenommen.

In Gemeinde-Gesprächskreisen, zu denen das kirchliche Luther-Komitee auch westlichen Journalisten offiziell den Zutritt ermöglichte, kam mehrfach die wachsende Sorge über eine neue Rüstungseskalation durch eine „Gegen-Stationierung" im Lande zum Ausdruck. Teilnehmer kündigten an, sich in individuellen Privatbriefen mit der Bitte an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zu wenden, eine derartige zusätzliche *Verschärfung der* Lage in beiden Teilen Deutschlands zu vermeiden. In den Gesprächen wurde mehrfach über die seit kurzem in Betrieben und Organisationen kreisenden Unterschriftenlisten berichtet, in denen die Mitarbeiter der Staatsführung quasi eine Blanko-Vollmacht für sämtliche politisch-militärischen Schritte nach einer US-Raketenstationierung geben sollen. Über diesen Vorgang sei es zu bisher ungewöhnlichen Debatten und Meinungsverschiedenheiten gekommen.

DER KOMMENTAR

Neuer Maßstab

THOMAS KIELINGER

Es war abzusehen, daß im amerikanischen Kongreß eines Tages hervortreten mußte, was sich jetzt mit dem neuen Auslandshilfegesetz Bahn brach: ein neuer, strengerer Maßstab der Bewertung amerikanischer Hilfe für Empfängerländer in der Dritten Welt. Die Grundlage heißt: Reziprozität, Geschäftsmäßigkeit. Das ist eigentlich Novum. Mehr als das: Es ist eine Revolution, weil es einige der *geheiligten Orthodoxien* über Entwicklungshilfe und Dritte Welt antastet.

Dies, wie gesagt, sah man kommen. Man konnte es ablesen an dem rapiden Verfall, den das Ansehen der UNO in den USA erleidet. Der größte Einzelfinanzier der Vereinten Nationen hat seit Jahren die übelsten Injurien der UNO-Mehrheit einstecken müssen. Wenn Blockfreiheit bedeutet, daß man in der Tat frei von Konformität abstimmt und politische Urteile fällt, dann hat die große Mehrheit der blockfreien Länder dieses ihr Privileg Amerika gegenüber von Mal zu Mal verraten und sich in trostloser Konformität auf die Seite des sozialistischen Blocks geschlagen. Von dort aber kommt keine Entwicklungshilfe, von dort kommen nur Waffen oder die Techniken totalitärer Herrschaft.

Der Schritt des Kongresses, der auf den ersten Blick wie Druckausübung nach dem Motto des „Do ut des" aussieht, ist im eigentlichen ein Versuch, in Amerika den Rückhalt für *Entwicklungshilfe und für die* Weltorganisation selber überhaupt noch zu retten. Mit der bisherigen Heuchelei, dem doppelten Maßstab, der es erlaubt, die Hand, die austeilt, zu beißen, ist das in den USA nicht mehr möglich. Niemand finanziert gerne seine eigene Verleumdung. Über kurz oder lang hätte der Kongreß die amerikanischen Beitragszahlungen an die UNO eingestellt und damit das ganze Unternehmen zum Erliegen gebracht.

Die neue Maßnahme ist eine Aufforderung an die Dritte Welt, sich nicht wie ungezogene Kinder aufzuführen, deren Entwicklungsstörungen man gütig übersieht, sondern wie erwachsene Staaten, die ihren Anspruch auf Mündigkeit durch rationales Verhalten aufrechtzuerhalten wünschen. Amerika jedenfalls, das wird man nach drei Jahren Ronald Reagan gemerkt haben, spielt nicht mehr mit, ohne zu überprüfen, ob gezinkte Karten verwendet werden.

Arafat stellt Bedingungen für Verhandlungen

DW. **Tripoli**

Der eingekesselte Palästinenser-Führer Yassir Arafat hat für seine Teilnahme an Gesprächen mit seinen Gegnern in der PLO drei Bedingungen *gestellt: eine Überwachung* des Waffenstillstands durch arabische Truppen, die Aufhebung der Belagerung von Tripoli und den Rückzug der syrischen Truppen aus dieser Region.

Arafat gab am Wochenende weiter bekannt, daß er mit Jordanien Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen führe. Eine Delegation in Amman soll einen gemeinsamen Nenner für zukünftige Friedensverhandlungen finden.

Die Arafat-Gegner haben unterdessen nach Mitteilung der saudischen Zeitschrift „Al Mjallah" ein neues Zentralkomitee gegründet, das das von Arafat geführte ersetzen soll. Die syrische Regierungszeitung „Techrine" hat Arafat als „Symbol der Kapitulation" bezeichnet.

Libanesische Oppositionspolitiker haben den PLO-Chef aufgefordert, Tripoli zu verlassen. Dagegen hat die antisyrische sunnitische Moslemgruppe „Islamische Einigungsbewegung" Arafat militärische Unterstützung zugesagt. Arafat selbst erklärte, er könne Tripoli nicht verlassen, solange seine Anhänger in Gefahr seien.

Die Sowjetunion hat laut Nachrichtenagentur Tass ihre Unterstützung der PLO bestätigt, ohne auf die Spaltung der Organisation einzugehen. Dies ist offenbar ein Versuch, Syrien von der Unterstützung der Arafat-Gegner abzubringen.

US-Auslandshilfe nur noch bei Wohlverhalten

AP/rtr, **Washington**

Der amerikanische Senat hat das Auslandshilfegesetz verabschiedet, das Ausgaben in Höhe von 11,5 Milliarden Dollar an Militär- und *Wirtschaftshilfe vorsieht. Die bereits zuvor* vom Repräsentantenhaus gebilligten Gelder sollen jedoch nur an solche Länder gehen, die in ihrer Politik die Vereinigten Staaten unterstützen und bei Abstimmungen bzw. den Reden ihrer Politiker vor der UNO nicht gegen die USA Stellung nehmen.

Nach diesem neuen Gesetz soll der US-Präsident dem Kongreß jedes Jahr einen Bericht über jedes Land vorlegen, das Auslandshilfe erhalten will. Darin soll genau aufgeführt sein, wie dieses Land in der UNO-Versammlung oder im Sicherheitsrat abgestimmt hat und wie sich seine Regierungsvertreter in bezug auf die amerikanische Außenpolitik geäußert haben. Länder, die Kritik an der USA üben, sollen kein Geld erhalten. Diese Neuerung, die die Gewährung von Militär- und Wirtschaftshilfe vom politischen Wohlverhalten gegenüber den USA abhängig macht, war in diesem Jahr von der amerikanischen UNO-Botschafterin, Jeane Kirkpatrick, dem Kongreß vorgeschlagen worden.

Am Samstag hatte der US-Kongreß auch dem Überbrückungshaushalt zugestimmt, der der Regierung vor der endgültigen Abstimmung über den Haushalt für das am 1. Oktober beginnende *Finanzjahr 1984* die Ausgaben für Inlands-, Verteidigungs- und Auslandsprogramme ermöglicht.

Madrid und Lissabon rücken enger zusammen

Kritik an schleppenden Beitrittsverhandlungen der EG

dpa/rtr/AFP, **Lissabon**

Spanien und Portugal wollen ihre Zusammenarbeit künftig „auf allen Ebenen" vertiefen. Dies ist das Resultat des zweitägigen iberischen Gipfeltreffens zwischen dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez und seinem portugiesischen Amtskollegen Mario Soares in Lissabon.

Im einzelnen verständigten sich die beiden sozialistischen Regierungschefs in ihrem Schlußdokument, der „Erklärung von Lissabon", auf eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Handel, Fischerei, Verkehrs- und Kommunikationswesen, Landwirtschafts-, Industrie- und Energiepolitik sowie im kulturellen und konsularischen Bereich. Den Portugiesen ist vor allem an einer *Verminderung des Handelsdefizits mit Spanien* gelegen. Derzeit liegt das Verhältnis bei eins zu vier zugunsten der Spanier.

Einig zeigten sich Soares und Gonzalez in ihrer Kritik an der Europäischen Gemeinschaft. Beide Politiker beklagten den schleppenden Gang der Verhandlungen über die Aufnahme der beiden iberischen Staaten in die EG. Auf der abschließenden Pressekonferenz erklärte Spaniens Regierungschef Gonzalez, die EG-Mitglieder seien froh gewesen, als Portugal und Spanien in den 70er Jahren zur Demokratie zurückgekehrt seien. Aber sie hätten in keiner Weise Solidarität gezeigt.

Von dem im nächsten Monat anstehenden Athener EG-Gipfel erwarten beide Politiker, daß dort mit „Klarheit und Entschlossenheit der politische Wille zu einer Erweiterung der EG zu erkennen ist". In ihrer Erklärung nannten es Soares und Gonzalez unverständlich, wenn beim Aufbau Europas die beiden Länder der Iberischen Halbinsel ausgeschlossen würden.

Beobachter sehen in der „Erklärung von Lissabon" eine audrückliche Bestätigung des 1977 abgeschlossenen Freundschaftsvertrages. Ein Zusatzprotokoll sieht außerdem regelmäßige Kontakte auf höchster Regierungsebene nach deutsch-französischem Muster und die Schaffung eines ständigen Sekretariats vor.



Kohl tritt auf

Von Herbert Kremp

Der Bundeskanzler weiß, daß er nicht nur regieren, sondern führen muß, und er tut es. Sein Auftritt vor der Jungen Union in München hatte jenen Schwung, den die Anhänger von ihm erwarten. Nicht zurückgelehnt, sondern nach vorn gewandt vermittelte er der dankbaren, aber keineswegs kritiklosen jungen Zuhörerschaft Motive und Richtung seiner Politik. Die Auswahl der Beispiele war bezeichnend:

1. In der Nachrüstung beugt sich die Bundesregierung weder dem Druck der parlamentarischen noch dem der außerparlamentarischen Opposition. Sie hat sich um eine Verhandlungslösung in Genf bemüht, denkt aber nicht daran, den amerikanischen Verbündeten aufzufordern, die sowjetische Machtposition in Europa durch einseitigen Verzicht zu begünstigen.

2. Die Bundesregierung nimmt die Herausforderung der Opposition und der Gewerkschaften, die 35-Stunden-Woche zum Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung zu machen, an. Sie lehnt es entschieden ab, die Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen zu „bekämpfen", die über eine Mehrbelastung des Staates und der Unternehmen zur Verbreiterung der Arbeitslosigkeit führen würden – zu nichts sonst.

3. Der Bundeskanzler stellt sich nicht aus Gründen der Koalitionspolitik, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen vor seinen Wirtschaftsminister Lambsdorff. Er wendet sich konsequent gegen die öffentliche Vorverurteilung des Ministers in der Flick-Angelegenheit, weil aus diesem Bruch des rechtsstaatlichen Konsenses eine billige Übung würde, wehrte man den Anfängen nicht.

4. Helmut Kohl behält sich vor, alle fälligen personellen Fragen, sei es die der Präsidenten-Nachfolge oder seien es solche des Bundeskabinetts, gründlich abzuwägen, bevor er entscheidet beziehungsweise eine Entscheidung empfiehlt. Er läßt sich nicht über den Parcours jagen.

5. In die Kompetenz des Kanzlers gehört auch die deutschdeutsche Politik. Anregungen sind erwünscht, Überfälle werden abgewehrt. Helmut Kohl wendet sich nicht prinzipiell gegen weitere Kredite an das notleidende Ost-Berlin. Aber darüber wurden in letzter Zeit weder Verhandlungen geführt, noch hat US-Botschafter Burns ein Veto gegen weitere Zahlungen eingelegt. Entgegengesetzte Behauptungen beruhen offensichtlich auf Desinformation.

Die „DDR" muß mehr Menschlichkeit zeigen als bisher, um an mehr Geld zu kommen: zum Beispiel an der Zonengrenze. Wer die Vorderlader der Tötungsautomaten durch Laser-Signale ein paar hundert Meter weiter in der Tiefe ersetzt, humanisiert nicht, sondern modernisiert das Inhumane.

Um null Komma null Prozent

Von Peter Gillies

Eine Horrornachricht erreichte uns am Wochenende: „Wieder mehr Arbeitslose in der Schweiz" vermeldete die Deutsche Presse-Agentur. Nachdem der Leser seinen Schreck über die plötzliche Verelendung der Eidgenossen überwunden hatte, erfuhr er, daß die Zahl der Arbeitslosen dort tatsächlich gestiegen ist: um 911 Personen auf 25 389. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitslosenquote (Anteil der Erwerbslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung) um 0,0 Prozent auf 0,8 Prozent gestiegen ist.

Nun gilt selbst eine drei- oder viermal so hohe Arbeitslosenquote noch immer als Vollbeschäftigung. Die Überschrift gibt den Sachverhalt formal richtig, in der Sache jedoch irreführend, wieder. Aber Meldungen rezessorisch-depressiven Inhalts erfreuen sich wohl höheren Abdrucks als solche mit freundlich-realistischer Weltsicht. Oder soll man sagen, das Glas ist zu 99,2 Prozent voll, oder: daß es zu 0,8 Prozent leer ist?

Bei der Lektüre der veröffentlichten Meinung kommt man kaum auf den Gedanken, daß es hierzulande noch Menschen gibt, die in Lohn und Brot stehen und denen – Gipfel der Infamie! – die Arbeit vielleicht sogar Spaß macht. Wenn Unternehmen Tausende einstellen, ist das kein Thema für die Tagesschau. Tatsächlich geschieht es ständig. Die Feststellung ist freilich so unpassend wie sperrig, wenn beispielsweise in der Autoindustrie, bei Chemie- oder Baufirmen, bei Computer-Herstellern und anderen wieder mehr Leute arbeiten.

Es ist weder Schönfärberei noch heile Weltsicht, wenn man unter anderem feststellt, daß der deutsche Export wieder auf Touren kommt oder daß die Inflationsrate so niedrig ist, daß die meisten uns darum beneiden. Wir haben uns – natürlich mit Herz und mit Hand – der Herrschaft der Übellaunigen ergeben; uns verzehrt die Sehnsucht nach Tristesse. Von einem Briten stammt die Feststellung, daß alle Europäer zwar in einem Boot sitzen, sich aber die Deutschen am stärksten seekrank fühlen. Das muß mit der Montage der Wirklichkeit zusammenhängen, die sie täglich mit Genuß anschauen und für Realität halten.

Dänisches Übersoll

Von Eberhard Nitschke

In Dänemark haben die Linkssozialisten wieder einmal ein Wundermittel zur Familienregulierung erfunden: Eltern sollen bestraft werden, wenn sie ihren Kindern eine körperliche Züchtigung, etwa eine Ohrfeige, zufügen. Dem Antrag der Partei ist eine Mehrheit im Parlament sicher.

Bei dörflichen Feldbegehungen in Süddeutschland war es noch vor gar nicht allzu langer Zeit üblich, den mitlaufenden Kindern an den Grenzsteinen der Gemeinde kräftige Kopfnüsse zu verpassen, damit sie sich bis an ihr Lebensende des Tages und des Ortes erinnern sollten. Das war ein Rest der einst weitverbreiteten Auffassung, daß eine ordentliche Watschn geeignet sei, Aufmerksamkeit zu wecken und wachzuhalten.

Die Statistik totgeprügelter und gequälter Kinder hat da einen Bewußtseinswandel geschaffen. Züchtigung aber, auch wenn man sie mißbilligt, kann nicht unter Mißhandlung subsumiert werden, so, wie man diesen Begriff bisher auslegt. Wenn der Staat und sein Staatsanwalt sich um jede einmal ausgerutschte Hand kümmern sollen, wird ein Potential von Big-Brother-Einmischerei – und auch Erpressungsmöglichkeit – geweckt, das weder dem Familienfrieden noch dem Interesse der Kinder dienlich sein muß. Dem (konservativen) dänischen Justizminister Erik Ninn-Hansen ist denn auch schon ein wenig schwindelig geworden angesichts der Konsequenzen dieses Gesetzes.

In Deutschland hat man auch nicht alles aufgenommen, was populistisch wirksam im Namen der Kinder verlangt wurde. Einer der früheren Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes zum Beispiel forderte, Kindesmißhandler durch Zufügung „körperlicher Beeinträchtigungen" für ihre Schandtaten büßen zu lassen. Züchtigung (oder Mißhandlung) andersrum also. Dennoch ist bisher im Strafgesetzbuch die Prügelstrafe nicht eingeführt worden.

Bombensicher

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Weg-Weiser

Von Thomas Kielinger

Ronald Reagans Wahlstrategen hätten es nicht besser einfädeln können. Kaum war der Popularitätsbonus im Gefolge der Grenada-Intervention wie eine reife Frucht dem Weißen Haus in den Schoß gefallen, stand ein Kassenmagnet von untrüglicher Wirkung als nächste Premiere auf dem Programm: die Ostasienreise des Präsidenten. Staatsmännische Auftritte, mit Pomp und Mediengeflatter und dem festlichen Klang beruhigender Worte, gelten für den Bewohner des Weißen Hauses traditionell als Quelle der Bereicherung des Ansehens. Ganz besonders für Ronald Reagan, der ein Gespür für das strategisch richtige Wort hat. Sein Flug an die Demarkationslinie in Korea, sein Zuruf an die Menschen im geteilten, bedrohten Land: „Koreaner, Ihr seid nicht allein, Amerika ist Euer Freund, wir sind an Eurer Seite" – das sind Botschaften, die in Korea verstanden werden, in Amerika, in Europa, beiderseits des Eisernen Vorhangs. Dieser Mann, so resümiert „Middle America", ist präsidentiell. Er stellt etwas dar, und man kann sich als Amerikaner von ihm darstellen lassen.

Ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl wirkt Ronald Reagan gefestigt und scheinbar unerschütterlich. Kann ihm irgend jemand oder irgend etwas die Wiederwahl streitig machen?

Schauen wir zunächst auf die Haben-Seite. Reagan hat seinem Land eine Richtung gegeben –, die über die Dauer seiner eigenen Präsidentschaft hinausreicht und die nationale Debatte auf Jahre bestimmen wird. Er hat beispielsweise die Drift in der strategischen Planung, die Drift zielungenauer Verteidigungspolitik, aufgehalten und diese Politik nach mancherlei Schwankungen auch im eigenen Lager stabilisieren können. Die Notwendigkeit amerikanischer Stärke – etwa der Aufbau der Marine auf eine Weltpräsenz von sechshundert Schiffen –, das gehört heute in den USA mehr und mehr zum Bestand des sicherheitspolitischen Konsensus.

Typisch der Disput um den Verteidigungsetat im Lager der Opposition: Gestritten wird zwischen den Spitzenkandidaten Walter Mondale und John Glenn nicht, ob Erhöhungen notwendig sind oder nicht – gestritten wird nur um das Ausmaß der Erhöhung. Dabei vertreten beide Politiker reale Steigerungsraten, die in Europa Traumvorstellungen sind. Mondale befürwortet einen inflationsbereinigten Zuwachs von 4,6 Prozent, Senator Glenn von 6,4 Prozent. Das zeigt, daß die Demokratische Partei nach Reagan nicht wieder zu den Illusionen eines McGovern wird zurückgehen können.

Entscheidend geprägt hat dieser Präsident auch den innenpolitischen Diskurs. Unter beträchtlichen Kosten für seinen Ruf („Der unfaire Präsident begünstigt die Reichen!") und die Einnahmebasis des Staates hat Reagan den Primat produktionsbetonter Fiskal- und Steuerpolitik aufgepflanzt. Die hohen Defizite sind eine Hinterlassenschaft eigener Problematik. Doch wird niemand sie mehr angehen können mit dem alten Mittel ausgabenorientierter Expansionspolitik. Zu kostbar wirkt die Errungenschaft gebändigter Inflation sowie die Absenkung der Arbeitslosigkeit durch wachsende Produktivität.

Bahnbrechend für die Darstellung amerikanischer Weltpolitik ist Reagans Umgang mit den Instrumentarien der Macht. Es war schon fast ein Axiom der vietnambelasteten Elite Amerikas, daß der Einsatz militärischer Mittel im Verfolg politischer Zwecke ein für allemal Anathema sei. Diese Wiederentdeckung der schönen Seele zu Lasten der globalen Wettbewerbsfähigkeit vermochte freilich mehr über den Zustand der Elite auszusagen als über die wirklichen Reflexe der Amerikaner als einer Welt-Vormacht. Reagan hat dieses Gespinst zerrissen und den machtpolitischen Anspruch Amerikas – auch seinen realpolitischen Auftrag als Schutzmacht – erneut an der Seite von Idealismus und Moral aufgepflanzt.



Reagan am 38. Breitengrad: „An der Seite Koreas" FOTO: AP

In diesen und anderen Bereichen hat er Amerika gegeben, was nur wenigen Präsidenten gelingt: Mehrheiten zu stiften für eine einheitliche nationale Politik, die auch über den Streit der Positionen hinweg Profil und Berechenbarkeit hervorscheinen läßt.

Also keine Gefahren für die Wiederwahl? Vorsicht. Die Zeitgeschichte – auch die Wirtschaft – wird bis zum 4. November 1984 diesen Präsidenten noch auf harte Proben stellen. Gerade in Mittelamerika rückt der nächste Konflikt schon heran. Nicht um Nicaragua – die Folgen einer militärischen Intervention dort wären für Reagan, das weiß in Washington jeder, einfach unkalkulierbar. Nein, El Salvador kann der nächste Testfall werden. Gestellt zwischen eine Guerilla, die die Oberhand gewinnen könnte, und die unkontrollierbaren Exzesse der ultrarechten Todeskommandos, müßte das Abwägen einer militärischen Invasion in El Salvador für Reagan zur eigentlichen Gretchenfrage werden. Er kann ihr nicht ausweichen, denn er ist ausdrücklich angetreten mit der Devise, daß unter seiner Regie kein weiteres Land mehr in den totalitären Bereich abgleitet.

Man darf nicht vergessen, daß die breite Zustimmung für Reagan sich überproportional stark dem amerikanischen Mann, und da vor allem dem amerikanischen weißen Mann, verdankt. Die Frauen und die farbige Minderheit der USA verhalten sich ambivalenter, wenn nicht ablehnend. In sieben Bundesstaaten des Südens und in New York gewann Reagan 1980 nur mit knappen Mehrheiten, die leicht auszulöschen sind, wenn die Farbigen sich – wie es seit Wochen geschieht – in großen Massen neu in die Wahllisten eintragen lassen, und wenn sie dann gegen den Präsidenten votieren. Noch unauslotbar ist die Wirkung, die eine weibliche Vizepräsidentschaftskandidatin für die Aussichten der Demokraten haben müßte.

Freilich sind alle diese Rechnungen ohne den Wirt, ohne den Magnetismus des Wahlkämpfers Reagan gemacht. Wenn er sich erst einmal erklärt hat, dürfte das einen Mobilisierungseffekt eigener Kraft entfalten.

IM GESPRÄCH Zamora Machel

Bitt- und Fallensteller

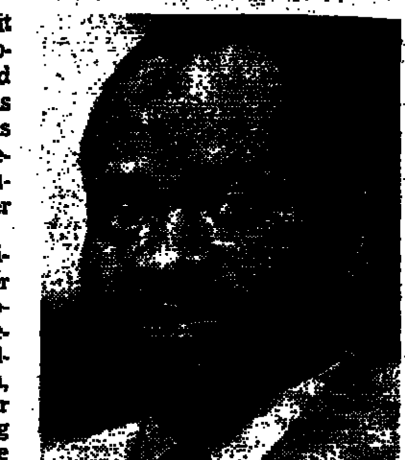
Von Rolf Görtz

Queen Elizabeth empfing ihn mit allen Ehren des britischen Protokolls, Ministerpräsident Mitterrand gab ihm ein Galaessen und Portugals General-Präsident umarmte ihn als seinen „camarada". Aber Geld bekam er nirgends. Auch nicht in Jugoslawien, dem vierten Land seiner Europareise.

Zamora Moises Machel, Staatspräsident, Chef der Einheits-„Partei der Avantgarde" und Marschall von Moçambique, kam aus Europa reich dekoriert zurück. Aber die Walkie-talkies der modernen Buschtrommeln, die Radiosender und Zeitungen der afrikanischen Widerstandsbewegung MRN, berichteten bereits bis in die verborgensten Dörfer des Landes vom Mißerfolg der weiten Reise.

Das von den sowjetischen „Schutz"-Herren auch in Moçambique praktizierte System „Laßt euch das Geld vom Westen geben, von uns bekommt ihr Waffen, Ausbilder und Doktrin" – diese Entwicklungshilfe herkömmlicher Art funktioniert nicht mehr. Vergebens hatte sich Zamora Machel nach dem Abzug der Portugiesen 1974 aus seinem Land um eine sozialistische Staatswirtschaft bemüht. Es gelang ihm ebensowenig wie anderen vor ihm. „Eine entartete Bürokratie, die unsere Wirtschaft systematisch lähmt", nannte er enttäuscht das Ergebnis. Mit der ganzen Kraft seiner dynamischen Persönlichkeit ging er daran, „den Staatsapparat zu säubern, die Undisziplinierten, Unfähigen, Faulen und Nachlässigen, die Gleichgültigen und Bestechlichen mitleidslos zu bestrafen". Erfolglos.

Wenn er jetzt die Portugiesen etwa bittet, nach kapitalistischer Art die brachliegende Wirtschaft neu zu beleben, dann wird er nur Erfolg haben, wenn er gleichzeitig seine Diktatur einem System der Demokratie öffnet. Aber genau das kann er nicht – nicht mehr. Selbst dann nicht, wenn es ihm die drei Frauen raten würden, die weitgehend seine Politik mitbestimmen: seine Frau, die Kultusministerin, seine Schwiegermutter und seine Tante (hierin blieb Machel den matriarchalischen Sitten seines Stammes treu). Er riskiert keine Reformen, weil die afrikanische Widerstandsbewegung sich in seinem Lande ausgedehnt hat, die seiner kommunistischen, von Moskau kontrollierten Diktatur ein pluralistisches, afrikanisches System entgegensetzen will.



Nur noch Herr über Moçambiques Städte: Machel FOTO: SVEN SIMON

Das Bild gleicht der aus Angola bekannten Szene: Die Regierenden sitzen in den Städten, kontrollieren die Häfen und einen Teil der Bodenschätze – das Interessengebiet sowjetischer Alliierter also. Auf dem Lande aber herrscht weitgehend eine national-afrikanische Widerstandsbewegung. In Moçambique mit den Waffen und den Offizieren, die von der offiziellen Armee überlaufen. Sie herrschen über ganze Provinzen, verfügen über eigene Krankenhäuser, Nachrichtensysteme, Schulen und eine funktionierende Landwirtschaft, die dem Bauern auch das läßt, was ihm zusteht.

Zamora Machel wollte in Europa demonstrieren, daß er und nicht diese Untergrundbewegung das Land beherrscht. Es dürfte ihm kaum gelungen sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Die in Paris erscheinende Zeitung kommentiert die Fernseh-Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten zum Abschluß seines Japan-Besuches:

Es ist klar, daß Reagan Japan bei seinem Besuch die konkreten Folgen und Verpflichtungen seiner Zugehörigkeit zum westlichen Lager bewußt machen wollte. Um keinen Zweifel über den von ihm dem Prinzip des Friedens durch Stärke gegebenen Sinn zu geben, hat Präsident Reagan zum Abschluß seines Japan-Besuches in einem Fernsehinterview eine Drohung gegen die Sowjetunion gerichtet: Der Westen wird seine industrielle Stärke in den Dienst der Aufrüstung stellen, falls die Verhandlungen über eine Verringerung der Atomwaffen nicht zu einer Einigung kommen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Hier wird zur Diskussion über Strauß gesagt:

Seit zwei Wochen wird die Bundeshauptstadt von einem unterirdischen Beben erschüttert, das die Standfestigkeit des Regierungsbündnisses zwischen CDU/CSU und FDP ernsthaft gefährden kann. Denn inzwischen gehen alle Eingeweihten trotz der sibyllinischen Andeutungen des bayerischen Ministerpräsidenten von der sicheren Annahme aus, daß Strauß an den Bonner Kabinettstisch drängt ... Kohl wird sich diesem Drängen, so schwer es ihm auch fällt, nicht entziehen können, will er nicht ständig gegen die Widersprüche aus München anregieren. Ein in die Kabinettsdisziplin eingebundener Sachkundiger Strauß ist allemal besser als ein Verzetteln der Kräfte mit fruchtlosen Auseinandersetzungen und eine Aktionsunfähigkeit der Regierung.

NICE MATIN

Die in Nizza erscheinende Zeitung zeigt wenig Verständnis für die internationale Besorgnis um das Schicksal Arafats:

Die Geschichte ist schon verrückt: Wer hätte einst gesagt, daß Arafat das Abbild eines gewissen Friedens-Botschafters bieten würde? ... Da uns der Scharfsinn der Diplomaten fehlt, die zwischen den Zeilen der Bibel und des Koran lesen, neigen wir dazu, Arafat, Khadhafi, Khomeini, Hassan und Saddam Hussein in einen Sack zu stecken. Wir sollten unsere Zeit, unser Geld und vor allem zuweilen das Blut unserer Kinder nicht verlieren, indem wir uns zwischen diese Abenteurer stellen, die sich nichts um das Wohlergehen ihrer Völker scheren ... und deren einzige Ambition das Stillen ihres Machtdurstes ist.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Über Semjonows neueste Aussage heißt es in dem Kasseler Blatt:

Der sowjetische Botschafter Semjonow ist ein alter diplomatischer Fuchs. Er beherrscht die Kunst, Unmißverständliches vieldeutig zu sagen. In Bonn ist die Verwirrung über seine semantischen Künste entsprechend groß. Das war wohl auch der Zweck der diplomatischen Übung. Moskau wirft Nebelkerzen. Im Vorfeld der Nachrüstungsdebatte soll der Schwarze Peter für das Scheitern der Genfer Verhandlungen dem Bundestag zugeschoben werden. Aber da Bonn in Genf nicht beteiligt ist und die letzte Angebotsrunde der Amerikaner noch läuft, will sich Moskau ein Hintertürchen offenhalten.

Eine neue Umverteilung – diesmal der Macht?

Nach Tito kommt in Jugoslawien etwas in Gang / Von Carl Gustaf Ströhm

Seit dem Tode Titos ist Jugoslawien in den Windschatten des öffentlichen Bewußtseins geraten. Dennoch sind die Entwicklungen in Jugoslawien von entscheidender Bedeutung. Das Gebiet dieses Staates nimmt eine geostrategische Schlüsselposition ein. Zugleich wirkt alles, was in Jugoslawien geschieht oder nicht geschieht, direkt oder indirekt auf die kommunistischen Staaten des Sowjetbereichs ein.

Deshalb verdient der Kongreß der jugoslawischen Soziologen, der am vergangenen Wochenende in Portoroz (Slowenien) abgehalten wurde, besonderes Interesse. Dort waren nicht wenige Professoren, Dozenten und Assistenten vertreten, die bis in die jüngste Vergangenheit Verfolgungen, Hinauswurf aus der Universität und andere Drangsalierungen erleiden mußten – nur weil sie nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit gesagt und auf Fehler und Deformationen des kommunistischen Systems hingewiesen hatten.

Es gereicht den jugoslawischen Soziologen zur Ehre, daß sie sich in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht opportunistisch verhalten, sondern in Portoroz eine eindrucksvolle Zivilcourage an den Tag gelegt haben. Einmal, indem sie die Ursachen für die Krise des kommunistischen Systems ohne Rücksicht auf mögliche Folgen beim Namen nannten: Nämlich, wie der Zagreber Professor Rudi Supek es formulierte, die negative Auslese der Kader in den kommunistischen Systemen, wo nicht die Fähigen, sondern die Unfähigen und die Opportunisten an die Spitze gelangen. Ferner, indem sie die Forderung nach einer radikalen Reform stellten, nach einer Demokratisierung des politischen Systems. Das System, so sagte es einer der bekanntesten jugoslawischen Wissenschaftler, der von der Belgrader Universität gewaltsam entfernte Professor Svetozar Stojanovic, könne aber nur demokratisiert werden, wenn sich die „führende Kraft", nämlich die Kommunistische Partei, selber demokratisiere.

Die jugoslawische Partei, so sagte ein anderer Belgrader Soziologe, sei „monopolistisch" und habe eine „politische Dominante". Der bekannte Zagreber Wirtschaftswissenschaftler Zupanov sprach von einem „staatlich-parteipolitischen Komplex", der durch seine „politokratische Macht" die „Nicht-Marktwirtschaft" am Leben erhalte, mit der Folge, daß „keiner mehr dem anderen glaube – der Staat nicht mehr der Wirtschaft, die Wirtschaft nicht mehr dem Staat".

Schonungslos wurden in den Diskussionen von Portoroz die Übel des kommunistischen Systems genannt: Da war von „hypertrophen politisch-ideologischen Zielen" die Rede, aber auch von „unverantwortlichen politischen Entscheidungen über wirtschaftliche Investitionen", von einem ökonomischen System, welches „destimulierend" auf die technologische Entwicklung wirke. Ein Zagreber Soziologe erklärte: Wenn das kommunistische System die Marktwirtschaft einführen wolle, dann sei das nicht ohne „Umverteilung der Macht in der Gesellschaft" möglich.

Ebenso wie in den anderen kommunistischen Systemen könne man auch im jugoslawischen System, also im „Titoismus", die politischen Führer nicht zur Verantwortung ziehen: Darüber waren sich die jugoslawischen Soziologen – mit einigen Ausnahmen – einig. Nur ein Abbau des politischen Monopols, eine Demokratisierung der Institutionen (nicht zuletzt der Partei), ferner eine Ent-Ideologisierung der Wissenschaft böten einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise. Einer Krise, von der manche Teilnehmer in Portoroz sagten, sie könne in einer Katastrophe münden, wenn nicht rechtzeitig etwas geschehe.

In Jugoslawien kommt etwas in Gang. Alte Politiker wie Grličkov und Vukmanovic-Tempo kritisieren das System; nun kritisieren es auch die Wissenschaftler. Sollte Jugoslawien der erste kommunistische Staat werden, der schafft, was immerhin etliche Staaten unter „Rechtsdiktatur" – Beispiele: Spanien, Portugal, Argentinien – geschafft haben, nämlich die Verwandlung in einen demokratischen Staat? Dagegen stehen nicht nur die Beharrungsinstinkte der bisherigen Machthaber, dagegen steht auch bei manchen die ganz ehrliche Angst, Freiheit könnte Jugoslawien den Zerfall und schließlich das Abgleiten in den sowjetischen Machtbereich bringen. Aber auch Spanien hat die Freiheit bewältigt, ohne zu zerfallen.

Gewiß gibt es Leute, die nach dem Wort Ernst Jüngers ihren Zorn auf das Erdbeben abreagieren, indem sie die Seismographen verprügeln. Aber die Diskussion ist in Gang gekommen, und es gibt keinen Tito mehr, der sie allein aus politischer Autorität heraus stoppen könnte. Wenn sie gestoppt werden sollte, so könnte das nur mit Mitteln geschehen, die riskanter sind als alles, was die Diskussion selber bringen könnte.

Die größte Wut des Volkes von Grenada zielt auf eine Frau

Ein Waffenarsenal für 10 000 Mann, politische Verfolgung, Folterungen – allmählich gewinnen die US-Truppen auf der Karibik-Insel Grenada ein vollständigeres Bild über das frühere Regime.

Von UWE SIEMON-NETTO

Wenn wahr sein sollte, daß am 25. Oktober 1983 ein amerikanischer „Überfall auf Grenada" stattgefunden hat, wie der „Spiegel" in seiner Titelgeschichte behauptete, dann muß es sich bei den „Opfern" um eine abartige Spezies handeln: Sie bringen den angeblichen Gewalttätern Speisen und Getränke, sie malen „God bless America" an die Wände ihrer Häuser und tragen T-Shirts mit derselben Aufschrift. Sie lachen, wie sie seit langem nicht mehr gelacht haben, und sie geben den kriegsmäßig vermummten GI's auf ihren Straßen das Zeichen der offenen Hand, das in der Antillenwelt heißt: seid willkommen.

Ob Bischof oder anglikanischer Pfarrer, *ob Geschäftsmann, Fischer* oder kleine Verkäuferin: Wieder und wieder bitten sie die „Aggressoren", doch bitte nicht so schnell abzutreten, weil es im Untergrund doch immer noch kommunistische Zellen gebe, die die neugefundene Freiheit zunichte *machen* könnten. Dies bekam auch eine Delegation amerikanischer Kongreßabgeordneter zu hören, die daraufhin von ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Grenada-Unternehmen ihres Präsidenten abgingen, denn „es war ja keine Invasion, son*dern eine Rettungsaktion", so beton*te der Journalist Alister Hughes, der in den letzten vier Jahren marxistischer Herrschaft in seinem Land als einziger die Außenwelt über die Willkür auf Grenada unterrichtete und dafür schließlich, wie so viele andere, im Gefängnis landete. Er war gewiß, eines Tages getötet zu werden, wie er mir vor einem Jahr prophezeite. Heute sagt er: „Wären die Amerikaner nicht gekommen, lebte ich jetzt nicht mehr." Das denken viele auf Grenada – über Hughes und über sich selbst.

Die Menschen auf Grenada hören sehr eifrig BBC und sind genau über die Reaktion in Übersee auf die Vorgänge der letzten Wochen informiert. Passanten sprechen mich auf der Straße an und fragen: „Warum wird bei euch so gelogen? Wieso verurteilt ihr eine Supermacht, die einem unterdrückten kleinen Nachbarn geholfen hat? Schon richtig: Eigentlich war dies nicht Aufgabe der Amerikaner, sondern Großbritanniens, der Führungsmacht des Commonwealth. Aber London hatte doch nicht den Mut, uns zu retten."

Inzwischen ist modernes Kriegsgerät, das in den letzten Tagen auf der Insel gefunden wurde, nach Washington geflogen und dort für jedermann sichtbar aufgebaut worden. Um alle *erbeuteten Waffen auszufliegen, sind* 21 schwere Transportmaschinen des Typs Hercules C-130 erforderlich. Die Waffen hätten ausgereicht, ein 10 000-Mann-Heer auszurüsten. Zehntausend Soldaten in einem Land mit 100 000 Einwohnern – das entspricht sechs Millionen Soldaten in der Bundeswehr oder 23 Millionen GI's.

Nichts hat die Grenader so beunruhigt wie die rapide Militarisierung ihrer Jugend. „Viele sind ausgewandert, weil dreizehn- und vierzehnjährige plötzlich in sowjetischen Uniformen und mit Kalaschnikow in die Schule kamen", erzählt *Alister* Hughes. Viele Lehrer bestätigten mir das. Während die Amerikaner und ihre karibischen Verbündeten Zeugen verhören und neues Beweismaterial finden, erfahren sie auch zum erstenmal von Folterungen, von denen bisher noch nicht die Rede gewesen war. Politische Gefangene wurden unter anderem mit Elektroschocks „behandelt". Eine beliebte Martermethode war auch, ihnen Drähte in die Knie zu schieben.

Was werden Reagans Kritiker sagen, wenn sie demnächst aus einem freien Gerichtsverfahren gegen die inhaftierten Machthaber von gestern erfahren werden, daß einige dieser Leute, ebenso wie Kubaner und Linksextremisten aus anderen karibischen Ländern, den Torturen beigewohnt haben. Ein Name, der in diesem Zusammenhang von informierter Seite immer wieder erwähnt wird, ist der von Phyllis Coard, der jamaikanischen Ehefrau des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bernard Coard, der im Verdacht steht, die Exekution des Regierungschefs Maurice Bishop, seiner Lebensgefährtin und Kultusministerin, der schwangeren Jacqueline Creft, und anderer Kabinettsmitglieder angeordnet zu haben.

*Phyllis Coard ist Mitte 30 und Mil*lionärs-Tochter. Ihre Familie ist an dem Likör-Konzern „Tia Maria" beteiligt. Wie viele ihrer Generation aus gutbürgerlichem Haus, wie ihr Mann, wie Bishop, wie Angela Davis und die deutsche Apo-Generation, war sie während der weltweiten Studentenrevolte der 60er und frühen 70er Jahre radikalisiert worden. Phyllis Coard, geborene Evans, fand beim Soziologie-Studium in England den



Vom Ausland gescholten, vor Ort als Befreier gefeiert: Amerikanische Soldaten auf Grenada
FOTO: FRANCOIS LOCHON/STUDIO X

Weg zum Marxismus-Leninismus. Im Zentralkomitee des marxistischen „New Jewel Movement", der Staatspartei von Grenada, war sie die größte Scharfmacherin. Beißend pflegte sie Genossen zusammenzustauchen, wenn sie von der reinen Lehre abwichen. Wie das inzwischen aufgefundene Protokoll der letzten ZK-Sitzung *zeigt*, war sie es, die mit dem Vorwurf, Maurice Bishop sei „für Kritik nicht aufgeschlossen", die Kampagne gegen den charismatischen Premier eröffnete, die schließlich mit seinem Tod endete. „Sie war auch", so sagte eine prominente Ja*maikanerin, die Phyllis Coard* schon aus ihrer Kindheit kennt, „die Triebfeder hinter ihrem Mann. Er stand total unter ihrer Fuchtel."

Phyllis Coard ist zur Zeit die meistgehaßte Persönlichkeit auf der Insel. Es war den Amerikanern nicht schwergefallen, ihren und ihres Mannes Schlupfwinkel zu finden. Die Grenader, von denen nach Schätzung von Alister Hughes vor dem Mord an Bishop nur noch zehn bis zwölf Prozent zum Regime standen – danach hatte es praktisch überhaupt keine Anhänger mehr –, machten sich selbst auf die Suche nach führenden Vertretern des Regimes.

Als die US-Truppen schließlich, dank eines Hinweises aus dem Volk, des Ehepaares Coard habhaft wurden, mußten sie Phyllis vor der Wut des Volkes schützen. „Nehmt Bernard und tut mit ihm, was ihr wollt", riefen die Leute den Soldaten zu, „aber gebt uns Phyllis. Wir wissen am besten, was wir mit ihr zu tun haben."

Die *amerikanischen* Truppen, die sich ein Vergnügen daraus machen, mit den Ostblock-Militärfahrzeugen des Gegners über die an Schlaglöchern reichen, engen Straßen der Insel der Gewürze zu holpern, erleben dort gegenwärtig paradiesische Zei*ten. Die weiblichen „Opfer"* ihres „Überfalls" bieten ihnen kostenlos ihre Gunst an. Schon heute spekulieren die Grenader, wieviel Säuglinge in neun Monaten wohl geboren werden, deren Väter dann längst nicht mehr da sind.

Die auf Grenada eingesetzten Elite-Truppen benehmen sich korrekt. Es sind disziplinierte, taktvolle Soldaten, die sehr wohl wissen, daß es unter anderem auch von ihrem Verhalten abhängt, was aus dem karibischen Raum werden wird. Bereits vier Tage nach ihrem Einmarsch wurde am malerischen Hafen von St. George's ein Büro eröffnet, das jeden zivilen Schaden, der von US-Militärs angerichtet wird, mit Bargeld begleicht. Für Schäden, die infolge der Kampfhandlungen entstanden, kommt ein Katastrophenfonds auf, der von einer hohen grenadischen Beamtin im Auftrag des US-Außenministeriums verwaltet wird. Das Entgegenkommen der Militärs geht so weit, daß sie schnelle Eheschlüsse *zwischen drei Kubanern* und ihren grenadischen Geliebten arrangierten, damit diese auf dem Gefangenentransport nach Havana mitfliegen konnten.

Grenada ist zur Zeit ein Land voller Ironie. Da steht Gail *Torres Rizo*, die amerikanische Frau des kubanischen Botschafters, an der Pforte ihrer Residenz und gibt amerikanischen Reportern Interviews, die danach von einem US-Oberfeldwebel, der das Haus bewacht, mit trockenem Hu*mor kommentiert* werden. Da klagt Gail, daß sie die Botschaft nicht verlassen dürfe, und kurz darauf kommt ein Wagen von der US-Botschaft, um sie auf ihrer routinemäßigen Einkaufsfahrt zu begleiten.

Nichts paßt so sehr zu dem merkwürdigen Ende des marxistischen Experiments auf Grenada wie die Geschichte von drei Deutschen, die sich *von der US-Luftwaffe in die* Vereinigten Staaten evakuieren ließen: Als sie auf Grenada die Maschine bestiegen, hatten sie deutsche Pässe in ihrer Hand. Als sie in Fort Bragg ausstiegen, zeigten sie den verblüfften amerikanischen Militärs plötzlich offizielle Pässe der „DDR", pochten auf ihre diplomatische Immunität und forderten, nach Ost-Berlin evakuiert zu werden – was auch geschah. „Wir haben eben unsere Naivität noch nicht ganz abgelegt", schimpfte ein hoher amerikanischer Beamter auf Grenada, „da sind uns wahrscheinlich drei böse Buben vom Ministerium für Staatssicherheit durch die Lappen gegangen. Kerle, die in diesem kleinen Land eine Miniaturausgabe ihrer üblen Firma aufgezogen haben."

Auf der Basis Andrews bei Washington sah sich Vize-Präsident Bush (rechts) Waffen an, die die US-Armee auf Grenada fand. Sie sind seit einigen *Tagen für die Öffentlichkeit zu besichtigen.* Insgesamt stießen die GI's *auf der Insel* mit ihren 100 000 Bewohnern auf militärische Ausrüstung für eine 10 000 Mann-Truppe. FOTO: DPA

Hamburg nimmt die Herausforderung der Banden an

Die organisierte Kriminalität, ein wachsendes Problem in allen Ballungszentren, zwingt in Hamburg Polizei und Justiz zu massiven Maßnahmen. Spezialdienststellen mit Geheimagenten, zusätzliche Staatsanwälte und Richter sollen den Banden das Handwerk legen.

Von UWE BAHNSEN

Zum 150. Jubiläum „seines" Stadtteils zog der Polizeichef auf dem „Kiez", umringt von Kollegen in historischen Uniformen, zufrieden ein Fazit zehnjähriger Arbeit: „Wir haben St. Pauli sicher gemacht." Der Erste Hauptkommissar Ludwig Rielandt (57), Chef der weltberühmten Davidswache im Herzen des Vergnügungsviertels, ist sich gleichwohl der Grenzen seiner Aussage bewußt: Sicher ist St. Pauli für die Besucher geworden – jedenfalls in dem Sinne, daß die Gäste in den *diversen Etablissements* in der Regel nicht mehr bestohlen, die Zechen nicht mehr mit der Faust oder gar mit der Pistole abkassiert werden.

Für die organisierte Kriminalität aber, die in Norddeutschland zu einem großen Teil im St.-Pauli-Milieu *verwurzelt ist*, läßt *sich solcher Opti*mismus noch nicht rechtfertigen; und niemand weiß das besser als Rielandt. Gab es noch vor Jahren nach polizeiamtlicher Feststellung erst „Ansätze" eines bandenmäßig organisierten Ganoventums, so drohen daraus inzwischen *straff* gegliederte Strukturen zu werden. Vor allem die Hafenstadt Hamburg bot dafür einen günstigen Nährboden: Diebstahl und Hehlerei, Erpressung (insbesondere von „Schutzgeldern"), Prostitution und Zuhälterei, Rauschgifthandel, verbotenes Glücksspiel, illegale Einschleusung und Arbeitsvermittlung von Ausländern. „Verschieben" von Luxuslimousinen, Bestechung, jede Art von Menschenhandel und einschlägige Verstöße gegen das Waffengesetz – es geht quer durch das Strafgesetzbuch.

Diese Banden-Kriminalität, so ließ der Senat der Hansestadt die Abgeordneten der Bürgerschaft kürzlich wissen, zeichne sich „durch neue, insbesondere durch konspirative und arbeitsteilige Arbeitsweisen aus"; zum Teil sei auch „eine zunehmende Brutalität zu verzeichnen". Das bezieht sich insbesondere auf den skrupellosen Schußwaffengebrauch und gilt *nicht nur* im *Hinblick* auf unschuldige Opfer – auch die Ganoven gehen ruppiger miteinander um.

Die Hamburger Polizei hat dem von Jahr zu Jahr dreister werdenden Treiben mächtiger Ganovenbanden, die vor allem auf St. Pauli ihre Ein*flußsphären schon* abgegrenzt und „Übergriffe" der Konkurrenz mit der Pistole abgewehrt hatten, ganz sicher zu lange zugesehen. Das lag nicht so sehr an mangelnder Einsatzbereitschaft und Pflichttreue der Beamten „vor Ort", sondern vor allem an schlechter *oder gar fehlender* Führung. Ein überforderter Polizeipräsident wie der inzwischen in den Ruhestand gegangene Günther Redding, dem Ganoven zum Ende seiner Dienstzeit sogar Preziosen aus der Wohnung stahlen, hohe und auch nicht so hohe Kriminalbeamte, die in den Ruch gerieten, mit Figuren der Unterwelt gemeinsame Sache gemacht oder jedenfalls den bösen Anschein solcher dubiosen Kontakte nicht rechtzeitig vermieden zu haben, dienstliche Verfehlungen von Fahndern, die in etliche Delikte von der Hehlerei bis zum Rauschgifthandel verwickelt waren und abgeurteilt wurden – Hamburgs Polizei war in eine Krise geraten, die die Verbrechensbekämpfung lähmte.

Der Senat *erkannte*, daß er durchgreifen müsse. Das Ergebnis war eine Sonderkommission aus Polizei und Staatsanwaltschaft, die eineinhalb Jahre hindurch ermittelte und rund 900 Vorwürfe gegen fast 300 Personen, davon 99 Staatsdiener Hamburgs, zu prüfen hatte. Das Ergebnis war, neben etlichen Anklagen gegen Polizeibeamte, die Auflösung des Einbruchsdezernats.

Gegen die organisierte Kriminalität kämpft nun eine auf Innensenator Pawelczyks Weisung aufgebaute Spezialtruppe, die Fachdirektion 65, mit 45 handverlesenen Beamten und Angestellten – technisch auf das modernste ausgestattet – mit der Möglichkeit, „under cover agents" einsetzen zu können, und mit Dienstanweisungen, die einen großen Spielraum für eigene Initiative geben.

Inzwischen haben mehrere spektakuläre Großeinsätze der Kriminalpolizei, auch in Zusammenarbeit mit der Steuerfahndung, zu ersten Erfolgen geführt, freilich erst nach langwierigen Ermittlungen: Es gelang, den viele Jahre als „*König von* St. Pauli" geltenden, eigener Bekundung zufolge jedoch als Gastronom und Kaufmann tätigen Wilfried Schulz, der auch als Boxveranstalter auftrat, hinter Gitter zu bringen. Das Untersuchungsgefängnis hatte er zwar schon häufig von innen gesehen, doch stets nur für kurze Zeit, weil die Haftgründe nicht reichten. Jetzt allerdings sitzt der 55jährige schon ein volles Jahr und sieht einem Strafprozeß wegen Förderung der Prostitution, Anstiftung zur Falschaussage, Beihilfe zur Urkundenfälschung und zur Bestechung entgegen.

Wilfried Schulz und weitere der Mittäterschaft Verdächtige, dann die „Zuhälter-GmbH", und vor kurzem die kriminelle Rockergruppe „Hell's *Angels", die das* Bundesinnenministerium inzwischen verboten hat – drei Großverfahren stehen bevor. Eine neue Abteilung der Staatsanwaltschaft mit sechs Staatsanwälten soll den „nahtlosen Anschluß" an die Ermittlungen von FD 65 sicherstellen, *und zwei zusätzliche* Große Strafkammern des Landgerichts sollen dafür sorgen, daß nicht wie in früheren Fällen Beschuldigte aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, weil die Verfahren nicht rechtzeitig terminiert werden können.

Im Zentrum St. Paulis, auf der Großen Freiheit, steht in unmittelbarer Nachbarschaft von Sex-Lokalen und Bars die katholische St.-Josephs-Kirche. Den Zugang zu diesem Gotteshaus ziert ein kleines Schild mit der Aufschrift: „Es gibt nichts, womit Jesus nicht fertig wird." Der Innensenator hofft, daß er das auch von seiner Polizei sagen kann.

Kohl will Mahnmal für Opfer der Gewalt

dpa/rtr/AP, Bonn

Anläßlich des Volkstrauertages haben Vertreter aus Staat und Gesellschaft in einer Gedenkstunde des Bundestages der Toten der Weltkriege *und der Opfer von Haß und* Gewalt gedacht. Bundeskanzler Kohl erinnerte daran, daß die Bundesrepublik sich zu Gewaltverzicht verpflichtet habe. Die Versöhnung der früheren „Erbfeinde" Frankreich und Deutschland wertete er als Zeichen dafür, daß Völkerhaß überwunden werden könnte. Aber nicht die Sehnsucht der Menschen schaffe Frieden, sondern Gerechtigkeit und vor allem Anerkennung der Menschenrechte, der Menschenwürde und der Freiheit.

Die Schaffung eines würdigen Mahnmals für die Opfer der Kriege, der Gewaltherrschaft, des Rassenwahns, Widerstandes, der Vertreibung und der Spaltung Deutschlands sowie des Terrorismus nannte Kohl ein wichtiges Vorhaben, das die Bundesregierung in jeder Weise fördern wolle.

Bundestagspräsident Barzel dankte dem Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge für seine Arbeit im Dienst des Friedens und der Verständigung der Völker. Millionen Deutsche gedachten am gestrigen Tag auf zahlreichen Kundgebungen des Bundes der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Neuer Bischof in Mecklenburg

epd/hrk. Berlin

Der Rostocker Gemeindepfarrer Christoph Stier ist am Wochenende, *wie erwartet, zum neuen Bischof der* mecklenburgischen Landeskirche gewählt worden. Im dritten Wahlgang erhielt er in Schwerin von den Synodalen die notwendige Stimmenmehrheit gegenüber seinem Gegenkandidaten, dem Leipziger Theologie-Dozenten Joachim Wiebering. Die WELT hatte bereits am 5. November über den voraussehbaren Wahlausgang und den neuen Bischof berichtet.

Stier löst im Juli 1984 den bisherigen Landesbischof Heinrich Rathke ab. Nach zwölf Jahren Amtszeit als Oberhaupt der evangelisch-lutherischen Landeskirche übernimmt Rathke auf eigenen Wunsch wieder den Pfarrdienst in einer ländlichen Gemeinde.

Der künftige Bischof Christoph Stier ist 42 Jahre alt und gebürtiger Magdeburger. Er studierte in Rostock Theologie und war seit acht Jahren als Landespastor für Weiterbildung und Akademie-Arbeit in seiner Kirche tätig.

Besuch an der Mauer nachgeholt

DW. Berlin

Ein Mitglied der griechischen Parlamentariergruppe, die in der vergangenen Woche eine Besichtigung der Berliner Mauer abgelehnt hatte, der konservative Abgeordnete Nikolaos Gelestathis, hat am Wochenende an den Mahnkreuzen für die Opfer der Mauer einen Kranz niedergelegt. Er äußerte die Vermutung, daß für die Weigerung der Gruppe, die zu scharfen Reaktionen in Bonn geführt hatte, der griechische Ministerpräsident Papandreou selbst verantwortlich sei.

Kohl: Nicht über Lambsdorff andere Probleme lösen

Kanzler vor Bundeskongreß der Jungen Union / Absage an die 35-Stunden-Woche

PETER SCHMALZ, München

Die Jacke hat er ausgezogen und über die Stuhllehne hinter sich gehängt, gerade so, als könne er hemdsärmelig selbst im weiten Konferenzsaal des Münchner „Sheraton" eine intime Plauderatmosphäre schaffen; als sitze man am Kaminfeuer, und der Bundeskanzler läßt die Bürde des Amtes fallen. „Ich sag' Ihnen, wie mir's ums Herz ist", verspricht Helmut Kohl den 318 Delegierten des Münchner Deutschlandtags der Jungen Union, zu denen er an die Isar gekommen ist, um zwei Stunden mit ihnen zu diskutieren.

Und der Unions-Nachwuchs erlebt einen Kanzler und Parteivorsitzenden, dem die Herzensfreude vergällt ist vom Gerede über Führungslosigkeit und mangelnde Entschlußkraft, vom Lästern über die ausgebliebene Wende und vom Zank unter den Koalitionspartnern. Sie erleben an diesem Samstagnachmittag jedoch auch einen Helmut Kohl, der Entschlossenheit demonstriert, seine Widersacher eines Besseren zu belehren, und der überzeugt ist, auf dem richtigen Weg zu marschieren: „Wir sind aus der Durststrecke noch nicht heraus, aber wir kommen heraus."

„Jungen Leuten helfen"

Er bittet um Geduld: Wie der Abstieg der deutschen Wirtschaft nicht über Nacht eingetreten ist, könne auch der Aufstieg nicht über Nacht erreicht werden. Und er setzt sich selbst Termine: „Mein Ziel im nächsten halben Jahr ist es, jungen Leuten zu helfen, die sich etwas zutrauen." Eine Existenzneugründungswelle soll das Land überziehen, eine mutige Jugend soll zukunftsgerichtete Unternehmen gründen.

Mut zum Risiko lautet Kohls Parole, die er der Jungen Union verkündet, nicht Mut zu noch mehr Freizeit. Als „absurd, töricht, dumm" qualifiziert er die 35-Stunden-Meinung ab, die da lautet: „Wir können besser leben und müssen nur weniger arbeiten." Wenn nun andere ihn bei Ablehnung der 35-Stunden-Woche vor einer Krise warnen, dann sei er bereit, es damit aufzunehmen: „Ich sehe gegenwärtig keinen Sinn darin."

Kohl solidarisiert sich deutlich mit seinem Wirtschaftsminister: Was sich hier an „menschlich erbärmlicher Schäbigkeit" zeige, „das zeigt eine Republik, die nicht meine Republik ist". Noch immer gelte in Deutschland einer erst als schuldig, wenn er rechtskräftig verurteilt ist.

Und Kohl fügt eine Bemerkung an, die den Adressaten nicht nennt, weil ohnehin jeder weiß, wer gemeint ist: Wenn einer glaube, wer immer es ist, er könne über Lambsdorff andere Probleme lösen, der täuscht sich, sagt der Kanzler.

Mit dem, dem nachgesagt wird, er wolle gerne Lambsdorffs Ministerstuhl übernehmen, findet Kohl keine Zeit zu einem Treffen in München. „Ich hab' einen Riesenterminplan", begründet der Kanzler vor Journalisten, warum er Franz Josef Strauß nicht trifft.

Strauß kommt tags darauf zur Unions-Jugend, will eigentlich nur ein Grußwort sprechen, willigt aber dann doch dem Beispiel Kohls folgend in eine Diskussion ein. Und wird natürlich nach seinen Bonner Ambitionen gefragt. „Hier und heute" solle er erklären, daß er nicht Minister werden wolle, fordert ein forscher Jungmann. Doch der CSU-Vorsitzende geht souverän über die Frage hinweg, als sei sie für ihn nichts als Luft.

Dafür rechtfertigt er mit einer bisher einmaligen Vehemenz den „DDR"-Kredit, der in der Öffentlichkeit in weit besserem Ruf stehen könnte, wenn nur das Bundespresseamt nicht versagt hätte: „Gegenleistungen bestehen, aber sie sind nicht sichtbar, weil die Informationspolitik darüber derartig unfähig gehandhabt worden ist, daß jeder politische Erfolg leider zerrinnt. Bei gleichem Vorgang hätten die Sozialdemokraten vier Wochen lang Freudenfeste in der Bundesrepublik veranstaltet, Prozessionen und Tedeum gehalten."

„DDR"-Kredit verteidigt

Das bringt Beifall und Lachen, dem aber auch einige Buhrufe folgen, als Strauß seine Rolle bei der Kreditver*mittlung dahingehend interpretiert,* er habe sich hier „vor Helmut Kohl gestellt, um ihn in einer schwierigen Frage zu unterstützen".

Die Delegierten aus Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen geizen ohnehin mit Beifall, letztere vor allem, weil Strauß ihre Mutterpartei schonungslos attackiert: Es sei ein Gebot der politischen Weisheit gewesen, der SPD in Wiesbaden eine große Koalition anzubieten, nun aber werde die CDU in Hessen auf lange Zeit von der Regierung ausgeschlossen bleiben, und die SPD könne für die nächste Bundestagswahl das Bündnis mit den Grünen proben.

Zwischen Kohl und Strauß blieb dem Kongreß gerade noch Zeit, den Trierer Politologen Christoph Böhr mit 275 von 318 Stimmen zum neuen JU-Bundesvorsitzenden zu wählen und ein Umweltpapier durchzupauken, das eigentlich im Mittelpunkt der Tagung stehen sollte.

Amerikaner enttäuscht über Westeuropa

Konferenz von Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Institut for Foreign Policy Analysis

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das zentrale Thema einer deutsch-amerikanischen Konferenz, die zum sechsten Mal gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem *Institute for Foreign Policy Analysis* aus Cambridge/Massachusetts ausgerichtet wurde, war die Frage, inwieweit die Westeuropäer die USA bei der Verwirklichung ihrer globalen Verantwortung zur Erhaltung der freien Länder gegenüber dem sowjetischen Machteinfluß direkt oder indirekt unterstützen sollten. Teilnehmer auf deutscher Seite waren in erster Linie Bundestagsabgeordnete der Unionsparteien sowie deren Mitarbeiter, von amerikanischer Seite Fachleute aus dem Weißen Haus, Außenministerium sowie Wissenschaftler aus beiden Ländern.

Die Amerikaner zeigten unverhohlen ihre Enttäuschung darüber, daß die westeuropäischen Regierungen, vor allem auch Bonn, in der Grenada-Frage so offenkundig durch Stimmenthaltung in den Vereinten Nationen und recht zweideutige Äußerungen führender Kabinettsmitglieder die USA im Stich gelassen hätten. Es gehe nicht an, so wurde verschiedentlich ausgeführt, daß die Verbündeten in Europa darauf hofften, Amerika werde letztlich unter Einsatz militärischer Mittel auch deren Interessen wahren, sie auf der anderen Seite derartiges amerikanisches Handeln aber nicht einmal diplomatisch abzusichern bereit seien.

Es kam fast einer Belehrung gleich, als ein seit langem in Washington lebender deutscher Konferenzteilnehmer den Deutschen eine „provinzielle Haltung aus dem politischen Biedermeier" vorhielt, wenn sie glaubten, sie könnten sich auf „moralisch angenehme Positionen" zurückziehen, während sich die USA in der Weltpolitik „die Finger schmutzig machen". Gewiß sei es richtig, wenn die Bundesregierung darauf setze, die Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt durch Entwicklungshilfe zu sichern und auf diese Weise die innere Stabilität in den unterentwickelten Regionen zu festigen. Damit, so die Argumentation, könne es nicht genug sein, weil die Sowjetunion entweder direkt oder indirekt mit Hilfe von „Stellvertretern" ihren Einfluß dort vor allem auch mit militärischen Mitteln zu vergrößern suche. In Grenada hätten die USA nach dem Prinzip „Wehret den Anfängen" in einem Moment, da die Kosten für eine Intervention noch relativ gering zu veranschlagen gewesen seien, die Entwicklung zu einem sowjetischen Außenposten gestoppt und die Rückführung des politischen Systems der Insel zu Selbstbestimmung und demokratischem Pluralismus abgesichert.

Von amerikanischer Seite wurde darauf verwiesen, daß in Westeuropa selbst von verantwortlichen Regierungsmitgliedern nicht begriffen worden sei, worum es in Grenada geopolitisch und strategisch gehe. Die Sowjetunion habe versucht, sich neben Kuba in der Karibik eine weitere Machtbasis zu verschaffen. Man müsse wissen, daß im Krisenfall für den europäischen Teil der Allianz fast fünfzig Prozent des Nachschubs über die US-Häfen des Golfs von Mexiko abgewickelt würde. Die NATO hätte dann starke Kräfte aufzubringen, um die See Richtung Europa trotz der Präsenz sowjetischer Streitkräfte offenzuhalten. Außerdem hätte sich Grenada für sowjetische U-2oote nach einem eventuellen Hafenausbau gut zur Abstützung angeboten.

Der Intendant und die Konstellationen im WDR

v. Sell hat Probleme mit seinen Personalvorstellungen

WILM HERLYN, Köln

Die Absage des ZDF-Korrespondenten in Washington, Dieter Kronzucker, ist noch keine drei Tage alt, da steht WDR-Intendant Friedrich Freiherr von Sell neuer Unbill ins Haus. Mit Kronzucker, favorisiert von der CDU, hätte ein allseits akzeptierter und qualitativ anerkannter Journalist die Nachfolge von Theo M. Loch angetreten, der seinen Sessel als Chefredakteur Fernsehen im größten deutschen ARD-Sender wegen seiner früheren Mitgliedschaft bei der Waffen-SS hatte räumen müssen. Nun wollen die Auguren wissen, daß von Sell doch noch einmal zu Friedrich Nowottny, dem WDR-Studioleiter in Bonn (siehe WELT vom 10. 11.) pilgern muß, um jetzt mit ihm ernsthaft zu verhandeln. Aber damit *sind noch längst nicht* alle personellen Probleme des WDR gelöst.

Es ist wohl einmalig in der Geschichte des Hauses, daß der Intendant gleich zweimal mit seinen Vorschlägen Schiffbruch erlitt. Mehrheitlich ließ der Verwaltungsrat den Kandidaten für die Leitung des Kabel-Pilotprojektes Dortmund, das 1985 mit einer Laufzeit von drei Jahren beginnen soll, den Sozialdemokraten Erdmann Linde, abblitzen, und auch mit seinen Personalvorstellungen für die Besetzung des zweiten Mannes im Funkhaus Münster stieß der Freiherr auf keine Gegenliebe.

Ungelöst sind aber auch die anstehenden Nachfolgefragen in den Leitungen der Bereiche Wirtschaft und Ausland. Nachdem gerade der SPD-Mann Jürgen Rosenbauer den Sektor Kultur übernommen hat, möchte die CDU nun ihrerseits gern ein „Personalpaket" packen, doch gibt es auf seiten der SPD kaum Signale der Zustimmung.

Höhere Zuschauerquote durch Sport mit Huberty

Zunächst aber steht ein viel dringenderes Problem an, das sich von Sell selbst bereitete. Denn sozusagen im Vorgriff und im Vertrauen darauf, daß der Verwaltungsrat die noch aus*stehenden etwa 130 Planstellen im* Zuge der Regionalisierung des Senders genehmigt, sind offensichtlich schon mehrere Vorverträge mit künftigen Mitarbeitern geschlossen worden. Das Ärgernis wurde ruchbar, als jetzt der Verwaltungsrat eben nicht die Planstellen, wie von Sell geglaubt hatte, freigab, sondern kurzerhand vorläufig sperrte.

Die mit Millionenaufwand ins Leben gerufene „Aktuelle Stunde", vom Regionalisierungsbeauftragten Chefredakteur Claus Hinrich Cassdorf voreilig als „Straßenfeger" bezeichnet, kommt nur mühsam auf drei Prozent Zuschauerquote. Offiziell wird diese Zahl allerdings auf fünf oder gar sechs Prozent erhöht: *Die sonnabendliche Ausgabe der* „Aktuellen Stunde" nämlich, die praktisch nur aus Sportberichten besteht und von dem beliebten Ernst Huberty moderiert wird, treibt die Quote nach oben.

Jetzt will der Verwaltungsrat erst einmal einen ungeschönten Rechenschaftsbericht und läßt sich auch dadurch nicht beirren, daß der WDR versprochen hat, von Januar 1984 an die sogenannten Fensterprogramme in den Regionalsendungen zu öffnen. An diesem Montag berät er erneut das Problem.

Aber auch im Rundfunkrat gibt es Probleme: Die Mitglieder schreiben sich inzwischen zum Teil geharnischte Briefe. Der Bochumer Theologe Professor Günter Brakelmann versuchte jetzt in einem Schreiben an seine Rundfunkratskollegen, den Intendanten in Schutz zu nehmen, und schob die Schuld der Presse zu („...entfaltete sich in Teilen der öffentlichen Presse eine Kampagne..., die im Rundfunkbereich ohne Beispiel sein dürfte..."). Er forderte für *die nächste Sitzung des Rates eine* „öffentliche Verlautbarung unseres Gremiums zu den diskriminierenden Angriffen auf die Person und die Amtsführung des Intendanten".

Probleme jetzt auch im Rundfunkrat

Das nun *mochte sein* Rundfunkratskollege Gerhard Rödding, gleichfalls Theologe, so nicht stehen lassen. Rödding stellt in einem Brief an Brakelmann fest, daß es wohl kaum „Enthüllungsjournalismus" genannt werden kann, wenn die Tatsache, daß der Staatsanwalt gegen von Sell we*gen des Vorwurfes ermittle, er habe* den Wert seines Privathauses durch den Einbau von Sicherungsmaßnahmen auf Kosten der Gebührenzahler gesteigert, in der Presse gemeldet werde.

Abschließend schreibt Rödding: „... mir scheint, der Intendant sei in seinem jetzigen Amt überfordert." Das sei zwar tragisch, aber „im öffentlichen Leben muß man eben seiner Aufgabe gewachsen sein oder die Konsequenzen ziehen".

Allerdings laufen schon seit einiger Zeit die Rechenkünstler im WDR umher und machen von Sell Hoffnung, so schlimm werde es alles nicht kommen können. Denn im kommen*den Frühjahr wird der Rundfunkrat,* der wiederum die Mitglieder des Verwaltungsrates wählt, neu gewählt und wird dann die Mehrheitsverhältnisse des Düsseldorfer Landesparlaments widerspiegeln. Jetzt noch geht es paritätisch zu: Zehn Vertreter werden der CDU, zehn der SPD zugeordnet, und als „21. Mann" sitzt dort der FDP-Politiker Horst-Ludwig Riemer. Der nun aber wird mit Sicherheit nicht wieder in das Gremium einziehen – die FDP ist seit 1980 nicht mehr im Landtag vertreten. Und die Mehrheit wird mit elf zu zehn Stimmen bei der SPD liegen.

Dennoch: Zum Tragen kommt diese Machtverteilung erst, wenn Ende 1985 die siebenjährige Amtsperiode des liberalen Verwaltungsratsmitgliedes Willy Weyer ausläuft und der Rundfunkrat neu zu befinden hat. Aber davor liegen auch noch Landtagswahlen, die ganz neue Konstellationen auch im WDR eröffnen können.

Abe: Mehr Geld für Japans Verteidigung

rtr, Tokio

Japan wird nach den Worten von Außenminister Shintaro Abe möglicherweise seine Verteidigungsausgaben erhöhen. Sie dürfen nach einem Gesetz von 1976 nicht mehr als ein Prozent des Bruttosozialproduktes betragen, liegen aber wegen des Wirtschaftswachstums im derzeitigen Finanzjahr bei nur 0,98 Prozent des Bruttosozialproduktes. Im japanischen Fernsehen sagte Abe gestern, das künftige Wachstum müsse bei der Berechnung des Verteidigungshaushaltes berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende des politischen Ausschusses der regierenden Liberalen Partei, Rokusuke Tanaka, äußerte sich in derselben Sendung, man könne nicht garantieren, daß angesichts der militärischen Stärke der Sowjetunion in Fernost Japan seine Verteidigungsausgaben auch künftig auf ein Prozent des Bruttosozialproduktes beschränken könne.

Navon als Peres-Nachfolger?

AFP, Tel Aviv

Der ehemalige israelische Staatspräsident Yitzhak Navon hat gestern dem israelischen Rundfunk seine baldige Rückkehr in das politische Leben seines Landes angekündigt. Nach Ablauf seines Mandats im April hatte Navon sich von der politischen Bühne zurückgezogen. Meinungsumfragen in den vergangenen Wochen ergaben, daß die oppositionelle Arbeiterpartei im Fall der Ablösung ihres Vorsitzenden Shimon Peres durch Navon bei allen künftigen Wahlen einen klaren Sieg über den Likud-Block davontragen würde.

Neuer Führer für „Sinn Fein"

AFP, Dublin

Der britische Unterhausabgeordnete Gerry Adams ist in Dublin auf dem Kongreß der „Sinn Fein" zum neuen Vorsitzenden der Partei gewählt worden, die als politischer Flügel der irisch-republikanischen Armee (IRA) gilt. Der 34jährige Adams wird Nachfolger von Ruari O'Bradeigh, der nicht mehr kandidiert. Mit der Wahl Adams wird die „alte Garde" aus dem Süden von dem extremistischen nordirischen Parteinachwuchs abgelöst. Die „Sinn Fein" lehnt jede politische Lösung des Nordirland-Problems ab, die nicht ein „vereintes und sozialistisches" Irland vorsieht.

Polnische Touristen blieben in Schweden

AP, Stockholm

In Schweden haben sich 20 polnische Touristen von ihrer Reisegruppe abgesetzt. Wie die Polizei in Stockholm am Wochenende bestätigte, handelt es sich um Passagiere des polnischen Dampfers „Rogalin", der in Nynäsham östlich von Stockholm angelegt hatte. 13 der Polen hätten inzwischen um Aufenthaltserlaubnis nachgesucht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

WELT-Gespräche mit Israels Premier: Syrien, die Palästinenser und deutsche Waffen in Nahost

Jitzhak Shamir: „Die PLO ist kein Faktor mehr im Kräftespiel des Mittleren Orients“

Von JÜRGEN LIMINSKI

Im Vorzimmer der israelischen Machtzentrale, dem Büro des Ministerpräsidenten Jitzak Shamir, schmückt ein bemerkenswertes Dokument die Wand. Es bezeugt, daß der britische Hochkommissar im „Hauptquartier der Verwaltung des besetzten Feindeslandes“ in Jerusalem, Generalmajor Sir Louis Bols, dem Briten Sir Herbert Samuel „das eine Palästina komplett“ (one Palestine, complete“) vermacht hat. Die britische Quittung spiegelt ein gutes Stück kolonialer Willkür wider. Sie trägt das Datum des 30. Juni 1920.

Schräg gegenüber blickt aus einer kupferfarbenen Skizze das wache Auge des Wladimir Jabotinsky herüber. Zwischen beiden Rahmen spannt sich der Bogen nationaler Willkür zu nationaler Sehnsucht, von der Herrschaft der Fremden zur Legitimität einer Nation.

Auch die arabischen Feinde Israels haben ihren Anspruch auf Palästina stets mit Willkür, die PLO zusätzlich noch mit internationalem Terror verfochten. Es gibt freilich einen großen Unterschied zwischen der britischen Arabeske und dem arabischen Haß. Kaum einer kennt ihn besser als der israelische Premier. Er hat in den vierziger Jahren im Untergrund militärisch gegen die britische Kolonialmacht in Palästina gekämpft, später an leitender Stelle im israelischen Geheimdienst und seit 1973 als Mitglied der Knesset politisch gegen den Terror der PLO und gegen den Totalitarismus arabischer Staaten, die, wie er sagt, „Israel vernichten“ und das ganze Palästina haben wollen.

In diesen israelisch-arabischen Grundkonflikt ordnet er die massive Aufrüstung Syriens mit sowjetischen Waffen und die Kämpfe in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli ein. In einem Gespräch mit der WELT, dem ersten Interview, das er seit seinem Amtsantritt einem nichtisraelischen Medium gewährt, sagt er: „Man kann in dem syrischen Bemühen, die PLO vollständig zu beherrschen, die ernstzunehmende Absicht Syriens erkennen, einen Angriff auf Israel vorzubereiten.“ Zwar beunruhige ihn die Mobilisierung der syrischen Streitkräfte nicht. Aber gegenüber diesem Staat, „der von allen arabischen Staaten Israel am feindlichsten gesonnen ist“ und der zudem von der Sowjetunion massiv unterstützt werde, müsse Israel „immer wachsam sein“.

Shamir spricht langsam, fast bedächtig. Jedes Wort scheint abgewogen, wohlüberlegt. „Syrien sagt ganz offen, daß seine Mission darin besteht, Israel entgegenzutreten. Syriens Führer sagen, nachdem Ägypten aus dem arabischen Lager desertiert sei und auch Jordanien nicht mehr ernst zu nehmen sei und seit die Kräfte Iraks in jenem Krieg am Golf absorbiert würden, bliebe nur noch Syrien übrig, um den arabischen Kampf gegen den Staat der Juden zu führen. Und die syrische Führung glaubt, daß sie mit Hilfe der Sowjetunion schon in naher Zukunft in der Lage sein wird, allein gegen Israel anzutreten. Das nennen sie strategisches Gleichgewicht mit Israel. Es ist ein Euphemismus, denn sie meinen eine militärische Überlegenheit, die es ihnen erlaubt, die israelische Armee zu schlagen.“

Der historische Zyklus der arabisch-israelischen Beziehungen wiederhole sich auch hier. „Es gibt immer einen arabischen Führer, der sich als der Saladin der heutigen Zeit fühlt.“ Das sei so gewesen zur Zeit des ägyptischen Staatschefs Nasser, dann hätte es der Iraker Saddam Hussein versucht, und „jetzt ist Assad an der Reihe“.

Ebenso wie Nasser, so wolle auch Assad vermeiden, daß „seine Kreise der Konfrontation mit Israel durch Terrororganisationen gestört werden. Assad will keine Überraschungen. Er will die totale Kontrolle über diesen Kampf.“ Der Wille des Syrers, die PLO ganz in seine Hand zu bekommen, erinnere in fataler Weise an Nasser. „Er möchte von keiner Organisation zum Kampf gezwungen oder in ihn hineingerissen werden. Er will den Zeitpunkt der Schlacht selbst und allein bestimmen.“ Und, ergänzt Shamir mit leiser werdender Stimme, „er will in seinem Arsenal auch Waffen des Terrorismus haben“.

In offener Feldschlacht könne sich Israel wohl behaupten; wie aber könne ein demokratischer Staat auf Angriffe des terroristischen Krieges reagieren, wie sie jetzt in Beirut und Tyros zumindest in Komplizenschaft mit Syrien verübt wurden? Shamir lehnt sich zurück und schaut aus dem Fenster. Sein Blick entrückt in die innere Ferne und Weite seiner Kenntnisse. Bewußt, wie Schachfiguren, setzt er sein Worte: „Israel hat seine Erfahrungen mit dieser Art des Kampfes gemacht. Und wir werden Mittel und Wege finden, diese Angriffe zurückzuschlagen.“

Shamir ist kein Mann blinder Aktionen. Er schlägt keine Türen zu. Ruhe, Überlegtheit und Entschlußkraft zeichnen den 68jährigen aus. So sieht kein Mann des Übergangs aus. Die Ruhe und Beständigkeit, die er ausstrahlt, seien genau das, was Israel jetzt brauche. So ist es nicht nur in seiner Umgebung zu hören. Seine Popularitätskurve weist stetig nach oben. Er diskutiert im Fernsehen mit Rekruten. Mit besonderer Umsicht widmet er sich derzeit den wirtschaftlichen Problemen des Landes. Eine gesündere Wirtschaft ist für ihn eine Komponente der Stärke. Er ist ein Mann der Härte, aber Härte zeigen ist für ihn kein Selbstzweck.

In seiner ersten Kabinettssitzung als Premier soll er freundlich und bestimmt gesagt haben: „Keine Cliquenbildung, keine Kritik an der Regierung. Wir diskutieren hier, nicht



Israels Premier Shamir: „Wir freuen uns auf den Besuch von Bundeskanzler Kohl“ FOTO: POLY-PRESS

auf der Straße.“ Nach sechs Wochen Krisenbeginn und Krisenmanagement weiß man in Israel zumindest das: Shamir führt. Sollte es ihm gelingen, in den kommenden Monaten die Koalition wieder zusammenzuschweißen, dann wird er aller Voraussicht nach ein ebenso dauerhafter Übergangspremier sein wie seinerzeit Frau Golda Meir. Es wäre unklug, für die nächsten Jahre nicht mit Shamir zu rechnen.

Die leidenschaftliche Äußerung des französischen Außenministers Cheysson („Die PLO ist notwendig für den Frieden in der Region“) kommentiert er mit einem Anflug von Ironie: „Manche Beobachter resümieren die französische Nahost-Politik auf hauptsächlich zwei Faktoren. Diese seien die PLO und Irak. Aber was ist aus beiden geworden?“ Dann, mit dem gewohnten Ernst: „Die PLO ist kein Faktor mehr im Kräftespiel des Mittleren Orient. Man sieht es an der Versöhnungskonferenz in Genf. Sie hatte dort noch nicht einmal einen Beobachter, obwohl sie doch noch vor anderthalb Jahren eine dominierende Rolle in Libanon spielte. Jetzt hat sie nichts mehr zu sagen. Das illustriert ihren Niedergang.“

Die Zukunft der Palästinenser sieht Israels Premier so: „Ich wünsche mir sehr, daß die arabische Bevölkerung in Judäa, Samaria und Gaza aus diesen tragischen Ereignissen von Tripoli eine Lehre zieht. Sie muß sich jetzt fragen, warum dieser Bruderkrieg, warum dieser Krieg zwischen Menschen ein und desselben Volkes, ja warum töten sich die Angehörigen derselben Bewegung auf so grausame Weise?“ Diese Frage stürze die Palästinenser in „totale Verwirrung.“

Das sei übrigens die „Tragödie des arabischen Volkes in Palästina seit Beginn dieses Jahrhunderts, daß es immer unter dem Einfluß kleiner extremistischer Gruppen stand; Terroristen, die ihre Führer wurden und die niemals etwas von einem Kompromiß mit uns, mit der nationalen Bewegung der Juden in Palästina, wissen wollten“. Diese Führer hätten die „palästinensische Bevölkerung von einer Tragödie zur anderen geführt, von einer Katastrophe in die andere, bis auf den heutigen Tag“.

Wie ein Dogma spricht er es aus: „Der Autonomieplan von Camp David ist der einzige Weg, der dieser Bevölkerung Fortschritt verheißt und die Hoffnung sichert, einmal ein normales Leben führen zu können. Dieser Autonomieplan öffnet den Weg zu Verhandlungen über ein künftiges politisches Statut dieser Gebiete (Westjordanland und Gaza-Streifen, d. R.) und gibt ihrer arabischen Bevölkerung die Möglichkeit, an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken. Das ist ihre einzige Chance, der einzig realistische Weg.“

Konkret bedeute das, daß „die arabischen Palästinenser sich nun an die ägyptischen Autoritäten und an König Hussein von Jordanien wenden müssen, um sie um die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit uns zu bitten unter Beteiligung der arabischen Palästinenser selbst. Nur so gelangen wir zu einer Lösung.“

Die Unruhen in Judäa und Samaria stünden in Zusammenhang mit der „Verzweiflung über die Tragödie von Tripoli“. Aber was helfe es Arafat, fragt Shamir, „wenn man Reisende mit Steinen bewirft?“ Fast bedrückt sagt er: „Ein Volk verliert den Kopf.“

Die Rolle der Sowjetunion im Vorderen Orient ist für den erfahrenen Diplomaten rasch skizziert. Äußerungen ägyptischer Politiker, wonach Moskau im Sinne der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 1. Oktober 1977 letztendlich als Garantiemacht in den Friedensprozeß einbezogen werden müsse, hält er für abwegig. „Die Abkommen von Camp David wurden getroffen, nachdem diese Erklärung für nichtig erklärt worden war. Sie ist nicht mehr zu beleben.“ Ihre Annullierung sei eine Vorbedingung für die Verhandlungen gewesen, die zu den Verträgen von Camp David geführt haben.

Shamir: „Wir glauben, daß der Frieden in unserer Region ein Resultat der Verhandlungen zwischen den Völkern sein muß, die in dieser Region leben. Israel wird in keinster Weise eine Beteiligung der Sowjetunion akzeptieren, solange Moskau seine negative Haltung gegenüber Israel nicht ändert.“ Eine solche Änderung sei momentan „leider nicht auszumachen“. Im Gegenteil, die Sowjetunion rüste Syrien mit modernsten Waffen auf. Die Lieferung von SS-21-Raketen bezeichnet Shamir in diesem Zusammenhang als „Bedrohung Israels, der freien Welt, des Friedens und der Stabilität im Mittleren Orient“.

Die Sowjetunion unterstütze heute, wie einst das Regime Nasser, „den totalitären Ansatz Assads“. Assad brauche die Sowjetunion, um der alleinige Führer der Araber zu sein. Heute sei ihm diese Unterstützung sicher. Ob das auch in Zukunft so sein wird, könne man jedoch nicht wissen. „In der Politik gibt es keine ewigen Verhältnisse“, und im Mittleren Orient habe es schon oft revolutionäre Veränderungen gegeben. Dessen seien sich die Sowjets auch bewußt. Für Israel heiße es heute, mit „höchster Wachsamkeit die sowjetisch-syrischen Manöver zu beobachten“. Israel habe kein Interesse an einem Krieg und werde „alles Menschenmögliche tun, damit dieser Krieg nicht ausbricht“.

Viel Aufmerksamkeit widmet Shamir offenbar auch seinem bevorstehenden Besuch in den Vereinigten Staaten. Auf seinem nüchtern-funktionalen Schreibtisch liegt ein Buch einem Stapel von fünf Bänden obenauf: „Ronald Reagan – Speeches 1961–1982“. Die Intervention in Grenada, die Israel offiziell begrüßt hat, habe das Prestige der USA im Mittleren Osten erhöht. Denn sie habe gezeigt, daß „Amerika wachsam ist und den Willen hat, seine Stärke zu gebrauchen, wenn es notwendig ist“. Die strategische Zusammenarbeit mit Washington werde intensiviert werden.

Schwer fällt Shamir die Antwort auf die Frage, wie Israel reagieren würde, falls die Bundesrepublik Deutschland Waffen an Saudi-Arabien liefern sollte. Dem Zögern aber folgen unmißverständliche Aussagen: „Wir sind darüber beunruhigt. Für uns ist das nicht nur die Frage, ob der Panzer Leopard 2 geliefert wird oder nicht, sondern ob deutsche Waffen in die Hände arabischer Staaten gelegt werden, die mit Israel befeindet sind, ob es eine militärische Kooperation der Bundesrepublik Deutschland mit diesen Ländern gibt. Israel kann eine solche Kooperation nicht akzeptieren. Israel kann es nicht hinnehmen, daß Waffen deutscher Produktion an Staaten geliefert werden, die uns vernichten wollen. Wir werden jede Gelegenheit wahrnehmen, um die Verantwortlichen in der Bundesrepublik von unserem Standpunkt zu überzeugen.“

Auch eine Art Kompensationsgeschäft komme nicht in Frage. „Das sind zwei verschiedene Dinge. Wir sind grundsätzlich und aus Prinzip gegen jede militärische Kooperation zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Ländern.“

Auf die Frage, ob Israel diese Unruhe und Befürchtungen auch für den Fall einer militärischen Kooperation mit Ägypten verspüren würde, antwortet Shamir: „Ja, wir wären fast genauso beunruhigt.“

Dann, mit dem versöhnlichen Ton, der ihm eigen ist: „Vor allem möchte ich sagen, daß ich mit Freude und großem Interesse dem Besuch von Bundeskanzler Kohl entgegensehe. Ich hoffe, daß der Besuch so bald wie möglich stattfinden kann. Dann werden wir all diese Probleme besprechen, auch unsere Standpunkte über Judäa, Samaria und Gaza erörtern und das weite Feld unserer gemeinsamen Interessen in Augenschein nehmen. Wir freuen uns auf diesen Besuch.“

Mosleys Faschisten waren keine Gefahr für England

Geheimpapiere belegen: Wenig Geld, chaotische Führung

FRITZ WIRTH, London

Sir Oswald Mosley, der schillernde Utopist und Opportunist der britischen Politik, der einst den Faschismus nach Großbritannien bringen wollte, macht seit einigen Tagen – und drei Jahre nach seinem Tod – wieder Schlagzeilen. Die britische Regierung hat auf Drängen der Familie Mosleys und einiger Labour-Abgeordneter über 750 bisher geheimgehaltene Akten über Mosley und seine „British Union of Fascists“ (BUF) aus den Jahren 1934 bis 1937 freigegeben.

Sie enthüllen, daß der britische Geheimdienst tief in die Organisation Mosleys eingedrungen und praktisch über alle Pläne und Vorgänge in dieser Bewegung informiert war. Die britische Regierung hatte deshalb einen genauen Überblick, wer die Geldgeber Mosleys waren und wie eng die Kontakte dieser „BUF“ zu den faschistischen Bewegungen in Deutschland und Italien waren.

Die Papiere machen deutlich, daß der britische Geheimdienst schon Ende 1934 Mosley und seine Partei nicht mehr als eine politische Gefahr einschätzte. Der Geheimdienst brauchte zu dieser Erkenntnis nur wenige Monate. Während er in seinem ersten Bericht vom 18. Juni 1934 es noch für möglich hielt, daß Mosley die damalige Wirtschaftskrise zum Anlaß nehmen könnte, um mit Gewalt an die Macht zu kommen, gab der gleiche Geheimdienst vier Monate später (am 8. Oktober 1934) bereits Entwarnung.

Wörtlich heißt es in diesem Geheimdienstbericht: „Es wird in zunehmendem Maße klar, daß jene Bedingungen, die zu einem Erfolg der faschistischen Bewegung in Italien und Deutschland geführt haben, in England nicht existieren.“

Der Geheimdienst endtdeckte bei Mosley angesichts dieser Entwicklung bereits Zeichen „akuter Depression“. Er kam zu dem Schluß, daß die faschistische Bewegung in Großbritannien an Zulauf und Attraktivität verlieren würde, wenn sie nicht durch Geldspenden britischer Industrieller aus Furcht vor einem radikalen sozialistischen Wirtschaftsprogramm über Wasser gehalten werde.

Tatsächlich blieben diese Spenden in größerem Umfang aus. Der Geheimdienst nennt den Chemiekonzern ICI, Courtaulds, den Autoproduzenten Lord Nuffield, den Zeitungsverleger Lord Rothermere und zwei Brauereien als Geldgeber. Dennoch reichte dieses Geld nicht aus, die „BUF“ über Wasser zu halten. Hauptfinanzier der britischen Faschisten war bis zum Jahre 1936 Mussolini mit einem Jahresscheck von 40 000 Pfund. Als der „Duce“ diesen Betrag jedoch auf 12 000 Pfund jährlich reduzierte, begann praktisch die Existenzkrise der britischen Faschisten.

Es gibt in den nun veröffentlichten Geheimpapieren keine Hinweise über eine finanzielle Unterstützung Mosleys durch die Nationalsozialisten. Tatsächlich sind die Kontakte Mosleys zu den Nationalsozialisten wesentlich kühler gewesen als zu den italienischen Faschisten. Der deutsche Geheimdienst hatte 1936 einen Agenten namens Colin Ross beauftragt, Mosleys Bewegung zu durchleuchten. Seine Berichte nach Deutschland wurden dem britischen Geheimdienst bekannt. Aus ihnen geht hervor, daß Ross zwar eine hohe Meinung von Mosley selbst hatte, die Organisation seiner Bewegung jedoch als chaotisch schilderte.

Andererseits gab es unter den Nationalsozialisten beträchtliche Skepsis gegenüber Mosley. Als dieser im Jahre 1935 zwei seiner engsten Mitarbeiter, Generalmajor J. Fuller und den Zeitungsverleger W. E. Allen, nach Deutschland entsandte, um Kontakte zu den Nationalsozialisten herzustellen, gab die deutsche Regierung Anweisung an alle ihre Ministerien, den beiden keinerlei Informationen zu geben.

Die Kontakte zu Mussolini dagegen waren sehr viel enger. Anfang 1936 schickte Mosley seinen „Stabschef“ Ian Dundas nach Rom. Dundas arbeitete dort unter dem Deckmantel eines Korrespondenten der „Daily Mail“ aus dem Hause Rothermere. Rothermere ging später wegen des antisemitischen Kurses Mosleys auf Distanz zu dessen Bewegung. Angesichts der mangelnden öffentlichen Unterstützung spitzte sich die interne Krise in der „BUF“ immer weiter zu, so daß schließlich auch das ursprünglich enge Verhältnis Mosleys zu William Joyce darunter litt. Joyce sandte später für die Nationalsozialisten Propagandasendungen nach England und wurde nach dem Kriege gehängt.

Mosley, der privat über erheblichen Reichtum verfügte und 1920 in erster Ehe die Tochter des britischen Außenministers Lord Curzon geheiratet hatte, zog 1918 im Alter von 22 Jahren als konservativer Abgeordneter ins Unterhaus ein. Er trennte sich vier Jahre später von den Konservativen und lief nach einer kurzen Frist als unabhängiger Abgeordneter schließlich zur Labour Party über. Ramsey MacDonald nahm ihn im Jahre 1929 als „Chancellor of the Duchy of Lancaster“ in sein Kabinett auf. Auch diese politische Ehe dauerte nur kurze Zeit. Mit Hilfe einer Geldspende des Autoproduzenten Morris gründet Mosley im Februar 1931 die „Neue Partei“, der sich fünf Labour- und ein Tory-Abgeordneter anschlossen. Acht Monate später verschwand sie bei den Unterhauswahlen von der Bildfläche. Nach einer Italienreise gründete Mosley im Jahre 1932 schließlich die „British Union of Fascists“.

Nach dem Kriege kaufte er sich ein Schloß in der Nähe von Paris in unmittelbarer Nachbarschaft des Herzogs von Windsor, zu dem er stets engen Kontakt hatte. Er blieb bis zu seinem Lebensende eine eher bemitleidete denn gehaßte Figur am Rande eines Zeitgeschehens, das er nicht mehr begriff.

Papst-Appell an die Wissenschaftler

dpa, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat die Forscher in aller Welt aufgefordert, „die Wissenschaft abzurüsten" und in den Dienst des Friedens zu stellen. Auf der Vollversammlung der päpstlichen Akademie der Wissenschaft bezeichnete Johannes Paul in Rom die Menschheit „als großen Kranken in Lebensgefahr". Die Wissenschaftler müßten sich um die Welt kümmern, „so wie der Arzt, der geschworen hat, alle Kraft für die Heilung der Kranken einzusetzen". Der Papst appellierte am Samstag an die Wissenschaftler, „die Laboratorien des Todes zu verlassen" und für das Leben zu arbeiten. Sie sollten sich weigern, auf aggressive Zwecke gerichtete Forschung zu betreiben. Nach Ansicht des Papstes „kann und muß die Wissenschaft die Gerechtigkeit in der Welt vorantreiben". Sie dürfe „nicht Sklavin der wirtschaftlich bevorzugten Völker bleiben". Es reiche nicht, daß der politische Kolonialismus zu Ende sei: „Es muß auch jede Form von Kolonialismus aufhören."

Der Datenschutz läuft der Technik hinterher

Neben der Kritik gibt es auch gute Noten für das bestehende Gesetz / Novellierung kaum vor 1985 möglich

Von JOACHIM WEBER

Axel Wernitz (SPD), Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, sieht die Sache nüchtern: „Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir beim Verabschieden der Datenschutz-Novelle schon mit den Vorarbeiten zur nächsten beginnen müssen", meinte er auf der jüngst in Köln abgehaltenen 7. Datenschutz-Fachtagung (DAFTA).

Zunächst einmal geht es aber darum, die erste Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) über die Bühne zu bekommen. Daß sie notwendig werden würde, hatte man schon bei der Verabschiedung 1976 gewußt. Ein in seiner Art völlig neues Gesetzeswerk, das zudem mit der Datenverarbeitung einen Bereich rasantester technischer Entwicklung betraf, konnte kaum im ersten Anlauf perfekt sein.

Nach den anfangs noch recht herben Worten der Kritik bekam es jetzt allerdings erstaunlich gute Noten. „Das BDSG hat sich in der praktischen Anwendung bewährt", bescheinigte ihm in Köln Innenministerialrat Herbert Auernhammer, zuständig für den derzeit vorliegenden Erneuerungsentwurf.

Auch aus der Praxis war Lob zu hören: „Die Rechtssprechung zum Datenschutz-Recht hat gezeigt, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Novellierungsdruck nicht besteht, andererseits in bestimmten Bereichen aber Ungewißheiten bestehen, die noch durch ein klärendes Wort des Gesetzgebers auszuräumen sind", merkte Datenschutz-Rechtsanwalt Ralf Bernd Abel an. Durchaus positiv wertete er auch die Tatsache, daß das Gesetz von den Gerichten zunehmend analog angewendet wird, in Fällen, bei denen es nicht speziell um die automatisierte Datenverarbeitung geht.

Fällig wird die Neufassung gleichwohl, und nicht nur, um die Erfahrungen der vergangenen sieben Jahre zu verarbeiten. Denn als das BDSG geschaffen wurde, gab es noch nicht die breit verteilte Datenverarbeitung mit ihren Terminals an beliebig vielen Arbeitsplätzen, war der Online-Zugriff (von einem direkt angeschlossenen Computer oder Terminal außerhalb des betrieblichen oder behördlichen Rechenzentrums) noch etwas Exotisches, waren auch Bildschirmtext, Datennetze oder die Textverarbeitung im heutigen Sinne gerade erst am Horizont aufgetaucht, Heimcomputer gar noch Utopie.

So geht es jetzt nicht zuletzt darum, die Begriffswelt des Gesetzes, die sich noch ganz am technischen Stand des Jahres 1976 orientiert, auf Vordermann zu bringen. Da muß der Datei-Begriff, einst auf die Vorstellung von räumlich fixierten und fest geordneten Datensammlungen (z. B. auf Magnetplatten oder -bändern) gemünzt, ebenso mit neuem Inhalt gefüllt werden wie der Tatbestand der „Übermittlung" von Daten, der im Online-Zeitalter eben auch den Abruf von außen bedeuten kann.

Auch Bildschirmtext und andere „offene" (also allgemein zugängliche) Datennetze werden den Datenschützern noch so manche Nuß zu knacken geben, beispielsweise, wenn es beim Bildschirmtext um den Zugriff aufs Bankkonto geht. „Und wie soll man schließlich Tausende von Heimcomputern einbeziehen, deren Inhaber sich eines Tages womöglich in solchen Netzen tummeln? Es wäre doch gar zu unsinnig, wollte man eine fünfköpfige Familie dazu zwingen, ihren Datenschutz-Beauftragten zu bennennen", ironisiert Novellen-Entwerfer Auernhammer das Problem.

Auch bei den technischen Vorgaben, wiewohl nur „Anlage" zum Paragraph 6 BDSG, sind erhebliche Korrekturen fällig. Konnte man 1976 den Personenkreis, der zum Eingriff in Dateien berechtigt war, noch sehr einfach über den Zugang zur Datenverarbeitungsanlage (oder die Berechtigung zur Auftragserteilung) kontrollieren, so ist bei der verteilten Jedermann-Datenverarbeitung einiges mehr an Sicherungsfunktionen nötig. Zudem bringen auch hier die neuen Datennetze neue Risiken: „Stellen Sie sich vor, zehntausend Schüler an ihren Mikrocomputern versuchen um Mitternacht, in Ihre Anlage einzubrechen", warnte der Informatiker Rüdiger Dierstein.

Nicht zu vergessen ist schließlich, daß es beim „Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung" – so der derzeit noch gültige Lang-Titel – vor allem um die „datenrechtliche Stellung des betroffenen Bürgers geht, freilich, ohne die datenverarbeitenden Stellen mehr als nötig zu belasten" (Auernhammer).

Die Erweiterung der Bürger-Rechte auf Auskunft über abgespeicherte Daten, auf Aufklärung über das, was mit den Daten geschieht und auf Schadenersatz im Mißbrauchsfall sind ebenso Gegenstand der Novellierungs-Diskussion wie die in der alten Fassung enthaltene Bürger-Pflicht, für die angeforderten Auskünfte zu zahlen – in Köln wurde auch für den Null-Tarif plädiert.

Keineswegs als Nebensache gelten überdies die Fragen der Geheimhaltungsbefugnisse von Staatssicherheits-Organen oder der innerbetrieblichen Personal-Informations-Systeme (gegen die die SPD in einem angekündigten Novellen-Entwurf mit Nachdruck angehen will). Und auch Grundsatzprobleme gibt es zu klären: detaillierte „Datenverkehrsordnung" oder „Daten-Grundgesetz" heißt die Extrem-Alternative der Gesetzesgestaltung.

Daß die Novelle noch im Orwell-Jahr 1984 vom Bundestag abgesegnet wird, darf man angesichts der Fülle von Diskussionspunkten getrost bezweifeln. Doch gut Ding will Weile haben: Der erste Entwurf einer Neufassung lag schon 1980 auf dem Tisch, konnte aber in der damaligen Legislaturperiode nicht mehr erledigt werden. Und selbst, wenn man es jetzt eilig hätte, bliebe ein Termin abzuwarten: die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählungsklage im Frühjahr 1984. Denn auch sie betrifft die Daten-Rechte des Bürgers, und ihr Tenor wird nicht ohne Einfluß aufs „neue" BDSG bleiben.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne höhere Einsicht

„420 Mill. in der Streikkasse"; WELT vom 2. November

Nach allen Umfragen liegt es den deutschen Arbeitnehmern im Moment daran, sichere Arbeitsplätze zu haben und am allerwenigsten daran, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen.

Allenfalls sind die Arbeitnehmer berechtigterweise daran interessiert, flexiblere Altersgrenzen in Anspruch nehmen zu können, um Jüngeren Platz zu machen.

Die IG Metall hat sich von ihrer Basis weit entfernt und probt den Aufstand, ausgerüstet mit 420 Millionen Mark für die Streikkasse. Dieses Geld entspricht sicherlich nicht den wahren Rücklagen der IG Metall, die sie ja nicht offenlegen muß, aber es stammt von ihren Mitgliedern.

Ein stattliches Vermögen von nahezu ½ Milliarde DM, welches man sinnvoller für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden sollte. Am allerwenigsten jedoch eignet sich dieser Betrag als destruktive Waffe in Form eines Streiks.

Ich bin der Auffassung, daß der deutsche Arbeitnehmer in seiner selbstverständlichen Mündigkeit als Bürger mehr Einsicht zeigt als die polemische Selbstdarstellung der Gewerkschaftsbosse ahnen läßt.

Insoweit wäre die IG Metall sicherlich gut beraten, sich bei ihrem Vorprellen *auf die* 35-Stunden-Woche mit der Basis zu beraten. Es erstaunt kaum, daß die gewerkschaftseigenen Betriebe hier auch auf gar keinen Fall – freiwillig – den Vorreiter für diese fragwürdige Entwicklung machen wollen.

Ein absoluter Widersinn ist jedoch, wenn man glaubt, ein überteuertes Produkt (Arbeit) dadurch besser verkäuflich zu machen, daß man den Preis anhebt und gleichzeitig die Leistung reduziert. Oder lernt man nicht aus der Werftindustrie, die in Billiglohnländern (Korea) hervorragend läuft?

Es sei vermerkt, daß dies den Chefs der Gewerkschaften durchaus bekannt ist. – Was im Dunkeln bleibt, ist ihre Motivation. Denn eines steht fest: Je teuerer die Arbeit ist, desto weniger Arbeitsplätze werden geschaffen, und um so mehr werden dadurch vernichtet, daß Roboter, Maschinen und Elektronik die menschliche Arbeit billiger versehen.

Würde die Gleichung aufgehen: weniger Arbeitszeit = mehr Arbeitsplätze, so wäre die Forderung nach 35 Stunden ohnehin verkehrt. Dann sollte man gleich auf 10 Stunden gehen, und damit führt sich diese Argumentation von selbst ad absurdum.

Ein Zitat von Abraham Lincoln (Präsident der Vereinigten Staaten von 1861 – 1865) sei gestattet: „Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr jene ruiniert, die sie bezahlen."

Doch gerade dies tut die IG Metall, wenn die Unternehmen noch weiter belastet werden. Die Zahl der Konkurse wächst – und damit die Zahl der Arbeitslosen.

Die Quadratur des Kreises nach dem Rezept der Gewerkschaften kann so lange nicht aufgehen, wie sie die ewigen Parolen des Arbeitskampfes vor sich hertragen und nicht die Einsicht erlangen, daß ein Zusammenstehen jetzt die Grundlage für eine konstruktive Stabilisierung bedeutet.

Geld für Kriege (Arbeitskampf) auszugeben ist absurd, wenn man die Möglichkeit besitzt, diese Mittel für die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften, nämlich für die Verbesserung der Arbeitsplätze, einzusetzen.

P.J. Brune,
Hirschberg / Bergstraße

Selbst der Setzer

„Analphabeten auf dem Katheder"; GEISTIGE WELT vom 29. Oktober

Mit großem Interesse und Beifall las ich die Ausführungen Ihres Autors Horst Albert Glaser. Es ist schon beschämend, in welchem Umfange die deutsche Sprache verwüstet wird. Diese Tatsache breitet sich wie eine Epidemie aus und macht leider selbst vor sogenannten Gebildeten nicht halt. Die Nachfolger, die Halbgebildeten, die Telespieler sind doch ein Zeichen der Zeit, in der alle ethischen Werte nichts mehr taugen sollen. Dazu gehört auch die deutsche Sprache. Hauptsache, man kann noch untereinander babbeln, um sich verständlich zu machen.

Mehrfach wurden in der WELT Attacken wegen des Genetivs und Dativs geritten. Man kann nur hoffen, daß die bisherigen Ausführungen wenigstens von einem Teil der Mitleser aufgenommen wurden. Ich konnte aber auch mehrfach feststellen, daß einige Kugelschreiberschwinger auch mit dem Nominativ und Akkusativ auf dem Kriegsfuß stehen, indem man anstelle des Nominativs den Akkusativ an den Anfang des Satzes stellt. Man muß dann eine solche Stelle im Text zweimal lesen, um den Sinn zu verstehen. Hierin machten auch die Mitarbeiter der WELT keine Ausnahme.

Früher wurden Sprachschnitzer nicht geduldet. Spätestens beim Setzer, von dem auch ein einwandfreies Deutsch gefordert wurde, fand eine Änderung des Textes statt!

Mit freundlichen Grüßen
R. Reich,
Aachen

Beleidigte Diva

„Kohl begründet Stimmenthaltung in der UNO"; WELT vom 7. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

dazu, daß Herr Kohl deutlich machen möchte, daß er keine Position gegen die USA beziehen wolle, kann man nur sagen „zu gütig!".

Bei jeder Gelegenheit fordert Bonn von den USA Sicherheitsgarantien für sich und Westberlin und bekommt sie auch. – Seit fast 40 Jahren lebt Westdeutschland ausschließlich durch den Schutz der USA in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Jetzt, wo Bonn endlich einmal Gelegenheit hat, in einer kritischen Situation zu den USA zu stehen, stellt es sich als beleidigte, weil nicht konsultierte Diva hin und verurteilt zunächst die Aktion. Dann – als noch Gelegenheit war, diesen politischen Faux pas wiedergutzumachen, enthält es sich vor dem Weltforum der UNO der Stimme. Läßt die USA dort allein stehen. Beruft sich schließlich auch noch auf England und Japan.

Jämmerlicher konnte sich die deutsche Regierung, die ich mitgewählt hatte, nicht als Schönwetterfreund erweisen.

Man kann sich im Ausland als Deutscher wieder schämen.

Hochachtungsvoll!
H. Schwoon,
Achim 2

Augenschein

„Streifen des Todes"; WELT vom 18. Oktober

Appell an die Deutsche Bundesbahn. Zur Strecke Frankfurt – Hannover.

Der Streckenabschnitt Bad Sooden-Allendorf – Eichenberg der Hauptstrecke Frankfurt – Hannover verläuft auf etwa 3 km Länge auf einem überhöhten Bahndamm in greifbarer Nähe an der Groß-Anlage der Zonengrenze entlang. Wie von einem Logenplatz aus kann diese riesige Anlage vom Zugfenster aus besichtigt werden. Entlang der Werra als Grenzfluß, mit dem Irrsinn des geräumten Dorfes Walhausen (?) mitten im Zaunbereich, mit allen Schikanen moderner Freiheitsberaubung.

Auf dieser Strecke verkehren in beiden Richtungen zusammen während der Tageszeit an Werktagen 45 IC- und D-Züge mit einem Platzangebot von durchschnittlich 30 000 Plätzen! Bei einer durchschnittlichen Belegung mit täglich 10 000 Reisenden kann hier zusammen mit entsprechender Durchsage in den Zügen, die jeweils nur Bruchteile einer Minute erfordert, im Jahresverlauf ein an Umfang kaum noch vorstellbarer Personenkreis erfaßt werden.

Leider wird dieser einmalige Blick durch den inzwischen gewachsenen Bewuchs des Bahndamms fast ganz verdeckt. Vor vielen Jahren stand in dieser Gegend am Bahndamm ein großes Schild mit Hinweis auf die Zonengrenze. Das ist inzwischen vermodert und verschwunden als Sinnbild einer immer mehr in Vergessenheit geratenen Zonengrenze und als Opfer fehlgeschlagener „Entspannungspolitik".

Wenn unsere Regierung den Gedanken an Gesamtdeutschland und den Unsinn dieses Grenzzaunes vertiefen und beleben will, kann sie an dieser einmaligen Gelegenheit nicht achtlos vorübergehen.

Der Deutschen Bundesbahn aber möchte man wünschen, ohne Schubs von oben diese kleine Auslichtung des Bahndammes ohne Kahlschlag in aller Stille vorzunehmen und entsprechende Durchsagen in den Zügen zu installieren. Ein müheloser Beitrag zum Gedenken an Gesamtdeutschland.

Dr. Willi Hoch,
Böblingen

Wort des Tages

„Ein wirklich guter und liebenswürdiger Mensch kann soviel Freunde haben, als er will, aber nicht immer die, die er will."

Marie von Ebner-Eschenbach, österr. Autorin (1830–1916)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Paris will Zeitungsverlage entflechten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Ministerrat will am Mittwoch ein Gesetz zum Verbot von „Pressekonzentrationen" verabschieden. Damit bewegt sich die sozialistische Regierung Frankreichs – parallel zu dem Versuch, die Privatschulen abzuschaffen – auf eine zweite, ernste Kraftprobe zu. Premierminister Mauroy nannte im Fernsehen vier Prinzipien, nach denen sich die künftige Presselandschaft Frankreichs auszurichten habe:

1. Niemand darf gleichzeitig eine politische und allgemein informierende Tageszeitung von nationaler Verbreitung sowie eine solche von regionaler Bedeutung besitzen oder kontrollieren.
2. Niemand darf mehr als eine Gruppe von drei Publikationen nationalen Zuschnitts, von denen eine täglich erscheint, besitzen oder kontrollieren.
3. In der Provinz (d. h. außerhalb der Hauptstadt Paris) darf niemand in einer bestimmten Region Zeitungen und Zeitschriften besitzen oder kontrollieren, die zusammen mehr als 15 Prozent der Auflagen aller Publikationen der Region ausmachen.
4. Jede Tageszeitung, gleich ob in Paris oder auf dem Land, muß eine eigene unabhängige Redaktion haben. Der Betrieb mehrerer Titel mit einer Einheitsredaktion oder Manteldienste für mehrere Provinzzeitungen sind unzulässig.

Klar anvisiert mit dem neuen Gesetz ist in Frankreich nur ein Pressekonzern: die Gruppe Hersant, zu der in Paris die drei oppositionellen Tageszeitungen „Figaro", „Aurore" und „France-Soir" sowie 23 Provinzblätter gehören. Hersant-Adlatus André Oudinot, Herausgeber des „Figaro", hat den Plan der Regierung sofort als einen Angriff auf die Pressefreiheit zurückgewiesen. Offen ist noch, ob auch Parteizeitungskonzentrationen betroffen sind; allein die KPF besitzt in Frankreich acht Tages- und Wochenblätter. Der sozialistische Innenminister Gaston Defferre ist Inhaber von einer Tages- und zwei Wochenzeitungen in Marseille.

Leipzig: Kardinal Willebrands nennt Luther „unseren Bruder in Christo"

Repräsentant des Papstes fordert offenes und sachliches Gespräch über den Reformator

HANS-R. KARUTZ, Leipzig

Mit der demonstrativen Botschaft, den Einheitsgedanken der Kirche zu pflegen und Martin Luther als „unseren Bruder in Christo" zu betrachten, sandte Papst Johannes Paul II. seinen Ökumene-Sekretär Jan Kardinal Willebrands zu den Schlußfeiern der evangelischen Kirchen aus aller Welt nach Leipzig. Der Gast bekräftigte dem Sinne nach, was der Papst selbst kürzlich aus Anlaß des Luther-Jahres als „brüderliche Einladung für ein gemeinsames Bemühen" beim Aufeinanderzugehen bezeichnet hatte.

Als der 74jährige Würdenträger aus Utrecht in seiner Kardinalsrobe auf der Kanzel der Thomaskirche stand und auf deutsch mit holländischem Akzent seine Botschaft an die Protestanten richtete, gehörte diese Stunde zu den wenigen Höhepunkten einer Luther-Schlußfeier ohne rechte Gemeinde. Es blieb im Prinzip ein Treffen der Kirchen-Hierarchie aus etwa 36 Staaten, in das die schlichten Gemeindeglieder in Eisleben oder Leipzig kaum eingebunden wurden. Leere Bänke während der „Grußstunde" der internationalen Gäste in der Thomaskirche bewiesen augenfällig, daß dem kirchlichen Luther-Komitee in Ost-Berlin offenbar auch nichts an einer Massenveranstaltung gelegen war.

In seinem zentralen Referat nahm Willebrands den Grundakkord des Luther-Briefes von Papst Johannes Paul II. auf, der beispielsweise die „tiefe Religiosität" des Reformators gelobt hatte. Willebrands sagte: „Martin Luther ist nicht nur im Leben der evangelischen Christenheit gegenwärtig; er ist auch gegenwärtig in der Ökumene der Christenheit. Wir müssen daher sein theologisches Erbe erneut, und zwar gemeinsam, lesen und in einem kritischen Lernprozeß gemäß einem der Lieblingsworte Martin Luthers verfahren: ‚Prüfet alles, das Gute behaltet!'"

Die katholische Kirche vertraue auf die „*einende Macht der Wahrheit* und die erkenntnistreibende Kraft der Liebe". Der Kardinal erinnerte unumwunden daran, daß Luther noch heute durch die Bulle von Papst Leo X. vom 3. Januar 1521 exkommuniziert sei: „Die historischen Fakten sind uns vorgegeben; aber auch sie können heute unter dem einen oder anderen Aspekt in neuem Licht erscheinen und sich für eine tiefere und umfassendere Wahrheitserkenntnis offen erweisen."

Der Sendbote des Papstes rühmte die Art und Weise, wie sich Luther den zentralen Lebensfragen eines Christen gewidmet habe: „Er nahm sich ihrer in solcher Leidenschaft und Konsequenz an, daß man ihn in dieser Hinsicht und mit gewissem Recht als Anwalt Gottes, seiner Majestät, Ehre und Richterschaft, und zugleich als Anwalt des Menschen, der in seiner Insichgekrümmtheit und Hinfälligkeit einzig und allein auf Gottes Gnade verwiesen ist, bezeichnen kann!" Der Kardinal, im Vatikan zuständig für die Fragen der „Einheit der Christen", fragte nach mehr Gemeinschaft unter den Christen: „Ist nicht die Zeit überreif, daß wir miteinander prüfen und suchen, wie weit *wir vor dieser unserer Welt heute ein* gemeinsames Zeugnis von der Frohbotschaft unserer Erlösung, in deren Dienst die Kirche steht, geben könnten? Sollten wir nicht gemeinsam aus erinnerter Geschichte und Schuld das Heute gestalten?"

Willebrands nahm nach der Festveranstaltung in der weltberühmten Bach-Kirche auch an einem Empfang des kirchlichen Luther-Komitees in einem Leipziger Gemeindezentrum teil. Zu diesem Treffen waren nur einzelne Gemeindemitglieder delegiert worden. An diesem Empfang nahm auch NRW-Ministerpräsident Johannes Rau teil. Er berichtete Journalisten über eine Begegnung mit dem Sekretär des SED-Zentralkomitees, Joachim Herrmann, in Ost-Berlin.

Zu den Höhepunkten des Abends der Grußbotschaften in der Thomaskirche zählten neben dem Beitrag Willebrands auch die Sendungsworte des Oberhaupts der anglikanischen Staatskirche, Erzbischof Robert Runcie. Er wies darauf hin, daß Christen in Osteuropa seit 30 Jahren unter „atheistischen Regierungen" lebten. In dieser Zeit hätten führende Lutheraner in ihrer politischen Beurteilung und in ihrem Einsatz für die Kirche Erfahrungen gesammelt, die beachtet zu werden verdienten. Insbesondere die Arbeit der mitteldeutschen Kirchen habe „Christen in vielen Teilen der Welt neue Kraft und neuen Mut gegeben".

Im Verlauf eines Festkonzerts der Thomaner, das von der ARD live in die Bundesrepublik übertragen wurde und vom Ostberliner Rundfunk ebenfalls ausgestrahlt wurde, ergriffen auch die beiden leitenden Geistlichen der evangelischen Kirchen in beiden Teilen Deutschlands das Wort. Während sich der EKD-Ratsvorsitzende Eduard Lohse (Hannover) dabei weitgehend auf eine Ausdeutung von Luthers Wort „Wir sollen Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen" beschränkte, nutzte Hempel das Medium, um sich allen vor Bildschirm und Lautsprecher verständlich zu machen.

Den Christen im eigenen Land rief er zu: „Nehmt den gekreuzigten Herrn Christus in euer Leben hinein, auch wenn es dabei und danach gelegentlich wehe tut. Ihr werdet die Kraft zu hoffen, zu überwinden, zu lieben, zum Gottvertrauen empfangen. Und lebt aus solcher Mitte in eurem Alltag – unvoreingenommen, nüchtern, tätig zum Wohle anderer." Er stellte zudem die Frage: „Was wird aus dem Reichtum dieser Tage in unseren Alltag hinein weiterwirken?"

Hempel bedankte sich ausdrücklich bei den Gästen aus allen Kontinenten:

„Sie haben uns diese Tage reich gemacht. Sie haben uns erfahren lassen, daß der Glaube an den gekreuzigten und auferstandenen Christus viele Menschen in vielen Ländern auf *der ganzen Erde betrifft und uns mit* ihnen verbindet."

Personalien

EHRUNG

Christian Potyka, früherer Redakteur der Süddeutschen Zeitung, ist posthum mit dem Kulturpreis des Deutschen Bundeswehrverbandes ausgezeichnet worden. **Heinz Volland**, Vorsitzender des Verbandes, überreichte den Preis in der Bad Godesberger Redoute an die Mutter des Toten. Der Kulturpreis würdigt Publizisten, die mit ihren Arbeiten dazu beigetragen haben, die Integration der Soldaten der Bundeswehr in die Gesellschaft zu festigen. An der Preisverleihung nahmen Verteidigungsminister **Manfred Wörner** und sein Amtsvorgänger **Hans Apel** teil. Christian Potyka ist im Alter von 38 Jahren gestorben.

PARLAMENT

Der frühere Bundestagspräsident **Dr. Eugen Gerstenmaier** wurde im Hotel Steigenberger in Bonn erneut zum Vorsitzenden der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages" gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden als Stellvertreter die frühere SPD-Abgeordnete **Hedwig Meermann** und der ehemalige FDP-Parlamentarier **J. F. Volrad Deneke**. Der ehemalige SPD-Abgeordnete **Georg Kahn-Ackermann**, der von 1974 bis 1979 auch das Amt des Generalsekretärs des Europarates versehen hat, bleibt Schatzmeister. Der frühere CSU-Justizminister und langjährige ehemalige Bundestagsvizepräsident **Richard Jaeger** ist Schriftführer. Beim Treffen der Ehemaligen stellten sich altgediente frühere Parlamentarier ein, darunter **Walter Arendt, Änne Brauksiepe, Bruno Heck, Franz Josef Würmeling, Karl Mommer** und die heutige Ausländerbeauftragte **Liselotte Funcke**.



Brückenschlag zwischen Israel und Spanien: Die Verständigung zwischen Jitzhak Ben-Ari, links, und Eduardo Foncillas klappte auf Anhieb. FOTO: KEIL

ERNENNUNGEN

Der amerikanische Dirigent **Leonard Bernstein** hat am Samstag in München seine Urkunde über die Bestellung zum Honorarprofessor an der Staatlichen Hochschule für Musik entgegengenommen. Mit dieser Ernennung von Leonard Bernstein setzt die Hochschule in München eine große Tradition fort. Zu ihren geistigen Vätern hatten **Richard Wagner** und **Hans von Bülow** gehört, der ihr erster Präsident war, sowie **Karl Richter**, der hier noch bis vor wenigen Jahren lehrte. **Mathilde Berghofer-Weichner**, Staatssekretärin im Bayerischen Kultusministerium, erinnerte in ihrer Laudatio anläßlich einer Feierstunde daran, daß mit Bernstein die Hochschule einen großen Dirigenten und Komponisten, Pianisten, Musiktheoretiker, Schriftsteller und Pädagogen gewonnen habe und auch ehre.

DIPLOMATEN

Historischer Händedruck zwischen Israel und Spanien auf Bonner Boden. Israels Botschafter **Jitzhak Ben-Ari** und Spaniens Botschafter **Eduardo Foncillas** schlossen persönliche Freundschaft. Doch dahinter steckt mehr. Spanien wird zum ersten Mal in seiner Geschichte im kommenden Jahr diplomatische Beziehungen mit dem Staat Israel aufnehmen. Das neue demokratische Spanien hat heute keine Befürchtungen, daß seine traditionell guten und engen Bindungen zu arabischen Staaten durch die neue Freundschaft Abbruch erleiden. Den letzten Schritt zu diesen diplomatischen Kontakten mit Israel hatte man in den vergangenen Jahren auch mit Rücksicht auf starke wirtschaftliche Bande zu Algerien zurückgestellt.

Bonn: Neuer Milliardenkredit für Ost-Berlin jetzt kein Thema

Reddemann (CDU) mahnt Gegenleistungen an / Strauß: „DDR hat Zusagen eingehalten"

DW. Bonn/München/Hamburg

Die Bundesregierung befaßt sich nach den Worten eines Regierungssprechers derzeit nicht mit möglichen „DDR"-Wünschen nach einem neuen Milliarden-Kredit. Der Sprecher reagierte damit gestern auf Berichte von „Bild am Sonntag" und des Nachrichtenmagazins „Spiegel", wonach die „DDR" solche Wünsche geäußert habe, die vom Bundeskanzler aber abgelehnt worden seien. Der Sprecher erklärte, die Regierung beschäftige sich mit diesem Thema „überhaupt nicht". Regierungskreise schlossen allerdings nicht aus, daß Ost-Berlin in diesem Zusammenhang mit westdeutschen Banken Kontakt aufgenommen hat.

Dementiert wurde von der Bundesregierung, daß der amerikanische Botschafter in Bonn, Arthur Burns, gegenüber Kohl einen neuen Milliarden-Kredit für die „DDR" als unvertretbar bezeichnet habe, wie der „Spiegel" in seiner heutigen Ausgabe berichtet. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins hatte Kohl einem solchen Kredit ungeachtet seines Beharrens auf Gegenleistung zuvor eigentlich schon zugestimmt.

In dem „Spiegel"-Bericht heißt es, der „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker habe in den letzten Wochen mehrfach seinen Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski zum bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß geschickt, mit dem er schon im Sommer den Milliarden-Kredit „eingefädelt" hatte. Diesmal sei es um eine Milliarde Mark plus einer Option auf einen weiteren Zwei-Milliarden-Kredit gegangen.

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Gerhard Reddemann (CDU), erklärte am Wochenende vor dem Landesverband der Vertriebenen in Berlin, daß die „DDR" nicht damit rechnen könne, einen weiteren „Vertrauensvorschuß" zu erhalten, der den Weg zu neuen Milliarden-Krediten ermöglichen könnte. Mit dem notwendigen Einverständnis der Bundesregierung zu einem derartigen Milliarden-Kredit könne Ost-Berlin nur dann rechnen, wenn sie die Erwartungen Bonns endlich einlöse, die bei der Bundesgarantie für den von Franz Josef Strauß arrangierten ersten Milliarden-Kredit geäußert worden waren. Als besonders wichtig und bisher nicht ausreichend bezeichnete Reddemann die Haltung Ost-Berlins in der Frage des Zwangsumtauschs (er ist bisher nur bei Kindern zurückgenommen worden, d. Red.) und dem Problem eines freizügigen Besuchs- und Reiseverkehrs.

Auf dem Deutschlandtag der „Jungen Union" sagte Strauß gestern, „bei vernünftigem Verlauf der weiteren Gespräche" werde Ende 1984 „keine einzige Selbstschußanlage mehr stehen". Strauß setzte sich damit energisch gegen Kritik aus den Reihen der Delegierten an angeblich mangelhaften Gegenleistungen der „DDR" für den von ihm vermittelten Milliarden-Kredit zur Wehr.

Strauß betonte zugleich, daß die „DDR" mit dem Abbau des Mindestumtauschs für Kinder ihre Zusagen eingehalten habe. Sie habe nie versprochen, „den Zwangsumtausch allgemein zu halbieren". Wenn die Gegenleistungen der „DDR" für den Kredit in der Öffentlichkeit nicht bekannt seien, so betonte Strauß, dann sei daran die Informationspolitik der Bundesregierung schuld. Dem Bundespresseamt warf er in diesem Zusammenhang Unfähigkeit vor.

Reagan versichert Seoul Beistand

Zur Aufnahme von Dialog mit Nord-Korea aufgefordert / Appell für mehr Demokratie

dpa/rtr/SAD, Seoul

Mit einem demonstrativen Besuch bei den US-Einheiten an der Demarkationslinie zu Nordkorea hat der amerikanische Präsident Ronald Reagan gestern die amerikanische Militärpräsenz in dem Spannungsgebiet unterstrichen und Pjöngjang vor „Aggression und Einschüchterungsversuchen" gewarnt. In zwei Gesprächen mit Staatschef Chun Doo Hwan am Wochenende in Seoul sagte Reagan der südkoreanischen Regierung zusätzliche materielle Hilfe zur Verbesserung der gemeinsamen militärischen Kampfkraft zu, schloß aber eine Verstärkung der rund 39 000 Mann starken amerikanischen Verbände in Südkorea zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus.

In seiner Rede vor der Nationalversammlung hatte Reagan zuvor die amerikanische Sicherheitsgarantie für das Land erneuert. „Ihr seid nicht allein. Die Vereinigten Staaten werden euch ebenso entschlossen zur Seite stehen, wie sie ihren Verbündeten in Europa und in anderen Teilen der Welt Beistand leisten." Die Abgeordneten dankten ihm stehend mit Ovationen.

Reagan rief gleichzeitig die miteinander verfehdeten koreanischen Teilstaaten nachdrücklich zur Wiederaufnahme ihres seit zehn Jahren unterbrochenen Dialogs auf. Dabei appellierte er auch an die nordkoreanischen Verbündeten, China und die Sowjetunion, gemeinsam mit den USA und unter Einschluß von Seoul und Pjöngjang über eine Befriedung der Halbinsel zu sprechen und nach dem Beispiel Europas vertrauensbildende Maßnahmen wie die gegenseitige Vorankündigung von Manövern in dem Spannungsgebiet zu vereinbaren. Die amerikanische Regierung sei bereit, die bestehenden Realitäten eines geteilten Korea zu akzeptieren, sagte Reagan. Aber es sei die Einleitung von Schritten erforderlich, die am Ende zu einer Wiedervereinigung der beiden Staaten führen könnten.

In seiner Rede ging der amerikanische Präsident aber auch auf die umstrittene Regierungsform seines Amtskollegen Chun ein. Die Stärkung demokratischer Einrichtung sei das sicherste Mittel für nationale Eintracht, welche die Grundlage einer echten Sicherheit darstelle. Reagans Appell kam in einem Augenblick, als christliche und studentische Gruppen in Seoul Beschwerde gegen die ungesetzliche Verhaftung von 45 führenden Dissidenten vorgebracht hatten. Nach Erklärungen amerikanischer Pressesprecher habe Reagan in seinen Gesprächen mit Chun die Frage der Menschenrechte „sehr deutlich und direkt" angesprochen.

Seite 2: Ein Weg-Weiser

SPD dementiert Koalitionspläne mit den Grünen

dpa/rtr, Wiesbaden

Die hessische SPD strebt bei den heute beginnenden Verhandlungen mit den Grünen über eine Regierungsbildung weder eine Koalition noch ein Bündnis an. Dies hat der hessische Landesgeschäftsführer der SPD, Paul-Leo Giani, gestern betont. Die SPD wolle „allenfalls eine Zusammenarbeit" vereinbaren. Im „Sender Freies Berlin" sagte Giani, das Minimum eines solchen Zusammenwirkens sei die Wahl des Ministerpräsidenten und die Verabschiedung des Haushalts. Bei den Grünen sei festzustellen, daß „die Tendenz zu einer Verfestigung als Partei und zur Übernahme parlamentarischer Verantwortung steigt".

Der Landesvorsitzende der hessischen FDP, Wolfgang Gerhardt, hat Ratschläge abgelehnt , die FDP aus staatspolitischen Gründen zu einer Zusammenarbeit mit der SPD in Hessen zu bewegen. Damit trat Gerhardt indirekt Äußerungen seines Parteikollegen, des früheren Innenministers Ekkehard Gries, entgegen, der der FDP eine falsche Blockadepolitik gegenüber der SPD vorgeworfen hatte.

Kritik aus den Reihen der Union gibt es auch am Verhalten der hessischen CDU. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß bemängelte, daß die CDU nicht schon nach der Landtagswahl 1982 der SPD eine große Koalition angeboten habe. Dann hätten die Sozialdemokraten reagieren müssen. Nun habe die hessische CDU auf absehbare Zeit keine Chancen mehr.

Andropows Rückkehr angekündigt

rtr/AFP, Tokio/Moskau

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Jurij Andropow werde schon bald wieder öffentlich in Erscheinung treten und auch seinen Regierungsgeschäften in gewohntem Umfang nachgehen können. Dies erklärte Lew Tulkonow, der Chefredakteur der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija", in einem Interview mit der japanischen Tageszeitung „Asahi Shimbun" in Tokio. Weiterhin sagte Tulkonow, Andropow sei nur leicht erkrankt und habe alle Entscheidungen der letzten Wochen mit beeinflußt. Der Kreml-Chef war zuletzt am 18. August in der Öffentlichkeit gesehen worden.

Bonn erwartet „differenziertes Zahlenangebot" der USA für Genf

Strauß warnt vor weiteren westlichen Vorschlägen / „Keine Eiszeit nach Stationierung"

dpa/rtr/AP, Bonn/München

Die USA werden möglicherweise in den kommenden Tagen, mit Beginn der entscheidenden Genfer Verhandlungswoche über die atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa, der Sowjetunion einen neuen Vorschlag unterbreiten. Wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Rühe, nach einer zweitägigen deutsch-amerikanischen Konferenz über Sicherheitsfragen am Wochenende in Bonn sagte, rechne er im Falle eines solchen Angebots der Amerikaner nicht mit einem völlig neuen Vorschlag, sondern mit einer Präzisierung der Zahlen in dem bisherigen amerikanischen Verhandlungsangebot. Rühe sieht das nach wie vor größte Hindernis einer Lösung darin, daß die Sowjets nicht bereit seien, der Aufstellung auch nur einiger US-Raketen, gleichgültig ob Pershing 2 oder Cruise Missiles, zuzustimmen.

Auf der von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Tagung hatte der stellvertretende Vorsitzende der Abteilung für politisch-militärische Fragen im US-Außenministerium, Robert Dean, berichtet, daß die USA in Genf mit der Sowjetunion schon sämtliche Zahlenverhältnisse an Sprengköpfen durchgerechnet hätten, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Der „Spiegel" sieht ein am Donnerstag vergangener Woche von der NATO-Sonderberatungsgruppe in Rom erörtertes, bisher aber noch nicht genehmigtes Angebot vor, die Zahl der zur Aufstellung in Europa vorgesehenen 108 Pershing-2-Raketen und 464 Cruise Missiles um ein Drittel zu kürzen, falls die Sowjets ihr Potential an SS-20-Raketen auf 60 Startrampen mit 180 Sprengköpfen verringern und auf eine Berücksichtigung der französischen und britischen Atomwaffen verzichten.

CSU-Chef Franz Josef Strauß hat dagegen gestern vor weiteren westlichen Vorschlägen bei den Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen gewarnt. Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in München erklärte Strauß, es müsse nun zu einer klaren Lösung und Entscheidung kommen: „Darum soll man jetzt keine moriskenhaften Angebote mehr machen." Wenn die Sowjetunion später wirklich noch zu einem Raketenabbau bereit sein sollte, könne der Westen mit Abstrichen bei der Planung für neu aufzustellende Atomwaffen reagieren. Die Nachrüstung des Westens sei nicht nötig, um eine militärische Überlegenheit zu erlangen oder diese gar einzusetzen, sondern um zu verhindern, daß ein „ständig wachsender Aufrüstungsdruck" der sowjetischen Seite Europa politisch lähme.

Keine Rede könne davon sein, so Strauß, daß die Stationierung neuer Raketen zu einer Eiszeit im Ost-West-Verhältnis führen werde. Drohungen der anderen Seite seien nur „für laienhafte Gemüter" geeignet. Die Sowjetunion nehme konkrete Ergebnisse immer zur Kenntnis und reize nur solange aus, wie dies gehe.

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Lawrence Eagleburger, hat nur noch wenig Hoffnung auf einen Kompromiß in Genf. „Mit jedem Tag, der verstreicht ohne eine vernünftige sowjetische Antwort", komme ihm die Möglichkeit eines Kompromisses „immer weniger wahrscheinlich vor", sagte Eagleburger in einem Gespräch mit dem „Spiegel". Dennoch glaube er nicht, daß die Lage hoffnungslos sei. Möglicherweise müßten die Uhrzeiger „erst bei fünf Minuten vor zwölf stehen, ehe die Sowjets die Tür für eine Lösung öffnen".

„Ungeborenes Leben stärker schützen"

Zentralkomitee der Katholiken fordert grundlegende Änderung des Paragraphen 218

dpa, Bonn

Einen verbesserten staatlichen Schutz ungeborenen Lebens hat die Herbstvollversammlung des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK) in Bonn gefordert. Insbesondere wurde verlangt, die Finanzierung nicht medizinisch begründeter Abtreibungen durch die Kassen zu stoppen.

In der mehrstündigen Diskussion zu diesem Thema wurde auch Kritik an der Bundesregierung und der Bonner Koalition laut, deren Ziel einer „Wende" in diesem Bereich noch nicht zum Ausdruck gekommen sei. Das enttäusche nicht nur viele Katholiken, die entsprechende Erwartungen wesentlich mit ihrer Wahlentscheidung vom März verbunden hätten, wurde betont.

Heftig kritisiert wurde, daß inzwischen drei Viertel aller gemeldeten Abtreibungen – derzeit jährlich mindestens 95 000 Fälle – mit einer sozialen Notlage begründet würden. In einigen Städten Nordrhein-Westfalens liege dieser Anteil bereits bei über 90 Prozent.

Das Zentralkomitee könne sich mit den gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen des Paragraphen 218 und deren Finanzierung nicht medizinisch indizierter Schwangerschaftsabbrüche aus öffentlichen Mitteln nicht abfinden, hieß es in der nahezu einstimmig verabschiedeten Erklärung vom Sonnabend. Die Folgen dieser Gesetzgebung „in ihrer gefährlichen Langzeitwirkung für das Rechtsbewußtsein der Bürger und für Lebenssituationen und Verhalten Betroffener und ihrer Angehörigen" kämen immer deutlicher zutage.

ZdK-Mitglieder verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, daß auch bei Katholiken eine bedenkliche Bewußtseinsänderung eingetreten sei. Viele schwangere Frauen kämen in die Beratungsstellen mit der erklärten Absicht, abtreiben zu lassen.

Der CDU-Abgeordnete Herbert Czaja, der dem Zentralkomitee angehört, sagte, eine grundsätzliche Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 sei nicht aussichtslos. Er gehört zu einer Gruppe von 52 Unionsabgeordneten, die mit einem Antrag im Bundestag erreichen wollen, daß mit sozialer Notlage begründete Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden.

Bürokratie abgespeckt

fu (London) – Auch wenn auf den ersten Blick kein Zusammenhang auszumachen ist, schien in Großbritannien in der Vergangenheit die Aufblähung der Bürokratie mit einem Anstieg der Inflationsrate in schwindelerregende Höhen Hand in Hand zu gehen. Heute hat das Land den kleinsten Beamten-Apparat seit dem letzten Weltkrieg, und die Inflationsrate ist den am letzten Freitag bekanntgegebenen Statistiken zufolge im Oktober wieder leicht auf den Jahressatz von fünf Prozent gefallen.

Zufall? Mitnichten. Seit ihrem Amtsantritt im Frühsommer 1979 hat die Regierung Thatcher nichts ausgelassen, ihre erklärten Hauptfeinde Inflation und ausufernden Staatseinfluß „eisern" zu bekämpfen. Das Ergebnis ist mehr als nur ein Meilenstein auf dem Weg zu einem effektiveren Großbritannien. Ganz abgesehen davon, daß in der bisherigen Amtszeit dieser Regierung die Preissteigerungsrate von mehr als 20 Prozent auf die unterhalb des EG-Durchschnitts liegenden fünf Prozent gesenkt werden konnte, ist der feiste britische Beamtenapparat in der gleichen Zeit um 100 000 Staatsdiener oder mehr als 13 Prozent auf 636 300 (1. Oktober) Beamte abgespeckt worden.

Was die Ausdünnung der Bürokratie bedeutet? Einsparungen von umgerechnet mehr als zwei Milliarden Mark pro Jahr alleine an Bezügen für die Staatsdiener. Und glaubt man dem Schatzamt, das diese Daten jetzt veröffentlicht hat, dann muß es um die Effizienz des britischen Beamtenapparates zuvor schaurig bestellt gewesen sein. Denn um immerhin 55 Prozent konnte seit 1979 der Wirtschaftlichkeitsgrad im Staatsdienst verbessert werden, völlig überflüssig waren 20 Prozent der Beamten-Tätigkeiten.

Sorgen

hdt – Theoretisch müßte es den Tabakfachgeschäften in unserem Lande gutgehen, denn der Wettbewerb über den Preis, ansonsten überall im Handel üblich, berührt sie nicht. Kein großer Konkurrent kann ihnen mit dem Verkauf unter Einstandspreisen das Leben schwermachen. Tabakwaren aller Art sind nach wie vor preisgebunden. Das gleiche gilt auch für Zeitungen, Zeitschriften und Taschenbücher, zumeist Zusatzsortiment dieser Branche. Eine Insel der Seligen im ansonsten stürmischen Meer des Wettbewerbs sind diese Fachgeschäfte jedoch nicht, die Statistik belegt es. 22 118 gab es von ihnen noch 1968, ihre Zahl ging bis 1979 um fast 50 Prozent auf 11 462 zurück und dürfte weiter geschrumpft sein. Kein Wunder, denn nur noch zu 15 Prozent sind die Fachgeschäfte am Zigarettenumsatz beteiligt, fast 35 Prozent läuft über den allgemeinen Lebensmitteleinzelhandel, und gut 50 Prozent entfällt auf den Automatenverkauf. Trotz der inzwischen überragenden Bedeutung von Lotto und Toto im Provisionssortiment, im Tabakwaren-Fachhandel wachsen die Sorgen.

INFORMATIONSTECHNIK / Wissenschaftler schlagen in Memorandum Alarm

Rückstand der Bundesrepublik birgt ein erhebliches Gefahrenpotential

HEINZ HECK, Bonn

In der Informationstechnik baut sich „ein erhebliches Gefahrenpotential für die internationale Wettbewerbsfähigkeit" der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft auf. Mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze, die Wertschöpfung in der Bundesrepublik sowie das Leistungspotential der Beschäftigten wird gerechnet. Nur mit verstärkter staatlicher Förderung könnte der Rückstand vor allem gegenüber den USA und Japan noch abgemildert werden.

Das ist das Fazit eines Memorandums *„zur Lage und Entwicklung* von Forschung und Technologie auf dem Gebiet der Informationstechnik in der Bundesrepublik Deutschland", das eine Gruppe hochrangiger Wissenschaftler jetzt Forschungsminister Heinz Riesenhuber übergeben hat.

Informatik (mit Datenverarbeitung) und Telekommunikation – zusammengefaßt unter dem Begriff Informationstechnik – seien einander durchdringende, auf den Möglichkeiten der Mikro- und Optoelektronik aufbauende Gebiete der Wissenschaft und Technik von großer volkswirtschaftlicher und wissenschaftlicher Tragweite. „Sie sind Arbeitsgebiete einer Schlüsseltechnologie mit der Bedeutung der Dampfmaschine im vorigen oder des Kraftfahrzeugs in diesem Jahrhundert", heißt es.

Ein Versagen auf dem Gebiet der Informationstechnik wäre für die deutsche Volkswirtschaft erheblich schwerwiegender als die bereits „offenkundigen Verluste" zum Beispiel in der Uhren- und Fotoindustrie und der Konsumelektronik. Ohne staatliche Förderung ließen sich Kooperation und Arbeitseinsatz der Wirt*schaft, Wissenschaft und öffentlichen* Hand nicht in dem Maße organisieren und betreiben, wie es notwendig sei, um das Gefahrenpotential abzubauen. Während das Bonner Forschungsministerium (BMFT) von 1967 bis 1978 insgesamt 3,5 Milliarden Mark oder zehn Prozent der BMFT-Haushalte dieser Jahre für drei *Datenverarbeitungs(DV)-Förderpro*gramme ausgegeben habe, hätten die acht größten Computerfirmen der USA jährlich etwa zehn Milliarden Mark, also das 30fache, in Forschung und Entwicklung investiert.

In den USA werde ein günstiges Innovationsklima unter anderem durch ausreichende Risikofinanzierung, Unterstützung von Firmengründungen (vor allem aus der Forschung heraus) und durch eine Beschaffungspolitik staatlich geförderter Institutionen erzeugt. Hinzu kommen Maßnahmen wie Aussetzen der Anti-Trust-Gesetze für gemeinsame Forschungsvorhaben von Firmen in der Hochtechnologie, durch schnellere Abschreibungen, Exportförderung sowie große und innovative Beschaffungen der öffentlichen Hand (Verteidigung, Luft- und Raumfahrt). Ausländische Anbieter erhielten auch bei günstigen Angeboten „praktisch keinen Zuschlag".

In Japan gelte eine „auf Informationsprozessen aufbauende Gesellschaft" als nationales Ziel. Dazu würden Forschungsprogramme in Milliardenhöhe aufgelegt, die in der ersten Phase Industrie und Forschung verbinden und Lösungsgrundlagen erarbeiten, in der zweiten Phase einen funktionsfähigen Prototyp entwickeln und bei getrennter Produktentwicklung in der dritten Phase die Weltmarkterschließung unterstützen.

Gemessen daran seien die Gegebenheiten in der Bundesrepublik „erheblich schlechter ausgeprägt". Bereitstellung von Risikokapital und Unterstützung von Firmenneugründungen seien „erheblich geringer". Viele Firmen deckten ihren Technologiebedarf im Ausland mit bereits bewährten Produkten. Die Verfasser weisen auf das größere langfristige Risiko hin, „dies bedeutet im Endeffekt einen Export von Arbeitsplätzen nach den USA und nach Japan".

Ohne deutliche neue Schritte der öffentlichen Hand und der Wirtschaft in der Bundesrepublik entstünden weitere Verluste an wissenschaftlich-*technischen Fähigkeiten, Arbeits*plätzen und Wertschöpfung. Darüber hinaus gehe die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger deutscher Export-Industriezweige wie Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik und Kraftfahrzeugbau ohne leistungsfähige Informationstechnik verloren.

US-AKTIENMÄRKTE

Talfahrt ging mit einem Paukenschlag zu Ende

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit einem Paukenschlag haben die US-Aktienmärkte die Talfahrt beendet. In der vergangenen Woche erholte sich der populäre Dow-Jones-Industrie-Index um 32 (Freitag: plus 14,33) auf 1250,20 Punkte. Er liegt damit nur noch um 34 Punkte unter dem am 10. Oktober aufgestellten neuen Rekord. Der mehr als 1500 Werte umfassende Nyse-Index zog um 2,05 (1,07) auf 95,82 Punkte an, was die Breite des Umschwungs unterstreicht. Die großen Gewinner waren IBM, DuPont, Eastman Kodak und Banken wie Hanover Manufacturer, J. P. Morgan und Chase Manhattan.

Für die Wende um 180 Grad sorgte einmal die Beruhigung an der inter*nationalen Front, gekoppelt mit ei*nem wachsenden Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft. Die Zuversicht spiegelt sich in dem Applaus für Präsident Reagan: Nach einer Umfrage an der Wall Street würden 65 Prozent der Amerikaner Aktien verkaufen, falls der liberale Demokrat Walter Mondale Anfang 1985 ins Weiße Haus einzieht. Bei Renten äußerten sogar 81 Prozent Verkaufsabsichten. Nichts zeigt klarer die Furcht vor einem Rückfall in die inflationäre Carter-Ära, als Mondale das Amt des Vizepräsidenten innehatte.

Aber die Investoren reagierten auch positiv auf die Gespräche in Tokio, die Reagan mit dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone führte. Von der Internationalisierung des Yen und der weiteren Öffnung des japanischen Marktes verspricht man sich in Manhattan Downtown nicht nur einen Abbau des US-Handelsdefizits, sondern auch die stärkere Einbeziehung Nippons in das Wertpapiergeschäft. Ein schwächerer Dollar wiederum komme der US-Exportwirtschaft zugute, heißt es. Ob diese Blütenträume reifen, muß sich indes noch erweisen.

Eindruck auf die Börse hat ferner *der Kreditmarkt gemacht,* der letzte Woche ohne Schwierigkeiten die von der Treasury versteigerten Bills, Notes und Bonds im Wert von 16 Milliarden Dollar aufnahm. Statt zu steigen, sanken die Zinsen. Das ist jedoch auch auf den nach wie vor bescheidenen Finanzbedarf der Privatwirtschaft zurückzuführen. Die Gefahr *des sich wieder verteuernden Geldes* bleibt solange akut, wie das Problem der Rekordhaushaltsdefizite nicht angepackt wird. Neue Steuern hat die Administration erneut abgelehnt.

Außer den Zinsen bilden wichtige Konjunkturdaten die eigentliche Basis der nun wieder munteren Hausse. Und sie bleiben vielversprechend: Im Oktober nahmen in den USA die Einzelhandelsumsätze um 1,1 (September: 1,3) Prozent zu; seit Jahresfrist betrug das Plus stolze 10,2 Prozent. Alles deutet auf ein ausgezeichnetes Weihnachtsgeschäft hin. Überdies erhöhten sich die US-Herstellerpreise nur um 0,3 Prozent. Seit Oktober 1982 stieg der frühere Großhandelspreisindex um 1,3 Prozent. Der Tip der Wall Street: Der „Dow" erreicht im Februar 1400 Punkte.

Distanz zur Regierung

Von WILHELM FURLER, London

Britischen Unternehmern mag man pauschal viel nachsagen: unzureichende wirtschaftliche Vorbildung, schlechtes Verhältnis zur Arbeitnehmerschaft, mangelhaft ausgeprägtes Qualitäts- und Kundenbewußtsein oder chronische Furcht vor scharfem Wettbewerb. Kurz all das, was sich seit den sechziger Jahren an berechtigten oder unberechtigten Vorurteilen angesammelt hat. In einem Punkt jedoch waren sie bislang kaum zu überbieten: in ihrer geradezu ergebenen Loyalität gegenüber einer konservativen Regierung.

Insbesondere galt dies gegenüber der Regierung Thatcher, nachdem die Premierministerin 1979 das Kommando in einem abgewirtschafteten Großbritannien übernahm. Doch trotz ansehnlicher Erfolge etwa bei der Inflationsbekämpfung ist eine zunehmende Distanz spätestens seit dem Jahreskongreß des Arbeitgeberverbandes *CBI* in *Glasgow nicht* mehr zu übersehen.

Kaum etwas ist heilvoller als konstruktive Kritik am Wirtschaftskurs einer Regierung, so nahestehend sie politisch auch immer sein mag. Hier hat Glasgow Anfang der letzten Woche zweifellos gezeigt, daß das Unternehmerlager in Großbritannien grundsätzlich eine wohltuende Wandlung von dogmatischer Ergebenheit zu wachsender kritischer Unabhängigkeit vollzogen hat. Damit *dürften – hoffentlich – die Zeiten* vorbei sein, da die Führung des Unternehmerverbandes „ihrer" Regierung empfahl, was diese ohnehin hören wollte. Margaret Thatcher und ihr Kabinett müssen sich jetzt jedenfalls mit einigen Forderungen und Kritikpunkten von Glasgow auseinanderzusetzen haben. Vor allem, warum denn etwa Forderungen nach notwendigen Infrastruktur-Verbesserungen nicht in das wirtschaftspolitische Regierungskonzept passen sollten.

Bedenklich stimmt andererseits die Beobachtung, daß auf dem Arbeitgeber-Kongreß neben gesunder Kritik wieder der leidige Ruf nach dem überall aushelfenden Staat verstärkt laut wurde. Unüberhörbar jedenfalls war der Vorwurf, daß die Wirtschaft in dieser entscheidenden Phase völlig sich selbst überlassen würde. Ebenso unüberhörbar war die Forderung, die Konjunktur mit höheren Staatsausgaben anzukurbeln.

Sind die schlechten Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit – und nicht nur unter Labour – auf diesem Gebiet schon wieder in Vergessenheit geraten? Wenn, wie dies in Glasgow formuliert wurde, kein Unternehmer Inflation wünscht, sich aber gleichzeitig alle „nach mehr Wachstum sehnen", dann kann der zweite Teil dieser Erwartung nur an die eigene Adresse gerichtet sein.

Der CBI-Kongreß stand unter dem im Hinblick auf die Konjunkturlage gut gewählten Motto „Managing Recovery". Doch Selbsterforschung und Bereitschaft zur notwendigen Konsequenz verstärkter unternehmerischer Eigeninitiative nahmen wenig Raum ein. Wenn Großbritannien in der Wettbewerbsfähigkeit seiner verarbeitenden Industrie immer noch um etwa 20 Prozent hinter den wichtigsten Konkurrenzländern herhinkt, dann liegt die Beseitigung dieses Problems kaum alleine in der Aufforderung an die Regierung, die Kostenlast für die Wirtschaft so weit wie möglich zu reduzieren.

Eher wird sich der Rückstand einholen lassen, wenn unter anderem die zu Beginn genannten Vorurteile tatsächlich nicht mehr stichhaltig sind. Längst trifft dies ja auf einen Großteil der britischen Firmen zu. Doch die vielen anderen, die heute wieder nur zu gern bereit sind, das Bild einer „angesichts erfolglos debattierender Politiker zu Tode verblutenden britischen Wirtschaft" zu bemühen, setzen sich dem dringenden Verdacht der Inkompetenz aus.

Denn es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Großbritannien aus der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren insgesamt in einem guten Zustand hervorgegangen ist. Die Wachstumsrate in diesem Jahr wird aller Voraussicht nach höher liegen als in jedem anderen EG-Land. Die Staatsverschuldung andererseits ist niedriger als in allen übrigen Mitgliedsländern. Die Inflationsrate, vor wenig mehr als drei Jahren noch bei über 20 Prozent, liegt inzwischen unterhalb des EG-Durchschnitts.

Diese positive Ausgangslage ist unbestrittener Verdienst der Regierung Thatcher. Alarmierend ist allerdings die extrem hohe Arbeitslosigkeit. Doch sie wird sich nur dann wesentlich und dauerhaft verringern lassen, wenn das *eigentliche Motto* von Glasgow „das unternehmerische Handeln" in Großbritannien diktiert. Und nicht der Ruf nach dem Staat.

AUF EIN WORT



„Ist die Frage, ob die Bürger des Landes einer zu hohen Steuerbelastung unterliegen, möglicherweise gar nicht richtig *gestellt,* angesichts der Tatsache, daß es keine Einkommensgruppe gibt, die einer durchschnittlichen Einkommensteuerbelastung von mehr als 25 Prozent unterliegt? Oder anders formuliert: Sollten nicht die weniger Leistungsfähigen entlastet und die stärker Leistungsfähigen, die sich – in Relation gesetzt – ihrem Beitrag zum Staat nicht selten weitestgehend entziehen, stärker belastet werden?"

Dr. Hans Fahning, Vorsitzender des Verbandes öffentlicher Banken und geschäftsführender Direktor der Hamburgischen Landesbank.

FOTO: HERBERT DOMBROWSKI

KONJUNKTUR

Volks- und Raiffeisenbanken für Mehrfachstrategie

rtr, Bonn

Die Konjunkturerholung in der Bundesrepublik ist nach Einschätzung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) in den letzten Monaten zügiger als zunächst erwartet vorangekommen. Offen sei allerdings, ob sich daraus auch ein selbsttragender Aufschwung entwickelt. Deshalb sollte die Aufwärtsbewegung durch eine wirtschaftspolitische „Mehrfachstrategie" gestützt werden, empfielt der Verband in seinem am Wochenende vorgelegten Konjunkturbericht. Dabei müsse auf jeden Fall die Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite fortgesetzt werden, um so Spielräume für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik zu schaffen. Hier setzt sich der Verband für eine Reform des Einkommensteuertarifs ein, bei der nicht die An*kurbelung der Privatnachfrage,* sondern die Erhöhung des Leistungswillens von Arbeitnehmern und Unternehmern ausschlaggebend sein müsse.

Eine Politik für weniger Ausgaben des Staates und mehr verfügbares Einkommen der Bürger verlagere sinnvoll die Nachfrage vom staatlichen auf den privaten Sektor. Weitere Maßnahmen im Rahmen der Mehrfachstrategie sollten auf eine Entbürokratisierung und den Abbau staatli*cher Hemmnisse und Reglementie*rungen zielen. Zu den Konjunkturaussichten schreibt der Verband, die Impulse der Konsumnachfrage dürften in der zweiten Hälfte 1984 nicht mehr so stark sein wie im ersten Halbjahr. Für einen dauerhaften Aufschwung sei vielmehr eine kräftige Zunahme der Investitionen der Unternehmen notwendig.

IFO-INSTITUT

Kapazitätsauslastung steigt, Auftragsreserven niedrig

DANKWARD SEITZ, München

Kräftige Nachfragesteigerungen aus dem In- und Ausland haben in der deutschen Industrie in den letzten Monaten zu weiteren Produktionserhöhungen verbunden mit einer stärkeren Auslastung der Kapazitäten geführt. Nach *Feststellungen* des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, waren die Anlagen des verarbeitenden Gewerbes im September zu 79,1 Prozent ausgelastet, was gegenüber dem September 1982 mit 74,9 Prozent und dem Juni 1983 mit 77,7 Prozent eine weitere deutliche Verbesserung bedeutet. *Optimistische Geschäftserwartungen* und positive Produktionspläne ließen für die nächsten drei Monate eine weitere Zunahme des Nutzungsgrades erwarten. Dagegen haben sich, so das Ifo, die Aussichten für die kommenden zwölf Monate während des dritten Quartals nur wenig aufgehellt: Der Anteil der Unternehmen, die nicht glauben, in diesem Zeitraum ihre Kapazitäten ausreichend nutzen zu können, hat sich kaum verändert. Nach Ansicht des Instituts kann das daran liegen, daß sich die Auftragsbestände der Industrie mit *2,6 Monaten gegenüber dem Vorjahr* und Juni 1983 (jeweils 2,5 Monate) nur geringfügig zugenommen haben.

Besonders bemerkenswerte Fortschritte machte der Vorproduktsektor, und auch die Verbrauchsgüter-Hersteller kamen ein Stück voran. Der Auslastungsgrad erhöhte sich hier auf 78,9 (Juni 1983: 76,2) Prozent *sowie auf 87,9 (86,9) Prozent.* Beide Bereiche meldeten auch mit 2,1 (2,0) und 2,4 (2,3) Monaten höhere Auftragsbestände. Sowohl die Investitions- als auch Gebrauchsgüter-Industrie berichtete dagegen von mit 77,3 (77,6) Prozent bzw. 79,5 (79,9) Prozent geringerer Auslastung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neuer Milliarden-Kredit für Brasilien perfekt

Brasilia (VWD) – Der neue 6,5-Milliarden-Dollar-Kredit für Brasilien ist perfekt, teilte das brasilianische Finanzministerium mit. 70 Prozent der betroffenen 800 Auslandsbanken hätten positiv auf ein entsprechendes Ersuchen Brasiliens reagiert. Laut Finanzminister Galveas haben alle großen Banken Zusagen gemacht, jetzt arbeite man nur noch die Verträge aus. Der Präsident des Beratungsausschusses der Gläubigerbanken Brasiliens, William Rhodes von der Citibank, hatte letzte Woche in New York erklärt, daß mehr als vier Milliarden Dollar untergebracht seien.

Londoner Kassapreise

	11. 11. 83	4. 11. 83
Kupfer (£/t)	914	919
Blei (£/t)	272	273
Zink (£/t)	578,5	581,625
Zinn (£/t)	8675	8580
Gold ($/Unze)	382,125	382,375
Silber (p/Unze)	599,10	599,05
Kakao [1] (£/t)	1550,5	1468,5
Kaffee [2] (£/t)	1848	1838,5
Zucker (£/t)	315	137
Kautschuk (p/kg)	78,75	79
Wolle (p/kg)	402	401
Baumwolle [3] (cts/lb)	89,15	89,05

[1] Abladung März; [2] Abladung Januar; [3] A-Index-Preis Liverpool

Keine Chance für AG „Weser"

Bremen (rtr) – Die Verhandlungen *um einen Interessenausgleich* zwischen Vorstand und Betriebsrat der Bremer Großwerft AG „Weser" sind nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Hans Ziegenfuß im wesentlichen gescheitert. Damit sei die letzte Hoffnung der Belegschaft dahin, die Werft zu retten. Die Werft werde Ende des Jahres geschlossen werden. Die ersten 21 Kündigungen seien am Freitag eingeleitet worden.

Weltbankpräsident in Bonn

***Bonn* (HH)** – *Weltbankpräsident* Clausen trifft heute mit Bundeskanzler Kohl und der Spitze des Entwicklungsministeriums in Bonn zusammen. Hauptthema sind die Finanzierungsschwierigkeiten bei der Weltbanktochter IDA (Internationale Entwicklungsagentur, Washington), da *vor allem Washington* wegen des Widerstands im Kongreß nicht den auf die USA entfallenden Anteil – der größte Einzelbeitrag – für die nächste Mittelaufstockung bereitstellen kann. Die IDA finanziert Projekte ausschließlich in den ärmsten Ländern der Dritten Welt.

Kreditaufnahme erleichtern

Washington (VWD) – Die Weltbank will von 1984 an ein neues Mittel zur Beschaffung von Notenbankkrediten und anderen offiziellen Geldgebern der Mitgliedsländer schaffen. Geplant ist die Ausgabe von einjährigen Schuldverschreibungen mit variablem Zins. Bisher werden im kurzfristigen Bereich nur zweijährige Papiere mit Festzins verwendet. Das Volumen der neuen Titel soll auf 750 Millionen Dollar monatlich begrenzt werden. Um den Notenbanken die gewünschte Garantie für deren eigene Liquidität zu garantieren, soll die Rückzahlung zu pari zwei Tage nach Kündigung einschließlich der aufgelaufenen Zinsen zugesagt werden. Der Zinssatz werde monatlich neu festgelegt.

Ausgabesubvention im Visier

Bonn (HH) – Als „politisches Armutszeugnis" hat der Bund der Steuerzahler die Absicht der Bonner Unionsfraktion bezeichnet, den weiteren Abbau von Ausgabesubventionen auf die Zeit einer „nachhaltigen Änderung der wirtschaftlichen Lage" zu verschieben. „Wer angesichts einer Gesamtsubventionslast von 29 Milliarden Mark bei den Bemühungen um eine Verminderung dieser Last resigniert, hat damit den Pfad der Konsolidierung der Staatsfinanzen verlassen", erklärt der Verband. Die deutschen Steuerzahler, die diese Last tragen müßten, würden sich mit der Verschiebung nicht zufriedengeben.

Weg der Kurse

	11. 11. 83	4. 11. 83
Boeing	40,625	39,125
Chrysler	28,75	26
Citicorp	35,125	33,25
Coca-Cola	56,875	53,25
Exxon	38,625	38,25
Ford Motors	66,125	63,375
IBM	127	122,125
PanAm	8	7,75
US Steel	27,50	26,875
Woolworth	37,125	35

AUSSENHANDEL

Starker Einfuhrrückgang aus der Dritten Welt

HEINZ HECK, Bonn

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern ist im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem Vorjahr erstmals seit 1976 zurückgegangen. Mit 10,4 Prozent fiel der Rückgang bei der Einfuhr besonders hoch aus, bei der Ausfuhr betrug er 5,4 Prozent. Einem deutschen Gesamtexport in die Dritte Welt von 43,9 Milliarden Mark stand ein Import aus diesen Ländern von 37,8 Milliarden Mark gegenüber, so daß sich ein Handelsbilanzüberschuß von 6,1 Milliarden Mark ergibt. Früher war der Saldo oft negativ.

Hierzu hatte vor allem die 1974 einsetzende Ölpreisexplosion beigetragen. Angesichts der neuerdings eingetretenen Beruhigung der Ölpreise ebenso wie der stark gedrosselten Öleinfuhr hat sich der Handelsaustausch mit den Opec-Mitgliedern in *jüngster Zeit drastisch verändert. Die* deutsche Gesamteinfuhr aus diesem Raum ist nach Berechnungen des Bonner Entwicklungsministeriums um 19 Prozent auf 12,7 Milliarden Mark zurückgegangen. Angesichts der geschrumpften Erlöse hat auch die Opec bei ihren Hauptlieferanten weniger ordern können, so daß die deutsche Ausfuhr mit 17 Prozent „erheblich" abgenommen hat – um 3,2 auf 16,0 Milliarden Mark gegenüber dem ersten Halbjahr 1982. Damit ergibt sich aus deutscher Sicht ein Aktivsaldo von 3,3 Milliarden Mark.

Bemerkenswert erscheint, daß der Anteil der Industrieerzeugnisse an den Einfuhren aus der Dritten Welt weiter zunimmt und im ersten Halbjahr bereits 52,7 Prozent erreicht hat. *Entsprechend ist der Rohstoffanteil* im Vergleich zum Vorjahr von 18,0 auf 16,1 Prozent zurückgegangen.

EIGENKAPITALVERSORGUNG / Neue Modelle

Christians: Banken sollen Weg ebnen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eigenkapital für die mittelständische Wirtschaft zu mobilisieren, vor allem für Familiengesellschaften – diese lange vernachlässigte Aufgabe, die auch die aktive Mitwirkung des Kreditgewerbes erforderlich macht, wird mehr und mehr zu einem heißen Thema in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Es wird an Modellen gearbeitet, wie die Eigenkapitalversorgung nicht emissionsfähiger Unternehmen verbessert werden kann.

*Die besten Aussichten gibt F. Wil*helm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, sogenannten Kapitalbeteiligungs-Fondsgesell*schaften.* Derartige Gesellschaften, so sagte Christians auf der 29. kreditpolitischen Tagung der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", könnten Fonds auflegen, die sich durch Ausgabe von Zertifikaten refinanzieren. Dazu wäre allerdings eine Änderung der Investmentgesetzgebung nötig.

Christians ermutigte den Mittelstand, rechtzeitig aus der Personengesellschaft in die Aktiengesellschaft „umzusteigen" und den Gang an die Börse zu wagen. Sie sollten damit nicht warten, bis weitere steuerliche Hürden abgebaut werden. Die Banken sollten neuen Industrien kapital*mäßig die Wege ebnen* und dabei neben ihrer Vermittlerrolle in begrenztem Umfang auch selbst die Funktion des Risikokapitalträgers übernehmen.

Ebenso wie Christians machte auch Franz Josef Weitkemper, Vorstandsmitglied der Bayer AG, den Fiskus für die zu geringe Eigenkapitalbildung mitverantwortlich. Ihn stört besonders, daß das Körperschaftsteuergesetz die Gewinnthesaurierung bestraft. Er hält eine jährliche Thesaurierung eines Teils der Gewinne für unverzichtbar, um das Eigenkapital den Wachstumserfordernissen anzupassen. Er forderte eine Steuerbegünstigung oder Körperschaftssteuerfreiheit des thesaurierten Gewinns sowie unter Hinweis auf ausländische Beispiele eine Begünstigung der *Eigenkapitalzuführung von außen.*

Für den Saarbrücker Professor Wolfgang Stütze ist die Eigenkapitalschwäche auch die Folge einer soziologischen Fehlentwicklung. 95 Prozent der privaten Haushalte hielten ihr Vermögen in festverzinslichen Forderungen. Die Eigenkapitalquote *der Unternehmen hält er für noch* viel geringer, als sie aus den Bilanzen abzulesen ist, weil ein großer Teil der Aktiva lediglich erwartete Ertragswerte darstellt, deren wirklicher Wert sich erst im Insolvenzfall zeige. Auch fehle in den Bilanzen eine ausreichende Passivierung der Sozialverpflichtungen. Eine solche Risikobetrachtung sollte künftig in das Insolvenzrecht Eingang finden.

HANOMAG

Zweifel an Konzept von Esch

D. SCHMIDT, Hannover

Die Stadt Hannover hat ernste Zweifel daran angemeldet, daß es dem Chef der Mainzer IBH-Gruppe, Horst-Dieter Esch, gelingen wird, kurzfristig ein Konzept zur Rettung des angeschlagenen Baumaschinenkonzerns vorzulegen. Im Anschluß an ein Gespräch mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten, bei dem Hanomag-Vergleichsverwalter Egon Kretschmer die aktuelle Situation der Hanomag GmbH schilderte, deutete Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube an, daß zumindest das hannoversche Unternehmen keine hohen Erwartungen an IBH knüpfe.

Lehmann-Grube und Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg waren allerdings nicht bereit, zu aktuellen Überlegungen Stellung zu beziehen. Zunächst müsse der endgültige Status des Vergleichsverwalters abgewartet werden. Schmalstieg sprach von drei Phasen, in denen die Überlebenschancen der Hanomag gesichert werden müssen.

Die erste, die kurzfristige Weiterführung der Produktion, sei durch den 2,5-Mill.-DM-Betriebsmittelkredit der SMH-Bank abgeschlossen. Der zweite Schritt müsse noch in dieser Woche getan werden. Dabei geht es um einen Überbrückungskredit in Höhe von gut 20 Mill. DM, mit dem die vorhandenen Aufträge (1100 Maschinen) abgewickelt werden können.

Diese Phase ende im Januar 1984. Allem Anschein nach werden das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover dafür ins Obligo gehen. Die dritte Phase schließlich, die endgültige Rettung, dürfte sich nur realisieren lassen, wenn mit Hilfe eines Dritten eine Auffanglösung gefunden wird, und zwar ohne IBH.

Esch und Hanomag-Aufsichtsratschef Heinz Friedrich Hoppe haben inzwischen die Vorwürfe der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat zurückgewiesen. Sie wollen ihre Mandate beibehalten.

NAMEN

Klaus Plett, Vorstandsmitglied der Hamburgischen Landesbank, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Dr. **Karl-Dieter Demisch**, seit 1981 Geschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, München, ist zum neuen Geschäftsführer der Mode-Woche-München GmbH berufen worden. Er tritt damit die Nachfolge des im September verstorbenen Mode-Woche-Chefs **Alfred Wurm** an.

Dr. **Karl-Josef Neukirchen**, Geschäftsführer der SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt, ist mit sofortiger Wirkung zum stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen worden. Neben seinem bisherigen Aufgabengebiet „Diversifikations-Geschäftsbereiche" übernimmt er das Ressort „Produktion Wälslager". **John P. Hire**, der bisher diesen Bereich leitete, ist als Geschäftsführer zurückgetreten, da er aus persönlichen Gründen bald nach England zurückkehren will.

DEUTSCHE ZEITUNGSVERLEGER / Seit fünf Jahren wird über zollfreie Importe von Druckpapier geredet

„Kontingentsdrama weitet sich zum Skandal aus"

HANNA GIESKES, Bonn

„Kontingentsdrama wird zum Skandal" – auf diese Kurzformel bringt der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger seinen Unmut darüber, daß im November 1983 noch unklar ist, wie groß 1984 das zollfreie Importkontingent für Zeitungsdruckpapier aus Kanada in die Europäische Gemeinschaft ausfallen wird. „Die Betroffenen verlieren allmählich die Geduld", heißt es in einer Mitteilung des Verbandes; seit fünf Jahren werde über das Problem der zollfreien Kontingente geredet. Die europäischen Zeitungsverlage verlangten nun die Einfuhr von 800 000 Tonnen Zeitungsdruckpapier aus Kanada.

Die Existenz mancher Zeitungen hänge davon ab, daß der Grundstoff so günstig wie möglich bezogen werden könne, heißt es weiter; dies setze eine ausreichende Konkurrenz unter den Papierherstellern voraus. Obwohl die Produktion in der Gemeinschaft den Bedarf bei weitem nicht deckt – 1982 produzierte die EG-Papierindustrie 1,4 Millionen Tonnen, verbraucht wurden indes 4,2 Millionen – werden Importe mit einem Außenzoll von 10,5 Prozent belegt. Interesse daran haben vor allem Italien und Frankreich, die ihre heimische Produktion schützen wollen.

Vom 1. Januar 1984 an werden für die skandinavischen „Rest-Efta-Staaten" Sonderabkommen mit Brüssel gelten, die sowohl Zollfreiheit als auch den Wegfall jeglicher Mengenbeschränkung beinhalten. Für Kanada gibt es diese Regelung nicht. Da die skandinavischen Papierhersteller sehr marktstark sind, befürchten die Zeitungsverleger „eine unerwünschte Abhängigkeit von der Preispolitik dieser Unternehmen", die naturgemäß umso größer sein muß, je geringer die Möglichkeiten der Verlage sind, auf andere Lieferanten auszuweichen. „Unter diesen Umständen", schreibt der Verband, „bleibt Kanada mit seinen besonders günstigen Produktionsbedingungen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor".

Die „Zollfreikontingente für Zeitungsdruckpapier" waren mit dem Beitritt Englands, Dänemarks und Irlands in die Gemeinschaft entstanden, um den traditionellen Lieferländern – darunter auch Kanada – einen Ausgleich für den hohen Außenzoll zu bieten. Zur Zeit liegen sie bei 1,5 Millionen Tonnen jährlich. Da diese Menge aber bei weitem nicht ausreicht, wurde jeweils – bis 1975 problemlos – *vom Ministerrat ein Zusatzkontingent beschlossen.*

Die Probleme bringen die Italiener hinein, die vor allem ihre beiden Produzenten Burgo und Arbatax schützen wollen, obgleich deren Vorräte bei weitem nicht ausreichen und es außerdem Schwierigkeiten bei der Qualität gibt. An ihrem Einspruch scheiterte in der Ministerratssitzung vom 17. Oktober auch eine Aufstokkung des Zusatzkontingents für 1983 – Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten hatten zusätzlich 250 000 Tonnen gefordert – „so daß die Verlage damit für den Rest des Jahres vor der Entscheidung stehen, Importpapier entweder nicht mehr zu beziehen oder aber teuer verzollen zu müssen".

In einer informellen Sitzung auf Expertenebene sollen sich Ende vergangener Woche Briten, Italiener und Deutsche stillschweigend auf zusätzliche 180 000 Tonnen geeinigt haben, heißt es aus Brüssel. Dabei sei den Italienern die Abnahme von 20 000 Tonnen zugesagt worden.

Dieses unerfreuliche Klein-Klein hilft den Zeitungsverlegern indes wenig: „Es kommt jetzt darauf an, daß die EG-Kommission ein eindeutiges Verhandlungsmandat erhält und die jahrelang verschleppte Regelung der Zeitungspapiereinfuhren aus Kanada endlich unter Dach und Fach gebracht wird."

MAN / Aufsichtsrat wählt Götte zum Vorsitzenden

Finanzspritze nicht nötig

DANKWARD SEITZ, München

Erwartungsgemäß hat der Aufsichtsrat der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, 100prozentige Tochtergesellschaft der Gutehoffnungshütte (GHH), am Freitag einstimmig den neuen GHH-Vorstandsvorsitzenden Klaus Götte zu seinem Vorsitzenden gewählt. Als weiterer Vertreter der Anteilseigner entsandte GHH Franz Breitenstein, Finanzdirektor der Holding, in das Gremium. Nach Angaben von MAN wurde Wilfried Lochte einstimmig auf die Dauer von fünf Jahren wieder zum Vorstandsmitglied bestellt.

Aus sachlichen Erwägungen heraus habe Götte angekündigt, so teilte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Gerhard Specht mit, die Sanierung der schwer angeschlagenen MAN gemeinsam mit dem jetzigen Vorstand durchzuführen. Sein Sanierungskonzept will Götte dem GHH-Aufsichtsrat am 2. Dezember vorstellen.

Der Abschluß der MAN für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.), der vom Aufsichtsrat gebilligt wurde, weist nach Angaben von Specht einen Betriebsverlust von 329 Mill. DM aus. Durch Verkäufe von Anlagen und Gebäuden sowie die Auflösung einer stillen Reserve in Höhe von 60 Mill. DM verbleibt ein Fehlbetrag von 148,2 Mill. DM, der aus der gesetzlichen Rücklage ausgeglichen wird. Im Vorjahr hatte MAN noch einen Überschuß in Höhe von 31,7 Mill. DM erwirtschaftet. Das Unternehmen, so Specht, habe keine Liquiditätsprobleme und benötige auch keine Finanzspritze.

Ein positives Ergebnis erwartet der MAN-Vorstand, wie es in einer Unternehmensmitteilung heißt, frühestens für das Geschäftsjahr 1984/85. Voraussetzung sei allerdings, daß die gesamtwirtschaftliche Lage nicht weitere ins Gewicht fallende Verschlechterungen bringe. Das Ergebnis für 1983/84 werde noch nicht positiv ausfallen können, da das laufende Geschäftsjahr noch von den erforderlichen Kapazitätsanpassungen belastet werde.

Das Unternehmenskonzept, das der Vorstand dem Aufsichtsrat vorlegte und das schwerpunktmäßig auf die Unternehmensbereiche Nutzfahrzeuge und Dieselmotoren ausgerichtet ist, sieht nach MAN-Angaben neben Kapazitätsanpassungen ein Maßnahmenpaket vor, das die Überarbeitung der gesamten Unternehmensstruktur und Produktpalette beinhaltet. Dazu gehören eine forcierte technische Weiterentwicklung der Produkte, die Steigerung der Produktivität und ein auf die erwarteten Marktverhältnisse ausgerichtetes Produktionsvolumen.

GROSSBRITANNIEN / Kabinett berät Haushalt

Auf Kürzungen geeinigt

WILHELM FURLER, London

Das Regierungskabinett in London hat sich nun doch einigen können, die Staatsausgaben im kommenden Finanzjahr 1984/85 (jeweils April) um insgesamt 2,5 Milliarden Pfund (9,9 Milliarden Mark) auf die im letzten Budget angepeilte Höchstmarke von 126,4 Milliarden Pfund (gegenwärtig 501 Milliarden Mark) zu kürzen. Damit haben die Minister grundsätzlich die Empfehlungen eines eigens eingesetzten „Spar-Komitees" unter Vorsitz von Lord Whitelaw akzeptiert.

Aller Voraussicht nach wird Schatzkanzler Nigel Lawson am Donnerstag mit der Vorlage seines alljährlichen Herbst-Finanzpakets die Details der Haushaltskürzungen bekanntgeben. Doch schon jetzt steht fest, daß die Finanzierungslücke teilweise durch höhere Preise für Gas und Strom gestopft werden soll. Trotz heftigen Widerstands aus dem Energieministerium – Minister Walker hielt sich allerdings in Peking auf – dürften die Preise für Gas im kommenden Jahr um zwischen vier und *fünf Prozent und für Elektrizität um* drei Prozent erhöht werden. Schon zuvor war eine Einigung über die Kürzung von 1,5 Milliarden Pfund erzielt worden, die vor allem vom Verteidigungsministerium zugestanden wurde.

Der Nationale Gesundheitsdienst dagegen blieb von Kürzungen weitestgehend verschont. Mit dem Kompromiß ist es dem Schatzkanzler gelungen, seine „Reserven für unvorhergesehene Ausgaben" in Höhe von drei Milliarden Pfund unangetastet zu lassen.

Denkbar ist, daß *Energieminister* Walker sich den umgehend angemeldeten Beschwerden der Verbraucherverbände anschließt, von denen die geplanten Erhöhungen der Gas- und Stromtarife als ungerechtfertigte Sondersteuer bezeichnet wurden, und noch vor Donnerstag andere Sparmaßnahmen in seinem Bereich bekanntgibt.

Auf seiner Sitzung hat das Kabinett auch beschlossen, die von Großbritannien im Rahmen der NATO eingegangene Verpflichtung zur Erhöhung der Verteidigungs-Ausgaben um real drei *Prozent* pro Jahr 1986 *formal* auslaufen zu lassen.

SPARKASSENVERBAND NIEDERSACHSEN

Privatguthaben geschrumpft

dos, Hannover

Die gestiegene private Nachfrage hat bei den 73 im Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband zusammengeschlossenen Instituten im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 zu einer merklichen Abnahme der Guthaben geführt. Nachdem im Vorjahr noch ein Plus von 600 Mill. DM zu verzeichnen war, verringerten sich die privaten Guthaben in den ersten neun Monaten 1983 um 185 Mill. DM. Die Neuverschuldung in Wohnungsbau- und Konsumentenkrediten stieg auf 860 (680) Mill. DM.

Die Gesamteinlagen der Sparkassen beliefen sich Ende September auf 48,6 Mrd. DM; darin sind 27,9 Mrd. DM Spareinlagen enthalten. Dem Zuwachs bei Spareinlagen (plus 343 Mill. DM) und bei Sparkassenbriefen und -obligationen (plus 305 Mill. DM) stand ein Rückgang bei den Termineinlagen um 162 Mill. DM gegenüber. Im Wertpapiergeschäft dominieren weiterhin die festverzinslichen Papiere, wenngleich deren Anteil an den Kundenordern von 90 Prozent Anfang 1982 auf 80 Prozent geschrumpft ist.

Das Kreditgeschäft wird weiterhin von den langfristigen Krediten bestimmt. Sie nahmen im Berichtszeitraum um 5,3 Prozent auf 33,6 Mrd. DM zu. Die Zusagen an langfristigen Darlehen erhöhten sich um 47 Prozent auf 6,2 Mrd. DM. Davon waren rund 25 Prozent für Wohnungsbauzwecke bestimmt. Die zugesagten, aber noch nicht abgerufenen Wohnungsbaudarlehen beliefen sich auf 648 Mill. DM (plus 46 Prozent).

Der vor Jahresfrist einsetzende Konsolidierungsprozeß im kurz- und mittelfristigen Bereich geht dagegen weiter. Offensichtlich, so schreibt der Verband, schulden die Kreditnehmer kurzfristige Engagements in langfristige um. Trotz des Rückgangs der kurz- und mittelfristigen Kredite geht der Verband davon aus, daß sich das Kreditgeschäft weiter belebt. Als „gutes Zeichen" wird bewertet, daß die Kreditausweitung nach einem eher gedämpften Wachstum im ersten Halbjahr in den Monaten August und September kräftig angezogen hat. Mit 840 Mill. DM sei der Vorjahreszuwachs um mehr als die Hälfte überschritten worden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Drechsler/Grothe: Auf gute Geschäfte, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1983, 162 S., 26 Mark.

Als Bettlektüre bestens geeignet, bietet das flott aufgemachte Buch Anekdoten vergangener Zeiten. Bankiers und Großindustrielle versprühen in ihnen ihren Scharfsinn, ihre Reaktionsfähigkeit, Schlagfertigkeit und Diplomatie. Humoristische Schlaglichter, die auch die Gegenwart erhellen können.

Rolf Breitenstein: Märchen für Manager, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1983, 164 S., 24,80 Mark.

Märchen versetzen Kinder und Erwachsene in eine andere Welt, lassen den Alltagskummer vergessen und können eine wirkliche Lebenshilfe sein. Märchen haben einen tieferen Sinn. Sie setzen Symbole und kennzeichnen menschliches und soziales Verhalten. Rolf Breitensstein, der jahrelang die Reden des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ausfeilte, entdeckte alte und neue Märchen für Manager neu, erzählt diese in Kurzform nach und transformiert sie anschließend in die heutige Zeit.

Fritz Neske: Gabler-Lexikon Werbung, Gabler Verlag, Wiesbaden 1983, 410 S., 98 Mark. Das Lexikon versteht sich als ein Arbeitsmittel für den Praktiker. Es soll eine rasche Klärung von Begriffen aus der Werbewirtschaft ermöglichen, aus einem Metier, das von der Psychologie bis zur Drucktechnik eine große Anzahl verschiedener Wissensgebiete umfaßt. Schwergewicht liegt bei der Planung, Gestaltung und der Durchführung der Werbung. Ausführlich werden auch die Techniken des Direkt-Marketing behandelt. Insgesamt gibt das Nachschlagewerk über 3000mal Antwort auf nahezu alle in der täglichen Werbepraxis auftauchenden Fragen.

Günter H. Roth: Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG), Kommentar, C. H. Beck Verlag, München 1983, 605 S. (Ln.), 58 Mark.

Konzeption und Zielsetzung des Kommentars zum GmbHG sind in erster Linie auf die Bedürfnisse der juristischen Praxis zugeschnitten. In aller Kürze und Präzision gibt er eine umfassende und zuverlässige systematisch geordnete Darstellung des geltenden Rechts. Die zum 1. Januar 1981 in Kraft getretene GmbH-Novelle aus 1980 ist in der Kommentierung weitestgehend berücksichtigt und die seitdem ergangene Judikatur sowie das erschienene Schrifttum ausgiebig diskutiert. Über den Preis wird der Kurzkommentar auch bei Studenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und bei juristischen Laien Freunde finden. (jwh.)

IEA / Ausgaben für Forschung und Entwicklung sinken

Mehr Geld für Kernenergie

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die staatlichen Aufwendungen der zur Internationalen Energie-Agentur (IEA) gehörenden 21 westlichen Industriestaaten für die Forschung, Entwicklung und Demonstration im Energiebereich sind 1982 um 9 Prozent auf 7,17 (7,87) Milliarden Dollar zurückgegangen. Bereits im Vorjahr hatten sie sich in diesem Umfang vermindert, nachdem sie bis dahin seit dem ersten Erdölschock von 1973/74 kontinuierlich gestiegen waren.

Diese negative Gesamtentwicklung ist aber ausschließlich der Kürzung der amerikanischen Ausgaben auf 2,65 (3,3) Milliarden Dollar zuzuschreiben, stellt die IEA in ihrem Jahresbericht fest. Für das laufende Jahr würden die US-Aufwendungen noch weiter schrumpfen. Ermutigender *seien dagegen die Anstrengungen* im Kernenergiebereich. Hier nahm der staatliche Forschungsaufwand aller Mitgliedstaaten 1982 um 6 Prozent auf 4,62 (4,35) Milliarden Dollar zu, dabei auf 2,26 (2,15) Milliarden im konventionellen Sektor und auf 2,36 (2,2) Milliarden Dollar im Bereich der fortgeschrittenen Technologien (Schnelle Brüter usw.). Der Anteil der Nuklearforschung an den gesamten Forschungsausgaben erhöhte sich demzufolge auf 64 (55) Prozent).

Besonders stark ausgeweitet haben die Bundesrepublik Deutschland, Kanada, die USA, Japan, Italien und Großbritannien ihre Nuklearforschung. Diese Länder stellten im konventionellen Bereich 96 Prozent aller von der IEA aufgewendeten Mittel. In dem Bericht wird betont, daß sich die Mitgliedstaaten insoweit nicht von der Entspannung des Weltölmarktes hätten einschläfern lassen.

Ganz anders aber sieht es bei der Kohle aus. Hier schrumpfte der Forschungsaufwand auf 0,87 (1,21) Milliarden Dollar und erreichte damit nur noch 12,1 (15,4) Prozent der gesamten Ausgaben. Diese Entwicklung entspricht nach Auffassung der IEA keineswegs der Rolle der Kohle, die in zunehmendem Maße an der Deckung des Energieverbrauches beteiligt sein werde. Die staatlichen Forschungsausgaben für den übrigen Energiebereich blieben 1982 praktisch unverändert. Dies wird in dem Bericht auch unter Hinweis darauf bedauert, daß das Mineralöl zum Beginn des 21. Jahrhunderts seine Bedeutung als erstrangige Energiequelle verloren haben werde.

Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt und zum Energieverbrauch hat die Bundesrepublik (wie auch Italien) bei weitem am meisten für die staatliche Energieforschung und -entwicklung ausgegeben. Der deutsche Aufwand erhöhte sich 1982 um 33,1 Prozent auf 1,22 Milliarden Dollar.

Eagle Star nicht vor Monopolkommission

SAD, London

Ein Entschluß der britischen Regierung hat das entscheidende Hindernis für eine offene Feldschlacht zwischen der Münchner Allianz Versicherung und dem weltgrößten Tabakkonzern British American Tobacco (BAT) aus dem Wege geräumt. Handels- und Industrieminister Norman Tebbit teilte am Wochenende mit, daß nach Auffassung Londons weder das Allianzangebot noch die rivalisierende BAT-Offerte für die Übernahme des Versicherungsriesen Eagle Star dem nationalen Interesse widersprechen. Damit ist klar, daß die Entscheidung in der bisher größten Übernahmeaktion der britischen Wirtschaftsgeschichte ohne Einschaltung der Monopolkommission fallen wird.

Die Allianz (die an der Eagle Star bereits mit 29,9 Prozent beteiligt ist) hatte 500 Pence pro Aktie für die restlichen Anteile geboten – eine Offerte, die vom Vorstandsvorsitzenden Sir Denis Mountain umgehend voller Empörung als „lächerlich" bezeichnet wurde. Das knapp zwei Wochen später erfolgte Gegenangebot der BAT: 575 Pence pro Aktie. Die Entscheidung der britischen Regierung ließ die Eagle-Star-Kurse am Londoner Aktienmarkt erneut steigen. Unmittelbar nach der Verkündung kletterte der Preis um 27 Punkte auf 639 Pence.

In einer ersten Reaktion verlautet von der Allianz, daß sie frühestens Mitte der Woche offenlegen wird, wie sie zu reagieren gedenkt.

Knürr: Unzufrieden mit dem Ertrag

sz. München

Schwieriger als erwartet fällt es der Knürr Mechanik für die Elektronik AG, München, offenbar, das Ergebnis im Gleichschritt mit der Geschäftsentwicklung zu halten. Wie es in einem Aktionärsbrief über die ersten neun Monate 1983 heißt, hat sich der Ertrag nicht dem Umsatzzuwachs entsprechend entwickelt, da die Rationalisierungsbemühungen mit größeren Schwierigkeiten verbunden waren als gedacht.

Bereits für 1982 konnte das Unternehmen mit 308 Mitarbeitern nur einen unveränderten Bilanzgewinn von 0,72 Mill. DM ausweisen – bei einer Umsatzsteigerung von 9,3 Prozent auf 44,4 Mill. DM. Beim Vorlegen des Geschäftsberichts vom vergangenen Jahr hatte Knürr die Dividendenkontinuität (10 Prozent für Stamm- und 12 Prozent für Vorzugsaktien) noch damit begründet, daß dies leicht gefallen sei, weil für 1983 ein verbessertes Betriebsergebnis erwartet werden könne. Im Rahmen der Planung liegen dagegen Auftragseingang und Umsatz in den ersten drei Quartalen 1983, wie es heißt. Mit 37,6 Mill. DM konnten gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit 16,1 Prozent mehr Aufträge hereingeholt werden; der Umsatz erhöhte sich um 10,1 Prozent auf 35,8 Mill. DM. Recht erfreulich sei der Markterfolg des industriellen Raumausstattungsprogramms, das bereits 15 Prozent zum Gesamtumsatz beisteuere.

FRANKREICH / Neues Gesetz zur Fusionskontrolle

Wettbewerb gegen Inflation

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wirtschafts- und Finanzminister Delors will im Kampf gegen die Inflation jetzt auch auf konkurrenzfördernde Maßnahmen zurückgreifen. Zu diesem Zweck sollen das Wettbewerbsrecht verstärkt und die Kompetenzen der mit dem Bundeskartellamt vergleichbaren „Konkurrenzkommission" erweitert werden. Die grundsätzlichen Orientierungen dazu wurden jetzt vom Ministerrat gebilligt.

Gegenwärtig sind in Frankreich alle Unternehmenskonzentrationen verboten, die in den betreffenden Sparten zu Marktanteilen von mehr als 40 Prozent führen. Diese Grenze wird in noch nicht genau festgelegter Weise gesenkt. Darüber hinaus ist vorgesehen, Höchstgrenzen beim Umsatz festzulegen, oberhalb derer ein Zusammenschluß untersagt wird. Schließlich bedarf künftig jedes „bedeutende" Konzentrationsprojekt der behördlichen Zustimmung.

Die bisher nur für die Produzenten geltenden Kartellbestimmmungen werden mit Einschränkungen auf den Handel ausgedehnt, mit dem speziellen Ziel, „die Hemmnisse zu beseitigen, die der Entwicklung moderner Distributionsmethoden im Wege stehen". Das Verteilungssystem würde dadurch entstaubt werden, heißt es im Wirtschaftsministerium. Auch will die Regierung die Beziehungen zwischen der Industrie und dem Handel fördern.

Die Konkurrenzkommission selbst wird aufgewertet und ausgeweitet. Sie soll jetzt auch den Verbraucherverbänden zugänglich gemacht werden, die den größten Teil der 14 neuen Mitglieder stellen. Das ist das erste Mal, daß die sozialistische Regierung auf diesem Sektor aktiv wird. Allerdings bedarf die Reform noch weitgehend der parlamentarischen Genehmigung.

LECH-E-WERKE / Betriebsgewinn deutlich gesunken

Mehrabsatz mit Großkunden

VWD, Augsburg

Die Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg, hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) einen um 25 Prozent gesunkenen Betriebsgewinn erzielt, den Vorstandsmitglied Dr. Hans Armbrust bei Vorlage des Abschlusses allerdings nicht beziffern wollte. Die Tatsache, daß der Jahresüberschuß nicht noch stärker *als auf 19,6* (22,5) Mill. DM fiel, sei nur außerordentlichen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Zinseinnahmen zu verdanken. Bei einer um 4,6 Prozent auf 6,86 (6,56) Mrd. kWh erhöhten Stromabgabe stieg der Umsatz auf 912 (848) Mill. DM, die Gesamtleistung auf 922 (858) Mill. DM. Dem stand ein überproportional erhöhter Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Primärstrombezüge) von 631 (568) Mill. DM gegenüber. Der Rohertrag stagnierte bei 291 Mill. DM. Sein Anteil an der Gesamtleistung ging aber auf 31,6 (33,9) Prozent zurück.

Der Vorstand widersprach Vermutungen, wonach zu teure Strombezüge von der Muttergesellschaft RWE für das gesunkene laufende Ergebnis verantwortlich sein könnten. Der Bezugspreis sei an eine zeitnahe Kostengleitklausel gekoppelt. In dem Zeitraum von der vorletzten (1. Januar 1982) bis zur letzten (1. Juni 1983) Preiserhöhung der Lech-E-Werke sei der Abgabepreis des RWE in fünf Schritten um gut einen Pfg/kWh gestiegen. Die Verzögerung des Baus des Kernkraftwerks Pfaffenhofen in Anpassung an die Entwicklung des Strombedarfs im RWE-Konzern schiebt allerdings nach den Worten von Vorstandsmitglied Franz Karl Drobek die Versorgung der Lech-E-Werke mit kostengünstigem Grundlaststrom hinaus.

Mindestens bis Herbst 1984 will das Unternehmen den Strompreis stabil halten. In den ersten 130 Tagen des laufenden Jahres hat die Stromabgabe um 5,7 Prozent zugenommen. Aufgrund neuer Großkunden und einer Zunahme der Speicherheizungen erwartet Drobek mindestens das gleiche Wachstum wie im Vorjahr. Höherer Absatz soll die Kostensteigerungen teilweise auffangen. Der Hauptversammlung am 7. Dezember werden 15 Prozent Dividende und eine „eigentlich unzureichende" Dotierung der Rücklagen mit 3 (7,5) Mill. DM vorgeschlagen.

WÄRMERECHT / Energieforum der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln

Industrie erwartet harten Wettbewerb

HANS BAUMANN, Köln

Für den industriellen Wärmemarkt rechnen die Energieanbieter in den nächsten Jahren mit einem harten Wettbewerb. Dies ist sowohl die Meinung des Vorstandsvorsitzenden der Ruhrgas AG, Klaus Liesen, als auch des Vorstandsmitglieds der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE), Günter Klätte. Beide sprachen auf einem Energieforum der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln AG, deren Vorstandsvorsitzender Hansgeorg Winter sich dieser Prognose anschloß.

Klätte erwartet scharfen Wettbewerb selbst unter der Voraussetzung, daß das reale Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik in der Größenordnung von zwei Prozent liegt, weil der Prozeß der Umstrukturierung der Wirtschaft weitergehe und der rationale Einsatz der Energie fortgesetzt werde.

Dieser harte Wettbewerb werde in erster Linie in Regionen auftreten, in denen bereits mehrere leitungsgebundene Energieversorgungssysteme vorhanden seien. Die Energiewirtschaft muß nach Klätte jedoch darauf achten, daß aus dem Substitutionswettbewerb kein Subventionswettbewerb werde, womit er auf die Förderung der öffentlichen Hand für die Fernwärme anspielte.

Klätte stellte zwar fest, daß es schwierig sei, internationale Energiepreisvergleiche anzustellen. Dennoch müsse man sehen, daß das Energiepreisniveau in der Bundesrepublik gegenüber anderen Industrieländern, wie etwa USA und Kanada relativ hoch sei. Dabei mache auch der Strompreis keine Ausnahme. Nach vorliegenden Analysen sei beispielsweise der Strompreis in Frankreich für die stromintensive Produktion um 25 Prozent niedriger. In seinem Vortrag teilte Klätte mit, daß die Großfeuerungsanlagen-Verordnung je nach örtlichen Gegebenheiten die Stromerzeugungskosten in den Stein- und Braunkohlenkraftwerken weiter um 1,5 bis 2,5 Pfennig je Kilowattstunde steigen lassen werde.

Er wies auch darauf hin, daß es unzulässig sei, etwa billigen Kernenergiestrom aus Frankreich zu beziehen, da sich ein solcher Abnehmer Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Unternehmen verschaffe, die nicht solchen Billigstrom beziehen könnten. „Es ist nicht einzusehen", sagt Klätte, „daß nur ein Teil der Kunden die Lasten aus der Verstromung der teuren deutschen Steinkohle tragen soll."

Auch sein Ausblick spendete wenig Hoffnung für die Stromverbraucher. Mittelfristig werde sich an der gegebenen Strompreissituation nur wenig ändern. Nur rationellere Nutzung und Verzicht auf Leistungsbereitstellung könnten die Kosten reduzieren. Diesem Weg gebühre Vorrang vor einer Dauersubventionierung.

Die Frage, ob Erdgas auf Dauer für Industrie und Haushalte eine attraktive Energie bleiben wird, beantwortete Klaus Liesen mit einem klaren Ja. Der Rückgang des Erdgasabsatzes betreffe ausschließlich die Kraftwerke. Die Entwicklung in den übrigen Abnahmebereichen sei nach wie vor positiv. Auch wenn der Erdgasverbrauch absolut zurückgegangen sei, so werde eine Korrektur der disponierten Importmengen nicht erforderlich. „Es ist nicht zu erkennen, daß die Bezugsverpflichtungen der Gasunternehmen das zu erwartende Erdgasabsatzniveau überschreiten werden", sagte Liesen.

RENTENMARKT / Anleihe-Volumen reichlich hoch

Zum Wochenende unsicher

Der Rentenmarkt, der infolge einer Versteifung des Geldmarktes im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der SMH-Bank unter Druck geraten war, hat sich inzwischen wieder erholt. Dazu hat *nicht nur* die Liquiditätshilfe der Bundesbank beigetragen, psychologische Unterstützung kam in der zweiten Wochenhälfte auch vom Zinsrückgang in den USA. Dennoch herrscht am Wochenende etwas Unsicherheit. Einmal wurde das 1,8-Milliarden-Volumen neuer ausländischer D-Mark-Anleihen, das der Kapitalmarktausschuß abgesegnet hatte, als reichlich hoch empfunden, zum andern schwirrten am Freitagnachmittag viele Gerüchte durch die Börsenlandschaft, die sich ungünstig auf den Kurs der D-Mark auswirkten und auch am Rentenmarkt Zurückhaltung nahelegten. (cd.)

Emissionen	11. 11. 83	04. 11. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,68	7,71	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,74	7,70	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,86	7,87	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,08	8,08	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,85	7,81	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,60	7,57	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,27	8,25	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,85	7,82	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,10	8,11	8,45	10,32	8,32

ZWEITE LIGA

Aachen in Kassel gestoppt

dpa, Bonn

Der KSV Hessen Kassel hält weiter Anschluß an die Spitzengruppe der zweiten Fußball-Bundesliga – Alemannia Aachen, die Überraschungsmannschaft der letzten Wochen, verlor nach zehn Spielen ohne Niederlage den Anschluß an das Spitzenduo Karlsruher SC und Schalke 04. Eine Woche nach dem 0:2 bei der SG Wattenscheid 09 benötigten die Kasseler allerdings das Glück des Tüchtigen, um sich gegen die stärkste Abwehr der zweiten Liga mit den Treffern von Traser (10.) und Bönisch (83.) vor 8500 *Zuschauern im Kasseler Aue-*Stadion zu behaupten.

Spielerisch konnte die Spitzenbegegnung nur phasenweise überzeugen, kämpferisch jedoch schenkten sich beide Mannschaften nichts. Schiedsrichter Bruch (Bismischheim) zeigte allein fünfmal die gelbe Karte. Bis zur Halbzeit zeigte sich, daß nach dem 12. Saisontreffer von Traser die Aachener die stärkere Mannschaft hatten. Vor allem die Außenstürmer Wolf und Olck waren weitaus *gefährlicher als der gesamte* Kasseler Angriff. Bevor Bönisch nach einem Konter der alles entscheidende Treffer gelang, mußte Kassels Mittelfeldspieler Eplinius sowie der ausgezeichnete Torhüter Wulf zweimal auf der Linie retten. Lediglich Vorstopper Wielandt überzeugte bei den Gastgebern, während Franken bei Aachen einen guten Eindruck hinterließ.

Bei den Stuttgarter Kickers ist endlich der Knoten geplatzt: Mit einem *5:0 (2:0)-Sieg* über den SV Darmstadt 98 feierte das Kellerkind einen überzeugenden Heimsieg und die 3000 Zuschauer waren zum erstenmal in dieser Saison von ihrer Mannschaft restlos überzeugt. Den dritten Saisonsieg leitete Klinsmann mit einem zehnten Saisontreffer in der 32. Minute ein, als er einen an Beck verursachten Foulelfmeter zum Führungstor verwandelte. Mit einem Flugkopfball von Hobday zum 2:0 waren die Weichen schon in der ersten Halbzeit auf Sieg gestellt.

DIE ERGEBNISSE

Ulm – Karlsruhe	2:2	(1:2)
Kassel – Aachen	2:0	(1:0)
Stuttgart – Darmstadt	5:0	(2:0)
Oberhausen – Essen	2:2	(1:0)
Hertha – Hannover	3:1	(1:1)
Osnabrück – Duisburg	*2:3*	*(1:1)*
Lüttringh. – SCC Berlin	2:0	(1:0)
Solingen – Freiburg	5:0	(3:0)
Schalke – Wattenscheid	5:2	(0:2
Saarbrücken – Köln	1:2	(0:1)

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	16	10	4	2	40:19	24:8
2. Schalke	16	10	4	2	39:18	24:8
3. Aachen	16	8	6	2	21:12	22:10
4. Kassel	16	9	3	4	34:17	21:11
5. Solingen	16	8	5	3	29:18	21:11
6. Duisburg	16	8	4	4	29:16	20:12
7. Köln	16	7	5	4	33:28	19:13
8. Freiburg	16	6	6	4	19:26	18:14
9. Hertha BSC	16	5	6	5	31:25	16:16
10. Darmstadt	16	6	4	6	23:35	16:16
11. Essen	16	5	4	7	27:26	14:18
12. Ulm	16	4	6	6	29:31	14:18
13. Wattensch.	16	4	5	7	20:28	13:19
14. Saarbr.	16	5	3	8	23:33	13:19
15. Hannover	16	3	6	7	21:32	12:20
16. Lüttringh.	16	4	3	9	14:26	11:21
17. Osnabrück	16	4	3	9	15:29	11:21
18. SCC Berlin	*16*	*5*	*1*	*10*	*15:29*	*11:21*
19. Stuttgart	16	3	4	9	22:29	10:22
19. Oberhausen	16	3	4	9	17:28	10:22

VORSCHAU

Freitag, 25. November, 19.30 Uhr: Wattenscheid – Ulm; **Samstag, 26. November, 14.30 Uhr:** Stuttgart – Lüttringhausen, SCC Berlin – Oberhausen; 15.30 Uhr: Hannover – Darmstadt, Essen – Saarbrücken, Aachen – Schalke, Karlsruhe – Solingen; **Sonntag, 27. November, 14.30 Uhr:** Freiburg – Osnabrück; 15.00 Uhr: Duisburg – Hertha BSC, Köln – Kassel.

GYMNASTIK / Bulgarin Diliana Gueorguiwa Weltmeisterin – Regina Weber trotz Bänderriß beste westeuropäische Turnerin

Traumnote zehn für ein Mädchen aus der Provinz

RAINER BENECKE, Straßburg

Die Gymnastik-Weltmeisterschaft war am Samstag in Straßburg erst um 23.12 Uhr endgültig entschieden, die Meisterin aber stand schon um 18.11 Uhr fest. Das war die große Stunde der Bulgarin Diliana Gueorguiwa, die zuvor nur wenigen Experten bekannt war. Die 18jährige, vor drei Jahren von Talentsuchern aus der Provinz in die Sportschule von Sofia gelockt, war die einzige im Feld der 92 Starterinnen ohne Fehl und Tadel. Mit 39,65 Punkten rangierte sie schließlich um fünf Hundertstel Punkte vor ihren Landsmänninnen Anelia Ralenkowa (Titelverteidigerin) und Lilia Ignatowa sowie der Sowjetrussin Galina Beloglazowa (*alle 39,60*).

Der Moskauer Weltverband-Präsident Juri Titow versuchte zwar, die Note für Galinas Keulen-Übung erhöhen zu lassen, um damit der UdSSR zur Weltmeisterschaft zu verhelfen, aber Madama Jeanine Rinaldi (Frankreich) als Präsidentin des Technischen Komitees ließ sich auf keine Diskussionen ein. Es blieb bei 9,80, weil die Sowjetrussin einmal die Keulen erst im Nachfassen in die Hand bekam. So wurde zum fünften *Mal nach 1969, 1971 und 1973 (Maria* Gigowa) und 1981 (Anelia Ralenkowa) eine Bulgarin Weltmeisterin.

Wie ausgeglichen die neue Titelträ*gerin war, zeigen ihre Noten: 9,80 mit* dem Reifen, 9,90 mit dem Band, 9,95 mit dem Ball und 10,0 – die erste in der 20jährigen WM-Geschichte – mit den Keulen. „Ich kann das noch gar nicht richtig fassen", jubelte Diliana Gueorguiwa mit Blick auf die Mutter, die sie als Trainerin lange Jahre betreut und in die Geheimnisse der Gymnastik eingeweiht hat. Nach dem ersten Tag mit einem Zehntel Punkt Rückstand noch hinter Galina Beloglazowa und der dreifachen Europameisterin Dalia Kutkaite (UdSSR) an Platz drei rangierend, gewann Diliana Gueorguiwa das Fernduell gegen ihre schärfsten Kon*kurrentinnen, obwohl diese erst in* späteren Gruppen antreten durften.

Die Traumnote zehn wurde im Vierkampf noch zweimal vergeben: *Galina Beloglazowa und Lilia Ignato*wa, die 1981 schon Weltmeisterin mit Reifen und Seil gewesen war, spielten mit dem Ball so geschickt, daß den Kampfrichterinnen aus der CSSR, der „DDR", Jugoslawien und Nordkorea bei der Ausführungsnote keine andere Wahl als die Höchstnote blieb.

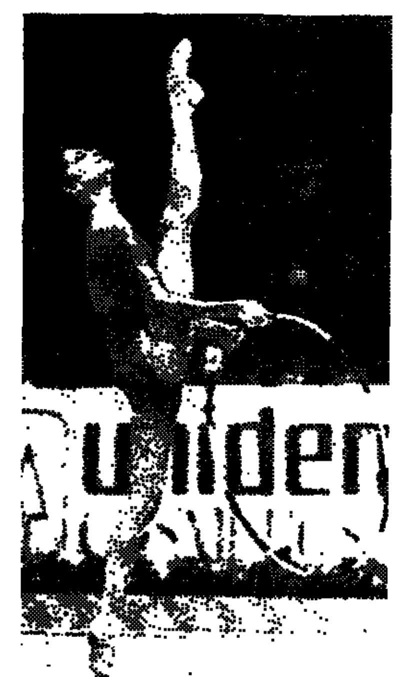
Der deutsche Traum von einem Spitzenplatz war schon am Freitag im ersten Teil des Mehrkampfes zerronnen. Die 18malige deutsche Meisterin Regina Weber konnte den Ball erst im Nachfassen (9,65) greifen und dann fielen auch noch die Keulen zweimal (9,30). Lediglich mit dem Band zeigte sie das, was sie auch im Training kann – nur hier erreichte sie wie 1981 das Finale. „Ein bißchen wenig", kommentierte die 20jährige Wattenscheiderin selbstkritisch, die nur mit Schmerzen ihre Übung absolvieren konnte. Anfang September hatte sie sich im Training einen Bänderriß *im linken Sprunggelenk zuge*zogen, über den Operationstermin wird in dieser Woche beraten.

Auch Livia Medilanski zeigte sich enttäuscht vom Abschneiden ihrer Primaballerina, obwohl sie beste Westeuropäerin war. „Regina hat sportlich große Fortschritte gemacht, aber ihr fehlt einfach die Wettkampferfahrung", erkannte die Bundes- und Heimtrainerin. Sie hatte mit dem fünften Platz geliebäugelt, und dann wurde es nur der achte, weil bei Band und Reifen die Höchstschwierigkeiten herausgenommen wurden: „Wir wollten auf Sicherheit gehen, um ins Finale zu kommen, aber es hat dann *letztlich doch nur einmal gereicht.*" Nach dem 14. Platz 1979 in London und dem zehnten 1981 in München bedeutete Rang 8 mit 38,50 zwar eine erneute Steigerung, doch damit war das gesteckte Ziel nicht erreicht. Glück für Regina Weber, daß ihr schon vorher wegen des siebten Platzes beim Weltcup in Belgrad das Olympia-Ticket sicher war. Platz 27 für die ehemalige Kunstturnerin Claudia Scharmann (Wattenscheid – 37,25) verschaffte dem Deutschen Turner-Bund einen weiteren Platz für Los Angeles, über den allerdings noch diskutiert werden muß, weil das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) immer Endkampfchancen als Kriterium anlegt.

Erfreulich hingegen die Leistungen der DTB-Gruppe. Die sechs von Bun*destrainerin Mariana Christiansen* betreuten Hamburgerinnen begeisterten das Publikum mit ihrer von einem Panflötenspieler untermalten Übung und erreichten als Sechste das WM-Finale.



Verletzt in den Wettkampf gegangen: Regina Weber, die trotz einiger Fehler beste westeuropäische Gymnastin wurde. Ihr fehlt noch immer etwas Wettkampfpraxis. FOTO: WEREK



Weltmeisterin und zum erstenmal in der Geschichte der Rhythmischen Sportgymnastik mit einer 10,0 belohnt: Diliana Gueorguiva.

Ästhetik als harte Arbeit

Gymnastik – dieses griechische Wort bedeutet „Lehre von den Leibesübungen". Seit 15 Jahren ist diese Lehre bei aller Schönheit harter Wettkampf, ab 1984 unter der Bezeichnung Rhythmische Sportgymnastik auch olympisch. Die jungen Damen, die möglichst nicht mehr als 45 kg wiegen und auf langen, schlanken Beinen durchs Leben gehen sollten, zeigen auf der 13 x 13 Meter großen Matte eine Mischung aus Ballett und Bodenturnen. Von ihnen wird „eine Synthese von Ästhetik und sportlicher Höchstleistung" verlangt, „ein ausgeprägtes Zeit- und Raumgefühl sowie rhythmisches und gestalterisches Können". Das ist sehr viel auf einmal. Kein Wunder, daß die Mädchen aus den osteuropäischen Nationen schon bis zu zehn Stunden am Tag trainieren. Was so spielerisch leicht aussieht – zum Beispiel auf unseren Fotos –, ist harte Arbeit. Allerdings nicht so gefährlich wie beim Kunstturnen.



Zeigt her eure Füßchen – Verwirrendes Spiel mit Beinen und Reifen bei der sowjetischen Gymnastik-Gruppe. FOTOS: BAADER

HANDBALL

Gummersbach ohne große Probleme

sid/dpa, Madrid

Der VfL Gummersbach scheint das Viertelfinale *im Handball-Europapo*kal schon erreicht zu haben. Mit der besten Leistung dieser Saison triumphierte der amtierende deutsche Meister im Achtelfinal-Hinspiel beim spanischen Meister Atletico Madrid. Nach dem 16:11-Sieg scheint das Rückspiel am Sonntag in der Dortmunder Westfalenhalle nur noch eine Formsache zu sein.

Überragender Mann in einer Mannschaft ohne Schwächen war dabei Andreas Thiel. Der *Nationaltorwart* konnte erst nach 22 Minuten, als Gummersbach bereits mit 5:0 klar in Führung lag, zum erstenmal überwunden werden. Im Gegensatz zu den enttäuschenden Leistungen in der Bundesliga bot der VfL Gummersbach in Madrid eine Leistung von internationaler Klasse. Mit konzentriertem Abwehrverhalten, gekonntem Konterspiel und erstaunlicher Disziplin setzte Gummersbach seine erfolgreiche Tradition im Europapokal fort. „Hoffentlich honorieren unsere Zuschauer, daß wir im Gegensatz zu den Fußballspielern auch auswärts auf Sieg gespielt haben", kommentierte Handball-Abteilungsleiter Eugen Haas die glänzende Vorstellung des VfL. Der klare Vorsprung hätte noch ausgebaut werden können, wenn nicht Fitzek und Neitzel je einen Siebenmeter verworfen hätten.

Mit vier Treffern war Kreisläufer Dirk Rauin erfolgreichster Werfer, während der zuletzt kritisierte Kapitän Heiner Brand in der Defensive souverän für Ordnung sorgte.

Ähnlich günstig ist die Ausgangs*position für die anderen deutschen* Vertreter in den europäischen Wettbewerben. Mit dem 33:16-Erfolg über den türkischen Pokalsieger ITUF Istanbul schuf sich der TV Großwallstadt eine glänzende Basis für das Rückspiel, und auch Vizemeister THW-Kiel kann nach dem 31:24-Sieg im finnischen Karis das Viertelfinale problemlos erreichen. Allein der VfL Sindelfingen scheint im Pokalsieger-Wettbewerb der Frauen auszuscheiden: Sindelfingen verlor das Heimspiel gegen Nissum Lemvig mit 16:19.

GEWICHTHEBEN / Sechs deutsche Rekorde

Bernd Ischt – Meister nach 2 Jahren Haft in der „DDR"

sid, Mutterstadt

Deutschlands Gewichtheber sind immer wieder für Überraschungen gut. Bei ihren 71. Meisterschaften in Mutterstadt gab es sechs deutsche Rekorde im Reißen, fünf neue Titelträger und mit Karl-Heinz Radschinskys zwei gewonnenen und zwei verlorenen deutschen Rekorden ein Novum in der nun neunzigjährigen Ge*schichte der Titelkämpfe.*

Radschinsky, der Weltmeisterschaftsfünfte von Moskau, stellte bei seiner sechsten deutschen Meisterschaft im Reißen des Mittelgewichts mit 151,0 und 152,5 kg zwei neue Rekorde auf und verlor in derselben Übung seine Bestleistungen (138,0 kg im Leicht- und 156,0 kg im Leicht-Schwergewicht) an Zbigniew Kaczmarek und Bernd Ischt (beide Wolfsburg) mit 138,5 und 157,5 kg. Für die sechs Rekorde sorgten neben Rad*schinsky, Kaczmarek und Ischt die* beiden Fliegengewichtler Puchalka und Zbigniew Gdaniec (Wolfsburg), die im Reißen die acht Jahre alte Marke des nun 39jährigen Frankfurter Studienrates Karl-Heinz Fechter (88,0 kg im Reißen) verbesserten: zuerst Puchalka mit 88,5.

Noch ein Wort zu dem Sieger im Leicht-Schwergewicht. Bernd Ischt, schon 33 Jahre alt, war 1975, 1977 und 1979 „DDR"-Meister in der Klasse bis 82,5 kg, obwohl er wegen politischer *Unzuverlässigkeit nur bei der unbe*deutenden Betriebssportgemeinschaft Wismut Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) trainieren und niemals im Ausland, selbst nicht im sozialistischen, starten durfte. Dem „DDR"-Kader gehörte er zu keiner Zeit an, wurde also auch nie unterstützt. Nach zweijähriger Haft nach einem mißglückten Fluchtversuch 1980 wurde er am 14. Oktober 1982 mit Frau und Tochter von der Bundesrepublik freigekauft und genau drei*zehn Monate später deutscher* Gewichthebermeister mit einer Weltklasseleistung im Reißen.

SPORT-NACHRICHTEN

Spitzenspiel verlegt

Göppingen (dpa) – Das Schlagerspiel der Handball-Bundesliga zwischen Frischauf Göppingen und dem VfL Gummersbach, das bereits so gut wie ausverkauft ist, wurde um vier Wochen verlegt. Wegen eines Lehrgangs der Junioren-Nationalmannschaft, an dem aus beiden Mannschaf*ten Spieler beteiligt sind, ist der neue* Termin für den 21. Dezember angesetzt.

Järryd spielt in Neuss

Neuss (sid) – Nach Eric Jelen verpflichtete der deutsche Tennis-Mannschaftsmeister Blau-Weiß Neuss für die nächste Saison auch den schwedischen Davis-Cup-Spieler Anders Järryd.

Frazier-Sohn nicht WM-reif

Las Vegas (sid) – Der Schwergewichtskampf zwischen dem ungeschlagenen Champion Larry Holmes und seinem Landsmann Marvis Frazier am 25. November in Las Vegas soll nicht als WM-Kampf anerkannt werden. Der Weltverband WBC hält den Sohn des ehemaligen Weltmeisters Joe Frazier nach nur zehn Kämpfen noch nicht für weltmeisterschaftreif.

Erfolgreiches Debüt

Mainz (dpa) – Margrit Klinger (TV Obersuhl), die Weltmeisterschafts-Vierte über 800 m, sorgte bei ihrem ersten Start in einem Cross-Lauf für einen neuen Rekord (7,06 Minuten) über 2000 m. Thomas Wessinghage gewann zum Auftakt der Cross-Saison die Langstrecke und Helmut Stenzl (Höchst) die Mittelstrecke.

Schäfer kandidiert

Köln (dpa) – Der Präsident des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), *Jürg Schäfer, wird für den Posten des* Präsidenten im Welt-Hockey-Verband kandidieren, der durch den Tod des bisherigen Präsidenten René Frank (Belgien) *vakant geworden ist.* Einziger Gegenkandidat ist der bisherige Generalsekretär Etienne Glichitch (Frankreich).

Pessoa gewann Großen Preis

Hannover (sid) – Der Brasilianer Nelson Pessoa gewann beim 21. Inter*nationalen Hallenreitturnier auf Judy* mit null Fehlerpunkten den Großen Preis von Hannover. In dem einmaligen Stechen der 15 Reiter belegten die *ebenfalls fehlerfreien* David Broome (Love Ressort) und Paul Schockemöhle (Deister) die weiteren Plätze.

Judo: Zweimal Bronze

Arnheim (sid) – Zwei Bronzemedaillen haben die deutschen Judoka bei den Junioren-Europameisterschaften in Arnheim gewonnen: Ralf Schmitt (Mannheim) wurde Dritter im Schwergewicht und Guido Schumacher (Remscheid) im Halbleichtgewicht.

Dietrich nach Südafrika

Speyer (sid) – Wilfried Dietrich, der populärste deutsche Ringer, ist überraschend nach Südafrika ausgewandert. Der als „Kran von Schifferstadt" bekanntgewordene, heute 50jährige ehemalige Olympiasieger, Welt- und Europameister, will in Johannesburg im Baugeschäft tätig werden.

Akten beschlagnahmt

Augsburg (sid) – Nach einem Konkursantrag gegen den FC Augsburg (Bayernliga) haben Staatsanwaltschaft und Polizei in einer überraschenden Aktion rund 70 Aktenordner des Fußballklubs beschlagnahmt. Es soll geprüft werden, ob der frühere Zweitligaverein in den letzten Jahren die Überweisung des Arbeitgeberanteils an der Sozialversicherung korrekt vorgenommen hat.

Einigung im Tennis

London *(dpa) – Der Gerichtsstreit* zwischen der Turnier-Organisation World Champion Tennis (WCT) und dem Welt-Tennis-Verband (ITF) ist *ohne Urteil* beendet. *Beide Parteien* einigten sich in einem Gespräch dahingehend, daß die WCT-Turniere 1985 wieder Bestandteil des gesamten Grand-Prix-Circuits sein werden. WTC hatte vor fast einem Jahr den ITF wegen Verletzung des amerikanischen Anti-Trust-Gesetzes verklagt.

ERGEBNISSE

Mannheim – Leverkusen	0:3 (0:2)
Braunschweig – Bielefeld	2:0 (1:0)
Offenbach – Stuttgart	1:2 (1:0)
Nürnberg – Frankfurt	0:0
München – Hamburg	1:0 (0:0)
Köln – Kaiserslautern	1:4 (0:2)
Mönchengladbach – Dortmund	2:1 (2:0)
Bochum – Uerdingen	2:2 (0:1)
Bremen – Düsseldorf	2:0 (1:0)

DIE SPIELE

München – Hamburg 1:0 (0:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger – Kraus, Lerby, Nachtweih, Pflügler – M. Rummenigge (66. Del'Haye), K.-H. Rummenigge. – **Hamburg:** Stein – Groh – Wehmeyer, Jakobs, Schröder – Hartwig, Rolff, Magath – Wuttke, Schatzschneider, von Heesen. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tor:** 1:0 K.-H. Rummenigge (80.). – **Zuschauer:** 77 839 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Augenthaler (4/1), Hartwig (4/1), Magath (2), Schröder.

Braunschweig – Bielefeld 2:0 (1:0)
Braunschweig: Josef – Hollmann – Geiger, Pahl, Kindermann – Lux, Studzizba, Tripbacher, Zavisic (59. Keute) – Bruns, Worm (75. Geyer). – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Schnier, Geils, Meier – Pagelsdorf (68. Ozaki), Butz, Pohl – Rautiainen (46. Kühlhorn), Grillemeier, Westerwinter. – **Schiedsrichter:** Corell (Heilbronn). – **Zuschauer:** 11 600. – **Tore:** 1:0 Hollmann (6., Foulelfmeter), 2:0 Zavisic (58.). – **Gelbe Karten:** Tripbacher (3), Wohlers (4), Geils (2), Kühlhorn.

Bochum – Uerdingen 2:2 (0:1)
Bochum: Zumdick – Knüwe (62. Pater) – Woelk, Gothe (40. Gerland), Zugcic – Bönighausen, Lameck, Oswald, Schulz – Kuntz, Schreier. – **Uerdingen:** Vollack – Klinger – Buttgereit, van de Loo – Herget, Jusufi, Raschid, Thomas, Funkel – Sackewitz (62. Feilzer), Loontiens. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Funkel (38.), 1:1 Schreier (67.), 2:1 Schulz (80.), 2:2 Herget (84). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Woelk (4/3), Kuntz, van de Loo (4), Klinger.

Bremen – Düsseldorf 2:0 (1:0)
Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber, Otten – Sidka, Okudera, Möhlmann (46. Siegmann) – Reinders, Neubarth, Meier. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Bockenfeld, Theis, Kuczinski – Ormslev, Bommer (71. von Diericke), Dusend, Weikl – Wenzel, Thiele. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Pezzey (32.), 2:0 Neubarth (55.). – **Zuschauer:** 26 300. – **Gelbe Karten:** Schaaf (2), Siegmann, Theis (2).

Köln – K'lautern 1:4 (0:2)
Köln: Schumacher – Strack – Steiner, Gielchen – Hönerbach, Hartmann, Haas, Engels (58. Willmer) – Littbarski, Fischer, K. Allofs. – **K'lautern:** Hellström – Dusek – Wolf, Briegel, Brehme – Melzer, Eilenfeldt, Geye, T. Allofs – Nilsson, Hübner (43. Brummer). – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 0:1 Nilsson (8.), 0:2 Hübner (40.), 1:2 Strack (69.), 1:3 Nilsson (83.), 1:4 Brummer (88.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** T. Allofs, Brehme.

Mannheim – Leverkusen 0:3 (0:2)
Mannheim: Zimmermann – Sebert – Knapp, Schlindwein – Quaisser (46. Bührer), Hein, Dickgießer, Scholz, Schön – Makan (62. Olaidotter), Walter. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Winklhofer, Hörster (86. Geschlecht), Saborowski, Bittdorf, Wojtowicz – Waas, Tscha (75. Vöge). – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 0:1 Bittorf (27.), 0:2 Waas (45., Foulelfmeter), 0:3 Tscha (72.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Schlindwein (4), Zimmermann, Olaidotter (2), Knapp (3), Gelsdorf (4), Hörster (3).

M'gladbach – Dortmund 2:1 (2:0)
M'gladbach: Sude – Bruns – Ringels, Borowka – Krauss, Herlovsen, Matthäus, Rahn (32. Hochstätter), Schäfer – Mill (50. Criens), Lienen. – **Dortmund:** Immel – Rüßmann – Storck, Koch – Tenhagen, Bittcher, Zorc, Semlits, Keser – Eggeling (46. Reich), Dreßel. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Mill (5.), 2:0 Hochstätter (33.), 2:1 Zorc (69., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 28 000. – **Gelbe Karten:** Borowka, Keser (4).

Offenbach – Stuttgart 1:2 (1:0)
Offenbach: Herr – Trapp, Demuth, Kutzop – Paulus, Michelberger, Riedl (82. Sandner), Rein, Franusch (82. Höfer) – Hofeditz, Krause. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – K.-H. Förster, B. Förster – Niedermayer, Allgöwer, Kempe (46. Ohlicher), Buchwald, Sigurvinsson – Kelsch, Corneliusson (82. Reichert). – **Zuschauer:** 17 000. – **Tore:** 1:0 Trapp (38.), 1:1 Niedermayer (47.), 1:2 Sigurvinsson (80.). – **Gelbe Karten:** Riedl (4), K.-H. Förster (3).

Nürnberg – Frankfurt 0:0
Nürnberg: Kargus – Grahammer – Täuber, Reinhardt (46. Lieberwirth) – Lottermann, Eder, Burgsmüller (72. Geyer), Hintermaier, Heidenreich – Brunner, Heck. – **Frankfurt:** Pahl – Sziedat – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Kraaz, Sievers, Kroth, Mohr (74. Trieb) – Borchers, Svensson. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Gelbe Karten:** Eder, Hintermaier, Schreml (4/1).

VORSCHAU

Freitag, 25. November, 20.00 Uhr

Uerdingen – Mönchengladbach	(–:–)

Samstag, 26. November, 15.30 Uhr

Hamburg – Nürnberg	(3:0)
Frankfurt – Stuttgart	(3:0)
Düsseldorf – Braunschweig	(5:0)
Bielefeld – Mannheim	(–:–)
Leverkusen – Bochum	(1:0)
Dortmund – Köln	(2:0)
Kaiserslautern – München	(3:2)
Bremen – Offenbach	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Spitzenspiel in München als Spiegelbild der Bundesliga-Misere – Neuer Ausrutscher des 1. FC Köln

Spitzenspiel?
„Das war bestimmt nicht das Spitzenspiel, wie wir es in den vergangenen Jahren gesehen haben. Der HSV ist angeschlagen und bei uns macht sich der Substanzverlust bei jungen Spielern bemerkbar."
Karl-Heinz Rummenigge

Schlagerspiel?
„Ich wollte ein gutes Spiel. Wo, ist mir dabei egal. Am Sonntag gehe ich nun zum Spiel München 1860 gegen Unterhaching. 1860 gegen den HSV wäre mir lieber, aber das Spiel wird vielleicht genauso gut."
Petar Radenkovic

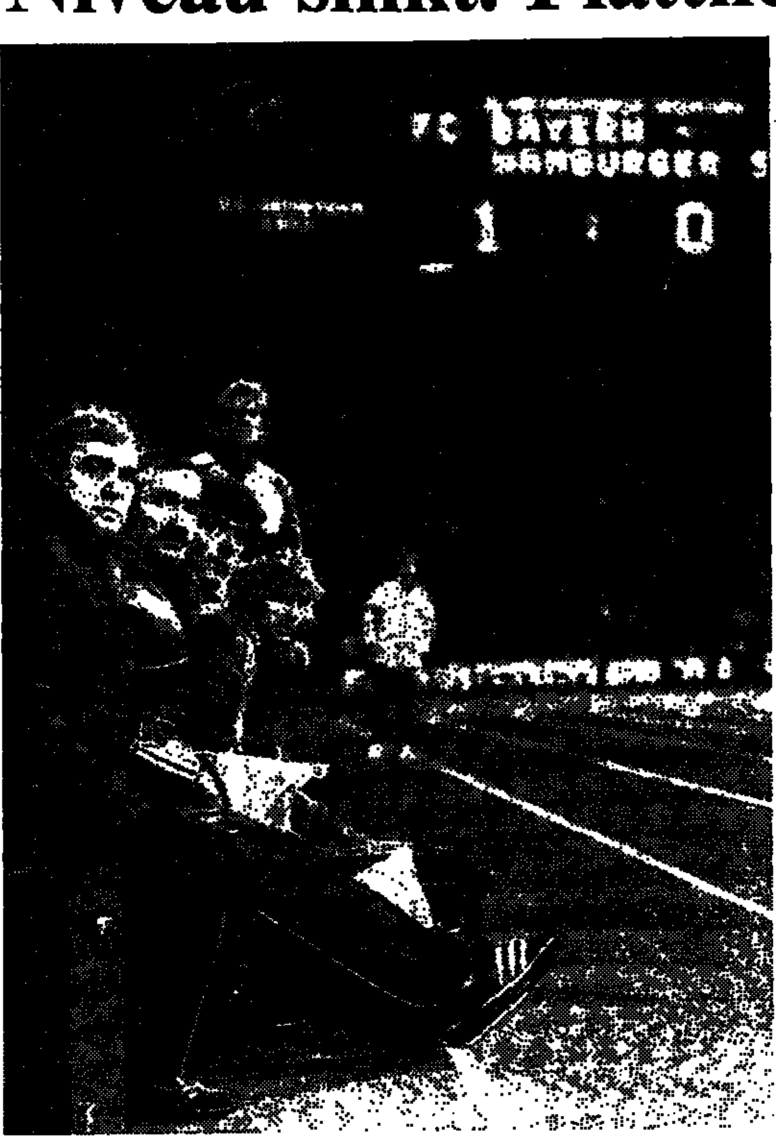
Stärkste Liga?
Ich habe es ja schon nach den Europapokalspielen gesagt: Die Bundesliga ist nicht mehr die stärkste Liga der Welt. Es gibt einfach in der Bundesliga keine absolute Spitzenmannschaft mehr.
Udo Lattek

Titelaspiranten?
Der Titel wird in den beiden Spielen gegen München nicht vergeben. Wir müssen auch mit dem VfB Stuttgart, Borussia Mönchengladbach, Werder Bremen und auch Fortuna Düsseldorf rechnen.
Ernst Happel

Offensiv-Fußball?
Gegen den HSV kann man nicht bedingungslos stürmen. Für uns war heute ein Sieg nötig, nur das zählt. Beide Mannschaften hätten doch in den ersten 45 Minuten ohne Torwart spielen können.
Udo Lattek

Begeisterung?
Zum Spiel fällt mir nichts Besonderes ein. Aber meine Frau ist gerade mit dem Hund spazieren gegangen. Das ist allerdings auch nicht viel aufregender als dieses Spiel im Olympiastadion.
Sepp Maier

Niveau sinkt: Plattheiten, leere Worte, falsche Anschuldigungen





Mit unbeweglicher Miene nahmen Ernst Happel, sein Assistent Rainer Ohlhauser und die Ersatzspieler (Foto links) die 1:0-Führung der Münchner hin. Gespannt schauten sie zu Jürgen Groh (Foto oben, im hellen Trikot), der dem Linienrichter an den Kragen wollte. Münchens Ersatztorwart Manfred Müller mußte ihn bremsen, während Torschütze Karl-Heinz Rummenigge seinem Trainer Udo Lattek um den Hals fällt, was Wolfgang Dremmler (Bildmitte) noch tun will. Groh war allerdings so fair, daß er sich beim Linienrichter später entschuldigte.
FOTO: RAUCHENSTEINER, WEREK

Von ULRICH DOST

Der Fahrstuhl ging nach unten, **Ernst Happel** (57) suchte irgendeinen fiktiven Punkt auf der gelben Wand, auf den seine leeren Augen starren konnten. Manager **Günter Netzer** (39) legte in diesem Moment ein wehleidiges Gesicht auf, so als habe ihm gerade jemand seine Rolle gestohlen. Dann schüttelte er die blonde Mähne: „Nee, nee, ich kenne doch alle meine Jungs. Das sind alles liebe Kerle. Und dann bekommen sie in den letzten Minuten eine gelbe Karte nach der anderen, das ist doch nicht normal."

Die Schuldigen hatte der Manager sehr schnell ausgemacht: Schiedsrichter **Werner Föckler** (38) und die beiden Linienrichter. Das sei doch alles ein Unding, daß man so ein Spiel durch ein klares Abseitstor 0:1 verlieren könne, meinte Netzer. Kurz zuvor hatte er in die Fernsehmikrophone gewettert: „Wie muß sich dieser Linienrichter jetzt zu Hause fühlen, wenn er sieht, daß er die Abseitsstellung nicht erkannt hat und mit dieser Fehlentscheidung das Spiel entschieden hat."

Wie mag sich Günter Netzer gestern wohl gefühlt haben, als auch ihm am Fernsehschirm klar werden mußte, daß tatsächlich keine Abseitsstellung von **Karl-Heinz Rummenigge** (28) bestand, als er den Ball bekam und zum 1:0 für die Bayern im Spitzenspiel gegen den HSV einschoß. Was mag jetzt **Jimmy Hartwig** (29) denken, der direkt nach dem Spiel sagte: „Jeder kann mir in die Schuhe scheißen, wenn das ein reguläres Tor war." Beim Wort nehmen wird ihn niemand, wahrscheinlich nicht.

Auch **Jürgen Groh** (27), der Spieler nämlich, der einen Schritt zu spät aus der Abwehr herausgekommen war, hatte den Linienrichter aufs übelste beschimpft. Groh ist jedoch ein solch fairer Sportsmann, daß er sich spontan im „Aktuellen Sportstudio" in aller Öffentlichkeit beim Linienrichter entschuldigte, nachdem er die Fernsehbilder gesehen hatte. Gegen den Fernsehbeweis kann sich auch Günter Netzer nicht sperren. Schade eigentlich, daß seine Kritik an den Schiedsrichtern („Das Spiel wird immer schneller und komplizierter, die Trainer lassen sich immer etwas Neues einfallen, aber die Schiedsrichter machen diese Entwicklung nicht mit") an diesem Tage in München nun wirklich nicht paßte. Wie man das Problem ändern könne, wurde Netzer gefragt, ob die Schiedsrichter nicht wollen oder nicht könnten. „Ich weiß es nicht", sagte der Hamburger Manager, „ich war noch nie bei einem Lehrgang dabei. Ich höre immer nur, wie gut sie seien." Vielleicht sollte er einmal hingehen ...

*

Wie gut er doch sei – gerade das wurde in den letzten Jahren auch immer über den deutschen Fußball gesagt. Wie schlecht er geworden ist – gerade das ließ sich am Samstag im Münchner Olympiastadion im Spitzenspiel zwischen Bayern München und dem Hamburger SV, die seit 1979 den deutschen Meister stellten, deutlich feststellen. Wenn Netzer schon den Vorschlag macht, die Schiedsrichter sollten einmal über sich selbst nachdenken, dann trifft das auf den deutschen Fußball derzeit allemal zu. Karl-Heinz Rummenigge will nicht von einer Krise reden, sondern „von einem vorübergehenden Tief, obwohl die Probleme noch nie so gravierend waren wie im Moment".

Aus diesem Tief kommen die deutschen Profis aber nur heraus, wenn sie ihre Einstellung zu ihrem Beruf überdenken. Kölns Torwart **Harald Schumacher** (29) macht es sich sicherlich zu leicht, wenn er glaubt, die Zuschauer wollten nur gute Leistungen sehen, andernfalls wären sie direkt neidisch auf das hohe Einkommen der Profis.

Was haben denn die 78 000 Zuschauer in München gesehen? Was in der Erinnerung bleibt, ist das Tor von Rummenigge und daß er vorher wie ein Anfänger ein ums andere mal in die Abseitsfalle lief. Was noch? Ach ja, die Spieler werden immer bessere Schauspieler. Nach jedem Zweikampf fällt einer um, als sei es mit ihm gerade zu Ende gegangen. Alles nur Theater. Wenn schon spielerische Klasse fehlt, dann soll wenigstens eine Show geboten werden – doch diese in München war mies. Selbst Günter Netzer ist auf „seine braven Jungs" hereingefallen. Doch das will niemand sehen. Ehrliche Arbeit ist gefragt, nicht aber Blendwerk. „Dieses Schlagerspiel hat das Niveau des deutschen Schlagers erreicht", hat der Fernseh-Kommentator **Eberhard Stanjek** (49) vom Bayrischen Rundfunk treffend kommentiert.

Hier werden Plattheiten und leere Worte als Anspruchsvolles verkauft. „Gladbach hat den HSV zu Hause auch 4:0 geschlagen", sagte Bayern-Trainer Udo Lattek (49) vor dem Spiel, „das können wir auch." Hinterher gab er zu: „Es tut mir leid, daß wir nicht besser spielen wollten und konnten." Ernst Happel verhielt sich ähnlich ungeschickt. Happel vorher: „Auf 0:0 kann man nur mit primitiven Teams spielen. Der HSV oder Bayern können das nicht, deshalb sehen wir eine attraktive Partie." Happel in der Pressekonferenz danach: „Wir hatten Ladehemmungen. Es war ein enttäuschendes Schlagerspiel." Und Felix Magath (30) meinte: „Wir hatten uns auf das 0:0 eingestellt." Der HSV ein primitives Team?

*

Udo Lattek war hinterher auch kleinlaut. „Was wäre, wenn wir heute verloren hätten?" fragte er. „Für uns zählen im Moment nur der Erfolg und die Punkte. Es tut mir leid für die Zuschauer." Die große Souveränität, mit der beide Teams in früheren Jahren in diese Spiele gingen, die jedesmal ein Spiegelbild deutscher Fußball-Herrlichkeit waren, ist auf der Strecke geblieben. Nur nicht verlieren, nur keinen Punkt abgeben – dieses Sicherheitsdenken war zu Zeiten eines **Paul Breitner** (31) oder **Horst Hrubesch** (30) undenkbar.

Warum auch, damals war man sich der eigenen Stärke bewußt. Ein Punktverlust konnte immer wieder wettgemacht werden. Heute tun sie so, als hinge davon die Meisterschaft ab. Offenbar haben sich die Bayern nicht zugetraut, bei einer Niederlage irdendwo auswärts die Ärmel hochzukrempeln, um verlorenen Boden gutzumachen. Heute wird gejubelt, daß das Tor von Karl-Heinz Rummenigge die Bundesliga offener gestaltet hätte, ein Alleingang des HSV gestoppt sei – die Bundesliga könne dankbar dafür sein.

Dem Zuschauer ist es egal: Er hat für viel Geld wenig gesehen. Und deshalb kommt er auch nicht mehr – und nicht etwa, weil er neidisch ist.

*

Er müsse mal kurz das Gespräch unterbrechen, meinte Karl-Heinz Rummenigge, der in einer Journalistenrunde stand. Der Bundestrainer wolle ihn sprechen, und den könne er schließlich nicht warten lassen. Also flüsterten sich die beiden minutenlang etwas ins Ohr – schließlich gab es genug Zuhörer, für deren Ohren der Wortwechsel nicht bestimmt war. „Ist noch etwas?" fragte Rummenigge, nachdem sich Jupp Derwall von ihm verabschiedet hatte. Wie's denn nun mit der Nationalmannschaft am Mittwoch gegen Nordirland sei, wurde Rummenigge gefragt, ob er denn dabeisein werde, ob er seine Schmerzen in den Muskeln nicht mehr spüren würde. Rummenigge: „Selbstverständlich bin ich in Hamburg dabei. Bei den Personalsorgen, die wir haben, kann ich nicht auch noch ausfallen. Wenn es sein muß, spiele ich auch am Sonntag gegen Albanien, obwohl ich dann am Mittwoch gegen Tottenham im Europapokal noch mal ran muß." Doch das hat er mit Jupp Derwall abgemacht: Springt gegen die Nordiren ein Sieg heraus, womit die Europameisterschafts-Qualifikation für das Endturnier im nächsten Jahr in Frankreich geschafft wäre, würden er und seine Kollegen **Klaus Augenthaler** (26) und **Wolfgang Dremmler** (29) in Saarbrücken am Sonntag (14.30 Uhr) nicht spielen. Rummenigge: „Das entscheiden wir aber nach dem Spiel in Hamburg."

Auf **Bernd Schuster** (24) vom FC Barcelona muß Jupp Derwall ohnehin verzichten. Mit seinem Muskelriß kann Schuster frühestens wieder im Januar 1984 spielen. Auf **Michael Rummenigge** (19) greift Derwall diesmal nicht zurück: „Er ist noch nicht einmal die Nummer 12 bei mir, höchstens die Nummer 20." Bayern-Manager **Uli Hoeneß** (38) und Trainer Udo Lattek hatten den Bundestrainer ohnehin gebeten, das Talent noch nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen.

Torjäger **Rudi Völler** (24) bleibt im Aufgebot, obwohl der Bremer am Freitag gegen Düsseldorf wegen einer Zerrung nicht spielen konnte. Völler will sich aber nun im Sporthotel Quickborn bei Hamburg von den Ärzten des DFB behandeln lassen. Möglich, daß er am Sonntag in Saarbrücken wieder dabei ist. Gegen Albanien nicht dabei ist **Uli Stielike** (28). Der Profi von Real Madrid wird zu diesem Zeitpunkt im Punktspiel seines Klubs auf Mallorca benötigt. Die Aufstellung für das Spiel in Hamburg will Derwall frühestens heute benennen. Das Aufgebot: Tor: Burdenski (Bremen), Schumacher (Köln). Abwehr: Augenthaler, Dremmler (beide München), Bernd und Karl-Heinz Förster (beide Stuttgart), Herget (Uerdingen), Otten (Bremen), Strack (Köln). Mittelfeld: Matthäus (Gladbach), Rolff (Hamburg), Meier (Bremen), Stielike (Madrid). Angriff: Littbarski (Köln), Rummenigge (München), Völler (Bremen), Waas (Leverkusen).

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Kaiserslauterns „Alaaf" zum Karnevalsanfang

MARCUS BERG, Köln

Im „Geißbock-Echo", der Stadion-Zeitung des 1. FC Köln, war es schon vor dem Anpfiff schwarz auf weiß nachzulesen, was der Präsident nach dem Anpfiff anprangerte. „Pfälzer sind auswärts harmlos", hieß es da. Peter Weiand nach der 1:4-Niederlage der Seinen gegen den 1. FC Kaiserslautern, gegen eben diese Pfälzer also, voller Zorn: „Ob bewußt oder unbewußt, wir haben den Gegner unterschätzt. Unsere Mannschaft hatte wohl schon vorher wie gegen Frankfurt 7:0 gewonnen." Recht hat er, die Zeile im Vereinsblatt fördert nur die Gedanken an leichte Arbeit und einen lockeren Erfolg.

Nun aber darf wieder einmal über einen Seitensprung der „Geißböcke" zur rechten Zeit gelacht werden. Pünktlich zur Eröffnung der Narrensaison am Elften im Elften tanzten die launischen Rheinländer gegen einen vermeintlich krassen Außenseiter (Nationalspieler Hans-Peter Briegel: „Nach Köln fahren wir immer nur, um die Punkte abzuliefern") aus der Reihe.

Dabei schien nach der Selbstbefreiung von der strengen Herrschaft des grimmigen Holländers Rinus Michels die Wende schon geschafft. Ein paar attraktive Vorstellungen, 7:1 Punkte aus den letzten Spielen, die Mannschaft war über ihren eigenen Schatten gesprungen. Doch gemach: Der Karneval läßt sich nicht aufhalten, dann wird's den Kölnern halt immer wieder zu wohl, die Konkurrenz kann Rückschläge fest einplanen.

Harald Schumacher, der Nationaltorwart, dessen kunterbunt geschminktes Clownsgesicht den gerade erschienenen neuen Kalender zugunsten der Deutschen Krebshilfe schmückt, widerspricht zwar vehement jedem Zusammenhang des närrischen Termins mit den Ausfällen, die zu dieser, für die Kölner fünften, Jahreszeit in schöner Regelmäßigkeit vorkommen. Doch so einfach ist das nicht als Zufall abzutun.

Beinahe hätte sich Schumacher selbst zum Clown gemacht. Voller Eifer, das Spiel im Rückstand doch noch herumzureißen, wagte er sich einmal bis an die Mittellinie, um dort einen Ball abzufangen. Dabei verschätzte er sich jedoch und mußte einen weiten Schuß des Lauterer Verteidigers Michael Wolf an sich vorbeisegeln sehen. Der Ball kullerte zum Glück des Torwarts bis kurz vors und nicht ins Tor.

Viermal „Alaaf" für Kaiserslautern. Dem Vorsitzenden Peter Weiand, der heute abend bei der Jahreshauptversammlung des 1. FC Köln Rechenschaft abgeben muß über ein Geschäftsjahr, das neben dem Pokalsieg auch viel Krach und Unheil sowie einen vergleichsweise leichten Verlust von 148 000 Mark brachte, war gar nicht zum Lachen und Feiern zumute. Wo nach sauberen Siegen häufig Kölsch oder Champus fließt, schlich sich an der Theke des schmucken Klubhauses „Zum Geißbock" Ärger ein. „Als normaler Zuschauer würde ich so schnell nicht wiederkommen", giftete der Präsident. Spott und Pfiffe von den Rängen hatten ihn tief getroffen.

Zur vertanen Chance, mit einem Erfolg den Anschluß zur Spitze zu halten, gesellte sich die Ratlosigkeit über das Desinteresse der Kölner Fans. Knapp 12 000 verloren sich diesmal im weiten Rund, 3000 weniger als eingeplant. Eine untersuchende Befragung in der Innenstadt soll demnächst helfen, die Gründe für die Zurückhaltung zutage zu fördern.

Grund zum zeitgemäßen Frohsinn hatten nur die zuletzt so böse durchgeschüttelten Gäste. „Mit diesem Einsatzwillen, wo jeder für jeden einsteht, habe ich mir unsere Mannschaft vorgestellt", strahlte der zurückhaltende Präsident Udo Sopp. Trainer Manfred Krafft hatte das Raumdeckungssystem seines Vorgängers Dietrich Weise, das auch Spielführer Briegel im Nachhinein für schlecht befand, wieder auf die Abwehrarbeit Mann gegen Mann zurückgenommen. Außerdem verbesserte er mit schweißtreibenden Übungen die Konditionen seiner Spieler.

Derart viel Raum auf dem Rasen wie in Köln dürften der zweifache Torschütze Torbjörn Nilsson, gegen den Paul Steiner überhaupt nicht zurecht kam, Hübner und Brummer, die die anderen Treffer erzielten, vor allem aber ein Rainer Geye in bester Spiellaune selten gehabt haben. „Von den Kölnern hatte ich aber einiges mehr erwartet", wunderte sich Briegel nicht schlecht über einen Gegner, dessen Trainer Hannes Löhr meinte, seine Leute hätten agiert wie ein Boxer im Ring, der nicht angreift.

Krafft warnte zugleich vor dem bösen Beispiel der überheblichen Kölner: „Der souveräne Sieg ist zwar gerade jetzt gut fürs Selbstvertrauen, aber uns bleibt noch viel Arbeit." Ihm hätte wohl der Scherz des eingewechselten Axel Brummer nicht gepaßt, der in der Kabine von den Mitspielern gefeiert wurde und mit todernstem Gesicht beteuerte: „Ich bin traurig, wir wollten doch zu Null spielen."

Bei den Kölnern dürfte man sich wieder einmal Gedanken um das flatterhafte Mittelfeld machen. Nachdem Stefan Engels, auf dessen Rückkehr nach der Operation alle Welt so sehnsüchtig gewartet hatte, frühzeitig vom Platz genommen wurde, fehlte der Zusammenhang. „Ein Mann wie unser Hannes Bongartz täte den Kölnern recht gut", meinte Hans-Peter Briegel. Aber der ist jetzt nicht mehr zu haben, denn die Lauterer setzen fürs erste noch auf die Erfahrung des 32jährigen, der diesmal wegen einer Verletzung fehlte.

Und so blieb denn nur noch das Fazit von Hannes Löhr, der die Kölner auch in der nächsten Saison als Trainer betreuen wird: „Was meine Mannschaft in der ersten Halbzeit gespielt hat, war völlig undiskutabel." Vielleicht ist hier der Ansatzpunkt dafür zu finden, warum so wenig Zuschauer kommen: Bei den Kölnern weiß keiner so recht, ob es sich lohnt, für sie Geld auszugeben. Und das nicht nur zur Karnevalszeit.

14. Spieltag: Stuttgart Tabellenführer, vier Klubs punktgleich

							Heim	Auswärts
1. Stuttgart	14	7	5	2	28:14	19:9	12:2	7:7
2. Gladbach	14	8	3	3	30:17	19:9	13:1	6:8
3. München	14	8	3	3	27:14	19:9	12:2	7:7
4. Hamburg	14	8	3	3	26:17	19:9	12:2	7:7
5. Bremen	14	7	4	3	22:13	18:10	13:1	5:9
6. Düsseldorf	14	7	3	4	33:20	17:11	11:3	6:8
7. Leverkusen	14	6	4	4	25:18	16:12	12:2	4:10
8. Uerdingen	14	6	3	5	29:28	15:13	9:5	6:8
9. Köln	14	6	2	6	29:23	14:14	10:4	4:10
10. Bochum	14	5	3	6	27:31	13:15	11:3	2:12
11. Bielefeld	14	5	3	6	17:21	13:15	9:5	4:10
12. Braunschweig	14	6	0	8	24:28	12:16	10:4	2:12
13. Mannheim	14	4	4	6	18:26	12:16	8:6	4:10
14. K'lautern	14	4	3	7	29:32	11:17	9:5	2:12
15. Nürnberg	14	4	1	9	19:31	9:19	9:5	0:14
16. Dortmund	14	3	3	8	18:33	9:19	7:7	2:12
17. Offenbach	14	4	1	9	19:39	9:19	9:5	0:14
18. Frankfurt	14	1	6	7	17:32	8:20	7:7	1:13

● Fünf Bundesligaspiele oder 450 Minuten wartet Dieter Schatzschneider vom Hamburger SV jetzt schon auf ein Tor. Acht hat er in den ersten neun Spielen erzielt – seitdem gelang ihm nichts mehr. Wegen der anhaltenden Erfolglosigkeit mußte er nun auch den Platz an der Spitze der Torschützen-Liste räumen. Herbert Waas (Leverkusen) und Karl-Heinz Rummenigge (München) setzten sich mit ihren Toren vom Wochenende ab und sind jetzt alleinige Spitzenreiter vor Schatzschneider, Littbarski (Köln), Burgsmüller (Nürnberg) und Friedhelm Funkel (Uerdingen) mit je acht Treffern.

● Zum 50. Mal war das Münchener Olympiastadion ausverkauft. Wegen des Top-Zuschlags zum Schlagerspiel gegen den HSV nahm der FC Bayern die Rekordsumme von 1,7 Mill. Mark ein. Die 78 000 Zuschauer in München machten rund ein Drittel der Gesamt-Besucherzahl am 14. Spieltag aus: 220 000 Fans wurden an den Kassen gezählt. Damit wurde beinahe der Rekord des ersten Spieltages dieser Saison erreicht, an dem 10 000 Menschen mehr registriert wurden. Obwohl bereits achtmal mehr als 200 000 Zuschauer kamen, liegt die Zahl der verkauften Karten unter der des Vorjahres.

● Ihren Torhunger scheinen die Spieler in den vergangenen Wochen hinreichend gestillt zu haben. Nach der Torflut an den beiden letzten Spieltagen ist vom 14. Spieltag nur der Minus-Rekord dieser Saison zu vermelden: Weniger als 23 Tore sind an einem Spieltag schon lange nicht mehr erzielt worden. ● Das erste Bundesligator des jungen Gladbachers Christian Hochstätter war gleichzeitig das 1300. Tor des Klubs in der höchsten Spielklasse. Häufiger trafen nur der FC Bayern (1398) und der 1. FC Köln (1368). ● Auf die erfolglosen Versuche seiner neuen Stürmer ist wohl die Misere beim Hamburger SV zurückzuführen. Nach der Niederlage in München beklagt der Meister seine schlechteste Serie (1:5 Punkte) seit über vier Jahren. Komplettiert wird die Talfahrt durch das Ausscheiden im Europacup. ● Fortgesetzt wurde die Negativ-Serie des 1. FC Nürnberg, der als jetzt einziger Verein in Auswärtsspielen noch keinen Punkt holte. Besser machte es Eintracht Frankfurt, das beim 0:0 in Nürnberg erstmals auswärts punktete, während Leverkusen (3:0 in Mannheim) und Kaiserslautern (4:1 in Köln) sogar die ersten Siege auf fremdem Platz feierten.

● Für sechs Wochen wird der Dortmunder Mittelstürmer Bernd Klotz gesperrt. Der DFB reagierte damit auf den Platzverweis von Klotz im Spiel gegen Bochum und bestraft den Stürmer härter als andere Spieler in vergleichbaren Fällen, weil dieser bereits im März vom Platz gestellt worden war und damit als Wiederholungstäter gilt. ● Für das nächste Spiel gesperrt sind neun Spieler, die nach wiederholten Verwarnungen pausieren müssen. Der Bochumer Lothar Woelk ist in dieser Saison der erste Spieler, der schon zum siebten Mal Gelb sah, während van de Loo, Keser, Riedl, Wohlers, Schlindwein, Gelsdorf, Jakobs und Kuczinski nach vier Verwarnungen automatisch für ein Spiel gesperrt sind. Insgesamt wurden für 32 Spieler Verwarnungen ausgesprochen – soviel wie noch nie an einem Spieltag. ● Den Ärger der Bochumer Spieler und Zuschauer zog sich Schiedsrichter Assenmacher zu, als er im Ruhrstadion in der 50. Minute eine Elfmeterentscheidung zugunsten der Bochumer traf, die er Sekunden später nach Rücksprache mit dem Linienrichter korrigierte. Vorausgegangen war ein Mißverständnis bei einer Einwurf-Entscheidung.

GALOPP / Altkanzler gewann Kölner Jagdrennen

Stute All Along gewann für Kunsthändler 1,15 Millionen Dollar

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Eine Sonderprämie von einer Million Dollar kassierte der Pariser Kunsthändler Daniel Wildenstein für den Sieg seiner vierjährigen Stute All Along im Washington-DC-International am Samstag auf der Galopprennbahn Laurel-Park im US-Staat Maryland. All Along, vom Engländer Walter Swinburn (23) geritten, erkämpfte sich dieses üppige Zubrot zum Rennpreis von 150 000 US-Dollar, weil sie zuvor schon die Rothmans-International-Trophy in Toronto und die New-York-Turf-Classic in Aqueduct gewonnen hatte. Die Million wurde als Anreiz für drei Siege in der sogenannten „North American Triple" ausgeschrieben.

John D. Schapiro, seit 1950 Präsident von Laurel-Park, wollte damit vor allem das Washington-DC-International wieder attraktiver machen. Das älteste Einladungsrennen der Welt stand in den letzten Jahren häufig im Schatten zahlreicher Neuschöpfungen, die mit großem Geld attraktive Starter aus Laurel fernhielten. All Along hat jetzt 2 439 299 Dollar gewonnen, am 27. November ist ein Start im Japan Cup in Tokio geplant. Deutschland wird dort durch den vierjährigen Hengst Tombos (Jockey Georg Bocskai) vertreten. Im Washington-DC-International startete zuletzt 1976 mit Windwurf (Vorletzter) ein deutsches Pferd.

*

Die beiden Hauptereignisse des deutschen Turfs am Wochenende fanden in Köln statt. Im Hauptjagdrennen der Vierjährigen (40 000 Mark, 20 000 Mark dem Sieger, 4600 m) siegte der 24:10-Favorit Altkanzler mit Jockey Christian Stoltz überlegen vor Ydilo und Strategie. Am letzten Sprung kam Walon zu Fall, der sicherer Zweiter geworden wäre. Beim Sturz mit dem Wallach Princely Gem zog sich der Schweizer Amateur Walter Zemp Verletzungen am Halswirbel und eine Gehirnerschütterung zu.

*

Den Waltner-Preis (30 000 Mark, 17 600 Mark dem Sieger, 1600 m, Ausgleich I) sicherte sich die dreijährige Stute Well Proved mit Jockey Manfred Hofer. Well Proved gewann im Frühjahr überraschend das klassische Schwarzgold-Rennen. Nach dem Erfolg im Waltner-Preis wird sie nicht mehr laufen, sondern in die Zucht genommen. Favorit des Rennens war Diu Star, ebenfalls aus dem Gestüt Röttgen. Sein Jockey Manfred Prinzinger wurde 600 m vor dem Ziel von einem Stein am Auge getroffen. Seine Rennbrille wurde total zerfetzt. Der Reiter konnte sein Pferd danach nicht mehr unterstützen.

*

In der Auktionshalle des Gutes Langfort in Langenfeld bei Köln fand am Samstagabend eine Versteigerung statt. Die beiden Auktionatoren Rüdiger Alles und Lothar Grabe verkauften 31 Pferde zu einem Gesamtumsatz von 172 500 Mark. Den Höchstpreis von 20 000 Mark brachte der Jährlingshengst Maribor aus der Zucht des Erkrather Gestüts Wiesengrund.

*

An der Spitze des Galopper-Verbandes in Köln steht eine überraschende personelle Veränderung bevor. Hans-Heinrich Burkatzky wird die Aufsichtsorganisation in seiner Funktion als stellvertretender Generalsekretär verlassen, auf Honorarbasis aber weiterhin einige Aufgaben wahrnehmen. Burkatzky war vor allem für den Sicherheitsbereich zuständig, seine spektakulärste Aktion war die Festnahme „schwarzer Buchmacher" und ihrer Kunden nach dem Deutschen Derby 1980 in Hamburg. Der Schwiegersohn des Trainers Hein Bollow, früher bei der Polizei tätig, wird sich zukünftig vermutlich vor allem um den Aufbau des Gestüts Pliesmühle in Bergheim/Erft kümmern, das seine Ehefrau Gelia und Schwiegervater Hein Bollow kürzlich eröffneten.

*

Der Galopper-Verband präsentierte auch einen neuen Pressesprecher. Peter Brauer (29) übernahm die Aufgabe von Thomas Heske, der im Bereich Wettmarketing weiterhin für das Direktorium tätig ist. Brauer verfügt über praktische Erfahrungen im Umgang mit Pferden. Im Gestüt Röttgen ritt er in der Morgenarbeit, als Amateurrennreiter gewann er mit dem Röttgener Standard in Neuss auch ein Rennen. Den Erfolg mußte er sich allerdings im toten Rennen teilen.

*

Hartnäckig halten sich auf Deutschlands Rennbahnen Gerüchte, nach denen am 30. Oktober 1983 in Hannover im Preis des Rennvereins Verden ein Pferd gelaufen sei, das nicht mit dem im Programmheft genannten identisch war. Für die vierjährige Stute Schützenkette soll die siebenjährige Stute Sandina gelaufen sein, die ursprünglich an diesem Tag in Mülheim/Ruhr starten sollte, dort aber abgemeldet wurde. Unter normalen Umständen ist Sandina eine Leistungsklasse höher einzustufen als Schützenkette, das Rennen für vierjährige Pferde ohne Sieg hätte sie normalerweise gewinnen müssen. Der offenbar geplante Wettcoup ging allerdings gründlich daneben, denn sechs Längen vom Sieger geschlagen kam Sandina alias Schützenkette nur als Vierte ins Ziel.

Identitätskontrollen werden auf deutschen Rennbahnen nur sporadisch vorgenommen. Kontrolliert werden die Pferde nur, wenn sie zum erstenmal in einem Rennen antreten.

*

Am Mittwoch veranstaltet der Union-Klub auf der Düsseldorfer Rennbahn Grafenberg zum zweitenmal einen Renntag, der nur dem Hindernissport gewidmet ist.

FECHTEN / Silber für Zahnarzt Reichert

Nach der Arbeit noch Training bis halb zwölf

sid, Lissabon

Der Aufwärtstrend der Weltmeisterschaften in Wien wurde von den deutschen Fechtern bei den Europameisterschaften in Lissabon bestätigt. Der Goldmedaille für die Offenbacherin Cornelia Hanisch folgte am Samstag Silber für den dreimaligen deutschen Florett-Meister Klaus Reichert. Der 36 Jahre alte Zahnarzt aus Bonn, der mit der deutschen Mannschaft 1976 Olympiasieger und noch zweimal Weltmeister (1977, 1983) wurde, gewann damit in seiner 20jährigen Fecht-Karriere erstmals eine Medaille in einem Einzel-Wettbewerb.

Erst im Gefecht um Gold verlor Reichert mit 5:10 gegen den Italiener Andrea Borella, der zum zweiten Mal nach 1981 den EM-Titel gewann und die Nachfolge seines Landsmannes Mauro Numa antrat. Hingegen schied der Vize-Weltmeister Mathias Gey, der im vergangenen Jahr den zweiten Platz belegt hatte, überraschend früh aus und belegte nur Platz 12. Im entscheidenden Gefecht um den Einzug in das Finale verlor der 23jährige mit 7:10 gegen seinen zehn Jahre älteren Tauberbischofsheimer Mannschaftskameraden und Trainingspartner Harald Hein, der nach einer 5:10-Niederlage gegen den späteren Sieger Borella Fünfter wurde. Bronze gewann der Italiener Angelo Scuri durch ein 12:11 gegen den Polen Bogdan Zych.

„Ich habe hier viel mehr erreicht, als ich erhofft hatte", sagte Reichert nach dem Finale. Zuvor hatte er den Weltcup-Zweiten Stefano Cerioni (Italien) mit 10:5 und den späteren EM-Vierten Zych mit 11:9 besiegt. „Das Finale der besten Acht war durchaus einer Weltmeisterschaft würdig. Deswegen freue ich mich besonders über den zweiten Platz", meinte der Routinier, der mit zwölf Jahren zu fechten begann und mit 16 erstmals in einem Finale bei der Junioren-Meisterschaft stand. Fraglich war sein Erfolg in der portugiesischen Hauptstadt nur in der Direktausscheidung. „Da hat mich Cerioni mit 1:10 förmlich von der Bahn gefegt. Aber vor dem Viertelfinale habe ich nachgedacht und meine Taktik geändert", sagte der Bonner.

Wie Cornelia Hanisch hat auch Klaus Reichert hinsichtlich der Olympischen Spiele 1984 die Ärmel noch einmal hochgekrempelt. „Seit September hatte ich sehr hart trainiert, aber noch kein Turnier gefochten. Ich wußte also gar nicht, wo ich stand", sagt Reichert, der zur EM erst am Donnerstag anreiste und bereits heute wieder in seiner Bonner Zahnarztpraxis Dienst tut. Für die Mannschaft schon nominiert, kämpfen die fünf Mannschafts-Weltmeister von Wien in der nächsten Saison um die drei olympischen Startplätze im Einzel-Wettbewerb.

„Ich habe im Auge, meine Einzelchance wahrzunehmen. Emil Beck sagt, wir hätten alle unsere Chance", steckt der Bonner seine sportlichen Ziele ab. Nach der WM von seiner Frau gebeten, doch mit dem Fechten aufzuhören, trainiert Familienvater Reichert inzwischen wieder täglich nach der Arbeit bis zu vier Stunden. „Das ist alles ziemlich viel Aufwand. Aber Los Angeles ist ein Ziel, auch wenn ich meist erst gegen 22.30 Uhr nach Hause komme und wenig Zeit für die Familie bleibt", meint Reichert.

Dank seiner erfahrenen Kräfte Hanisch und Reichert hat der Deutsche Fechter-Bund seine bisherigen EM-Ergebnisse klar übertroffen. Bei den vor zwei Jahren wiedereingeführten Europameisterschaften waren 1981 in Italien nur eine Bronze- (Hanisch) und 1982 in Österreich nur eine Silbermedaille (Mathias Gey) abgefallen.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Gruppe 5: Zypern – Rumänien 0:1 (0:0)

1. Schweden	8	5	1	2	14:5	11:5
2. Rumänien	7	5	1	1	8:2	11:3
3. CSSR	6	2	3	1	12:6	7:5
4. Italien	6	0	3	3	3:9	3:9
5. Zypern	7	0	2	5	3:18	2:12

EM-Qualifikation „U 21", Gruppe 2: Portugal – UdSSR 0:2 (0:1).

Olympia-Qualifikation, Gruppe B: „DDR" – Norwegen 1:0 (1:0). – Asien-Gruppe B: China – Hongkong 3:1, Thailand – Südkorea 0:2.

Länderspiel: Jugoslawien – Frankreich 0:0.

Erste englische Division: Aston – Stoke 1:1, Coventry – Queen's Park 1:0, Everton – Nottingham 1:0, Ipswich – Arsenal 1:0, Leicester – Manchester United 1:1, Luton – Birmingham 1:1, Notts – Norwich 1:1, Southampton – Bromwich 1:1, Sunderland – Watford 3:0, Tottenham – Liverpool 2:2, Wolverhampton – West Ham 0:3. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 27 Punkte, 2. Manchester United 26, 3. West Ham 26, 4. Southampton 23.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Hagen – Heidelberg 87:69, Gießen – Bayreuth 82:68, Köln – Wolfenbüttel 115:84, Osnabrück – Charlottenburg 93:93, Leverkusen – Göttingen 65:76. – Bundesliga, Damen, 7. Spieltag: Leverkusen – Marburg 54:59, Porz/Hennef – München 61:50, Leimen – Köln 49:71.

EISHOCKEY

Bundesliga, 21. Spieltag: Iserlohn – Landshut 2:7, Mannheim – Rießersee 7:2, Schwenningen – Freiburg 5:2, Köln – Düsseldorf 6:3, Rosenheim – Kaufbeuren 5:2.

HANDBALL

IHF-Pokal, erste Runde, Hinspiel: ITUE Istanbul – Großwallstadt 16:33. – Europacup der Meister, Achtelfinal-Hinspiel: Karis BK/Finnland – Kiel 24:31. – Europapokal der Pokalsieger, Frauen: Sindelfingen – Noerlem Lemvig/Dänemark 16:19.

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Hofweier – Schwabing 20:24, Göppingen – Dankersen 24:23. – Bundesliga, Damen: 4. Spieltag: Gruppe Nord: Minden – Engelskirchen 20:26.

RINGEN

Bundesliga, 13. Wettkampftag, Gruppe West: Witten – Aschaffenburg 23,5:15,5, Köllerbach – Aldenhoven 16:17,5, Schifferstadt – Bonn-Duisdorf 21:13, Königshofen – Goldbach 13,5:22,5. – Gruppe Süd: Urloffen – Hallbergmoos 29,5:9, Freiburg-St. Georgen – Reilingen 18:21, Wiesental – Freiburg-Haslach 30:10, Triberg – Aalen 8,5:31.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen, 5. Spieltag: Münster – Feuerbach 3:0, Lohhof – Augsburg 3:1, Berlin – Oythe 0:3, Darmstadt – Vilsbiburg 2:3. CEV-Pokal, Qualifikation: Passau – Verbunt 1:3. (Hinspiel: 0:3).

FECHTEN

Europameisterschaften in Lissabon, Herren-Florett, Finale: Borella (Italien) – Reichert (Deutschland) 10:5, um Platz drei: Scuri (Italien) – Zych (Polen) 12:11, 5. Hein (Deutschland) – 6. Soumagne (Belgien), ... 12. Gey (Deutschland). – Deutsche Junioren-Meisterschaften in Hamburg, Degen: Finalgefecht: Günther – Ertel 10:5, um Platz drei: Berger – Schmitt (alle Tauberbischofsheim) 10:6.

EISKUNSTLAUF

Internationaler Wettbewerb um den Ennia-Challenge-Cup in Den Haag, Herren, Endstand: 1. Orser (Kanada) 1,4 Punkte, 2. Mura (Japan) 2,8, 3. Cerne (Deutschland) 4,2. – Endstand Damen: 1. Witt („DDR") 1,4, 2. Ito (Japan) 2,0, 3. Yuki (Japan) 4,6, ... 17. Gobbers (Deutschland).

JUDO

Deutsche Meisterschaften in Würzburg: Feder: 1. Jupke (München-Großhadern). – Leicht: 1. Rohleder (Wolfsburg). – Welter: 1. Stranz (Rüsselsheim). – Halbmittel: 1. Rieß (München-Großhadern). – Mittel: 1. Missalla (Rüsselsheim). – Halbschwer: 1. Neureuther (München-Großhadern). – Schwer: 1. von der Gröben (Wolfsburg).

SEGELN

WM in der olympischen Windglider-Klasse vor Hamilton/Bermudas, siebente und letzte Wettfahrt: 1. Maran (Italien), 2. Guillerot (Frankreich), 3. Rasmussen (Norwegen), ... 5. Hoffmann (Deutschland). – Endstand nach sieben Wettfahrten: 1. van den Berg (Holland) 49,0 Punkte, 2. Maran 51,7, 3. Rasmussen 60,1.

TURNEN

11. WM in der rhythmischen Gymnastik in Straßburg, Vierkampf, Endstand: 1. Gueorguiva (Bulgarien) 39,85 Punkte (Reifen 9,80/Ball 9,95/Keulen 10,00/Band 9,90), 2. Ignatova (Bulgarien) 39,60 (9,80/10,00/10,00/9,80), Ralenkova (Bulgarien) 39,60 (9,90/9,95/10,00/9,75) und Beloglasowa (UdSSR) 39,60 (9,90/9,95/10,00/9,75), 5. Kutkaite (UdSSR) 39,45, 6. Staiculescu (Rumänien) 38,90, ... 8. Weber 38,50, ... 27. Scharmann 37,25, ... 52. Ziburski 36,40 (alle Deutschland).

REITEN

Internationales Hallen-Turnier in Hannover: Mächtigkeitsspringen: 1. Pessoa (Brasilien) Miss Miet 0 Fehlerpunkte, 2. Ceulemans (Belgien) Rinaldo aufgegeben, 3. Kenn (Deutschland) Stan verzichtet, alle im dritten Stechen, 4. Koof (Deutschland) Winzerin 4. S-Springen mit Stechen: 1. Brinkmann (Deutschland) Jomiro 0/42,86, 2. Gillespie (England) Wake up 0/50,78, 3. Snoek auf Faun 0/54,45, 4. Sloothaak (beide Deutschland) Pin Ball 3/47,82. – S-Springen mit einmaligem Stechen: 1. Pessoa auf Judy 0/38,08, 2. Broome (England) Judy 0/38,50, 3. Schockemöhle auf Deister 0/38,53, 4. Wiltfang (beide Deutschland) auf Picadilly 0/38,99, 5. Macken (Irland) El Paso 0/39,14, 6. Meyer zu Bexten (Deutschland) Merano 0/41,68. – Zeitspringen Klasse S: 1. Fuchs auf Willora Carpets 67,53 Punkte, 2. Fuchs (beide Schweiz) Volvos Diamand 71,19, 3. Schmitz auf Diavolo 72,67, 4. Kenn (beide Deutschland) Maestoso 74,54. – S-Dressur, Erste Abteilung: 1. Krug (Hochheim) Muscadeur 547 Punkte, 2. Mohnsen (Hamburg) Gran Chaco 544, 3. Klimke (Münster) Tango 535. – Zweite Abteilung: 1. Klimke auf Pascal 546, 2. Husenbeth (Bremen) auf Sando Khan 544, 3. Meyer zu Erpen (Werther) auf Tristan 532. – Dressur-Grand-Prix de Dressage: 1. Schulten-Baumer (Mettingen) auf Slivowitz 1746 Punkte, 2. Schulten-Baumer auf Madras 1709, 3. Klimke auf Pascal 1702, 4. Krug (Hochheim) auf Muscadeur 1682.

GEWICHTHEBEN

71. Deutsche Meisterschaften in Mutterstadt: Fliegen: 1. Puchalka (Hamburg) 190,0. – Bantam: 1. Hottenrott (Kassel) 172,5. – Feder: 1. Bachfisch (Fürth) 242,5. – Leicht: 1. Kaczmarek (Wolfsburg) 297,5. – Mittel: 1. Radschinsky (Berlin) 342,5. – Leichtschwer: 1. Ischt (Wolfsburg) 335,0. – Mittelschwer: 1. Immesberger (Kindsbach) 352,5. – Erstes Schwer: 1. Milser (Duisburg) 377,5. – Zweites Schwer: 1. Daub (Hostenbach) 342,5. – Superschwer: 1. Nerlinger (Neuaubing) 380,0.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 23, 27, 30, 46, 48, Zusatzzahl: 40. – Spiel 77: 4 5 3 3 7 9 1. – **Toto:** Elferwette: 1, 2, 0, 1, 2, 1, 0, 2, 0, 1, 0. – **Glücksspirale:** Endziffern: 86, 163, 6901, 68 467, 577 177, 6 646 517. – Prämienziehung, Endziffern: 676 257, 792 910, 175 337. (Ohne Gewähr)

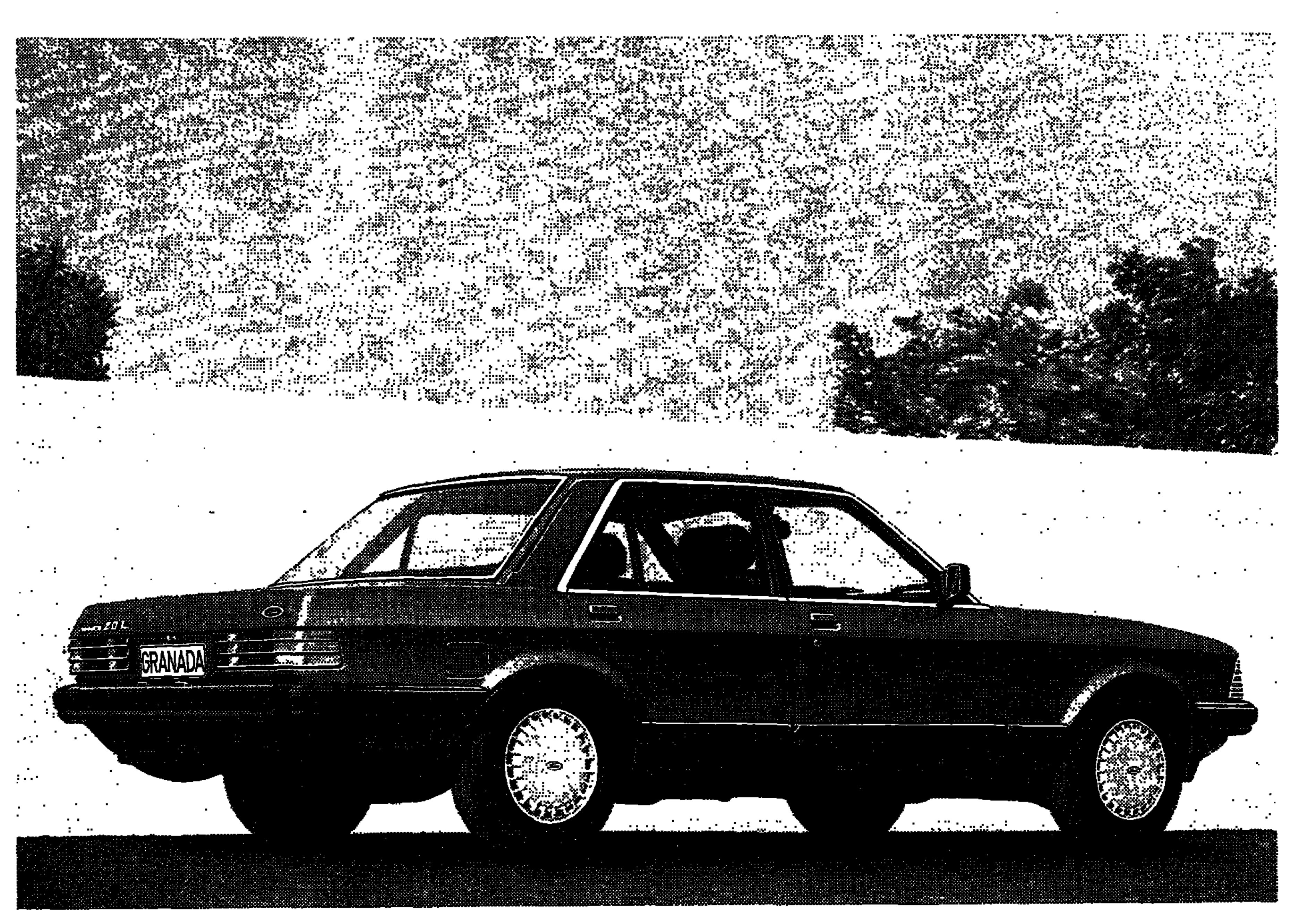
RALLYE

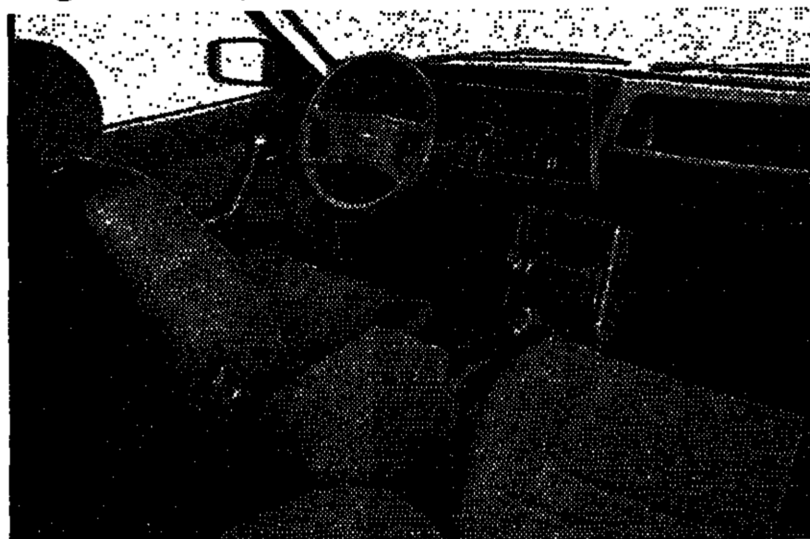
Röhrl: Sturz ohne Helm

dpa, Ahrweiler

Glück im Unglück für die beiden Ex-Weltmeister Walter Röhrl/Christian Geistdörfer: Bei der Rallye Köln-Ahrweiler wurde das Gespann aus Regensburg und München am Samstag in einen Unfall verwickelt, bei dem ihr zu Testzwecken und außerhalb der Wertung eingesetzter Audi-Quattro Totalschaden erlitt. Röhrl und Geistdörfer konnten sich unverletzt aus dem Autowrack befreien. Beide hatten auf die Schutzhelme verzichtet. „Das ist wahrhaftig kein vorbildliches Verhalten für einen Weltmeister", kritisierten Experten.

Röhrl startete wegen seines erst Ende des Jahres bei Lancia auslaufenden Vertrages nicht offiziell als Teilnehmer für das Regensburger Werk. Er verlor auf der neunten Sonderprüfung die Gewalt über den Quattro, der zehn Meter tief abstürzte, sich mehrfach überschlug und dann auf dem Dach liegen blieb. Sieger der Rallye über insgesamt 250 Kilometer mit 220 Startern aus 15 Nationen wurden die beiden Schweden Per Eklund/Ragnar Spjuth in einem Toyota Celica-Turbo. Sie lagen im Ziel mit 1:27:18 Stunden für die elf Sonderprüfungen über 150 Kilometer nur 44 Sekunden vor dem Schweizer Formel-1-Piloten Marc Surer.





Michael Verhoeven

Tollkühner Start mit dem Totentanz

Befragt, was er mit seinen Filmen bewirken wolle, kommt die Antwort präzise: „Die meisten Themen, die ich aufgreife, spiegeln meine Erfahrungen mit meiner Umwelt wider. Aber auch Ängste, die in mir sind. Wäre ich Schriftsteller, würde ich meine Empfindungen niederschreiben; so bringe ich meine Geschichten nur als Autor zu Papier, als Arbeitsgrundlage für meine Filme." Eine klare Aussage, ohne Schnörkel, ohne Schleifen. Man spürt gleich: was er tut, tut er ganz – Dr. Michael Verhoeven (Jahrgang 1938), Arzt/Regisseur, Produzent/Schauspieler und Autor in Personalunion. Sein Film „Die weiße Rose", die Geschichte der Geschwister Scholl, hat ihn schlagartig in die vorderste Reihe der Regisseure gedrängt.

Im ruhigen, gelassenen Tonfall hört man seine Lebensgeschichte. Als Sohn des bekannten Regisseurs, Schauspielers und Autors Paul Verhoeven und der Schauspielerin Doris

Liebe Melanie – ZDF, 21.20 Uhr

Kiesow wurde er in Berlin geboren, wuchs in großbürgerlichen Verhältnissen auf. Gleich nach dem Kriege kam die Familie nach München, wo Paul Verhoeven Intendant wurde. Noch ehe er sich selbst gehörte, gehörte der hübsche Junge Michael bereits dem Publikum. Denn früh wurde er für die Schauspielerei entdeckt – schon mit elf Jahren spielte Michael Verhoeven in „Pünktchen und Anton" eine Hauptrolle. Der Weg schien vorgeschrieben, die Familientradition gewahrt.

Doch Michael Verhoeven scherte aus der Bahn aus; trotz Filmverpflichtungen studierte er Medizin, promovierte und war als Arzt in einem Krankenhaus tätig. Warum dieser Berufswechsel? Verhoeven: „Mich interessierten in erster Linie immer die Menschen. Ich wollte mehr über sie und dabei auch mehr über mich erfahren." Im Beruf des Arztes sah er seine persönliche, große Chance. Doch die Medizin gab ihm nicht die erhoffte Erfüllung, blieb Beruf, nicht Berufung.

Verfolgt man seine stattliche „Filmographie", so kann man nur staunen. Hier läßt sich kein Patentrezept entdecken. Da startete der 29jährige doch gleich tollkühn mit Strindbergs „Totentanz", und prompt erhielt er dafür den Bundesfilmpreis. Heute mokiert er sich selbst über soviel Draufgängertum. Michael Verhoeven: „Ich hatte damals einfach meine Lehrzeit als Jungfilmer übersprungen. Erst später habe ich alles nachgeholt." Er suchte und sucht immer nach neuen Stoffen, wird bei der Themenauswahl getrieben von der unbezwingbaren Neugierde eines Forschers. Wichtig erscheint ihm, daß „Kopf und Herz" gleichermaßen beteiligt sind. Oft gerät daher sein Tun zur vordergründigen Provokation. So sein Spielfilm „o. k.", (1970), ein Kriegsfilm, der Vietnam nach Bayern verfremdete. Oder „Ein unheimlich starker Abgang", die Geschichte des Mädchens Sonia, das seinen Freund ermordet.



Vom Skalpell zur Kamera: Der Regisseur und Autor Michael Verhoeven FOTO: HORST OSSINGER / DPA

Doch Verhoeven will nicht nur Geschichten erzählen, sondern darüber hinaus Lebensgefühl vermitteln. Immer stehen bei ihm nur die Menschenschicksale im Vordergrund. Nur auf sie läßt er sich ein, nicht auf Programme, versucht ihr Inneres nach außen zu stülpen. Am 7. Oktober läuft der Kinofilm „Spider Murphy Gang" mit Hans Brenner und Ilse Pagé an. In diesem Film tritt Verhoeven im Vorspann nur als Produzent auf. Allerdings meint er: „Ich fühle mich wohler, wenn ich selber alles schaffe". Heute nun sein Film (Buch/Regie/Produktion) „Liebe Melanie". Die große, betagte Burgschauspielerin Melanie Horeschovsky spielt neben Senta Berger die Hauptrolle. Sie starb am 13. Februar 1983, zwei Tage nach ihrem letzten Drehtag, im Alter von 80 Jahren.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Was dem einen die Maske . . .

So also haben es die Bremer TV-Gestalter gewollt: Das Geburtstagskind sollte sich selbst gratulieren, ganz allein. Als Geschenk zum Sechzigsten eineinhalb Stunden Fernsehzeit – welchem Sterblichen wird dergleichen sonst zuteil? Also füllen Sie nun diesen Samstag abend, Herr von Bülow!

Und Herr von Bülow füllte ihn. Mit einer Revue seiner unverwechselbaren Sketche, in denen selbst heiße Turbulenzen noch zu einer feinen, verhaltenen Sache werden. **Loriots 60. Geburtstag** (ARD) – ein Kaleidoskop menschlicher Tolpatschigkeit ohne den krampfhaften Versuch intellektueller Ironie, dazu ein paar gewürzte Verwandlungskunststückchen. All das mit eleganten Pointen bespickt, die uns nie zu stürmischem Lachen, aber ständig zu kurzen Lachspritzern kitzeln. Alles schon mal dagewesen, aber warum nicht? Geburtstage sind vorwiegend Erinnerungsfeiern.

Und doch mögen wir auch an einem solchen Tag, an dem man sich vorzugsweise Artigkeiten sagt, einen saftigen Zuschauertadel nicht unterdrücken: Warum nur hat uns Loriot seine hinreißenden Knollennasen vorenthalten? Und ein bißchen was über diesen aristokratischen Tausendsassa hätten wir allzu gern erfahren. Aber seit wann plaudert ein feines Nordlicht ungefragt über sich selbst?

HERMANN A. GRIESSER

. . . ist dem anderen die Masche

Es gibt Maschen, die leiern selbst bei stärkster Beanspruchung nicht so leicht aus. Und das liegt nicht nur am strapazierfähigen Material, sondern auch an dem, der die Stricknadel zur Hand nimmt.

Otto ist so einer, der die Hand-(und Kopf-)arbeit aus dem ff beherrscht: Zwei rechts, zwei links, eine Masche fallen lassen, und zwar tief unter die Gürtellinie, denn Otto ist auch einer, der auf die Verklemmtheit seines Publikums baut, das aufjuchzt, wenn es seinen Liebling in überdimensionierten Unterhosen sieht, und dessen Freude grenzenlos ist, wenn er dann noch von jenem Teil des Körpers spricht, „der am besten stets bedeckt bleibt: das männliche Knie" (ha, ha!).

Das ZDF hatte seine Zuschauer gewarnt: **Hilfe – Otto kommt!** Diesmal nicht, wie einst bei der ARD, in aufwendigen Studiodekorationen, sondern in einer Aufzeichnung aus der Siegerlandhalle. Auf Rollschuhen schwebte er ein, hastete von einem *Witzchen zum anderen, dabei auch* alte aus früheren Programmen nicht verschmähend, und schwamm prustend und schnaubend auf der Welle des Wohlwollens, die ihm heftig entgegenschwappte. Wir möchten aber bezweifeln, ob Männerchor und Balletteuse wirklich eine Bereicherung von Ottos Programm darstellen. Besser wäre statt dessen der gute alte Känguruh-Sketch gewesen . . .

RAINER NOLDEN

Luther schaut beim Training zu

Der Franzose Jean Delannoy hat einen Luther-Film abgeliefert, dessen Aufnahme ins ARD-Programm zu den fragwürdigsten Entscheidungen der Programmdirektion gehört: **Bruder Martin.** Um es ganz deutlich zu sagen, es geht nicht um Fragen nach der geschichtlichen Treue, nicht nach der inneren Distanz zum Objekt, im Gegenteil: Wie reizvoll erschien es uns, da wir auf den Einschaltknopf drückten, Luther mal ohne teutonische Schlacken zu sehen, Luther in einer uns fremden Perspektive.

Aber: Eine so vitale Figur wie Luther in eine Dramaturgie der müden Drehkurbel zu stellen, ihn zu einem blassen Objekt psychologischer Satzbauten zu machen, ist von Übel, und dies alles noch mit handwerklicher Unzulänglichkeit. Es blieb also nicht nur Luther auf der Strecke, es verendete auch kläglich seine Sprache (für die wahrscheinlich die Synchronisatoren verantwortlich sind). Kommt doch da der junge Bruder Martin vors Kloster, sieht den Novizen Bernhard einen Baum fällen und was sagt er, der wortgewaltige, der spätere teutsche Meister in Sprache und Wort? Er sagt: „Du trainierst wohl die Muskeln, Bernhard?" Sagt es, und der Bildschirm flammt nicht auf, und die Lautsprecher verdorren nicht!

Lies bei Luther: „Sie meinen, wie es in Büchern geschrieben stehet und sie gefasst haben, also soll es auch stracks gehen und geschehen. Aber es fehlet ihnen weit, man kanns nicht alles zu Bolzen drehen."

Man kanns nicht alles zu Bolzen drehen. VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Bruder Martin (2)
11.20 Umschau
11.45 Regenbogen
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 MM Montags-Markt
Ein Nachmittagsprogramm mit Petra Schürmann
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Rote Erde
Neunteiliger Film von Peter Stripp
6. Die Kandidaten
21.15 Der Traum von einer besseren Welt
Betrachtungen über den Mythos der Kennedys
Von Ulrich Wickert
Noch zwanzig Jahre nach seiner Ermordung in Dallas macht John F. Kennedy Schlagzeilen. Amerikanische Massenblätter bringen fast wöchentlich Neues über ihn auf den Markt: „JFK" lebe als Gehirngeschädigter in den Schweizer Bergen, er habe seinen Tod selber inszeniert, oder sein Mord sei vom amerikanischen Geheimdienst CIA geplant worden. Neben George Washington und Abraham Lincoln sind die Bronzebüsten John und Robert Kennedys bei den Souvenirhändlern am meisten gefragt, und allein in diesem Jahr werden in den USA fünf Spielfilme über die Kennedys gedreht. Was, so fragt der New Yorker ARD-Korrespondent Ulrich Wickert, macht diesen Mythos der Kennedys aus?
22.00 Die Entspanner
Komisches aus der Nachbarschaft
Mit Wilfried Grimpe, Gerd Haukke, Anke Engelsmann u. a.
Regie: Jürgen Klauss
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nachtstudio
Der Baum der Wünsche
Sowjetischer Spielfilm, 1977
Regie: Tengis Abuladse
00.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Bild(n)er der Chemie
Fünfteilige Reihe zur Geschichte einer Wissenschaft
1. Justus von Liebig
Vom fruchtbaren Boden der Wissenschaft
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Heiter bis wolkig
Letzte Folge: Nachricht aus Übersee
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Jennifer Rush und Richard Clayderman
17.50 Die Straßen von San Francisco
Schweigegeld
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Abtreibung auf Krankenschein
21.00 heute-journal
21.20 Liebe Melanie
Film von Michael Verhoeven
Mit Melanie Horeschovsky und Senta Berger u. a.
Melanie Drew ist eine kleine, zerbrechliche alte Frau, die eine lange Karriere als Schauspielerin hinter sich hat. Sie lebt in dieser Erinnerung und hat viele Geschichten zu erzählen, die inzwischen Theatergeschichte geworden sind. Doch dabei verliert sie nie den Bezug zur Realität. Sie sucht den Kontakt nach außen und findet ihn zu den jungen Schauspielern und Schauspielschülern.
23.05 Zeugen des Jahrhunderts
Georg Leber im Gespräch mit Günther Gillessen
0.15 heute
Anschl. Peter Härtling liest aus der *Bibel.*



In der Klinik freundet sich Melanie (Melanie Horeschovsky) mit einer jungen Ärztin (Senta Berger) an. (Liebe Melanie – ZDF, 21.10 Uhr). FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (44)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Dritte Welt
21.45 Programm-Macher
Kleinverlage und ihr Markt
22.15 Anruf erwünscht
Wenn ich erst mal die Gewalt erkannt habe
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Nach dem Schillerberg (1)
19.00 Familientraining
Ausziehen – haste denn 'n Grund dafür?
19.15 Die Sprechstunde
Bluthochdruck bei Kindern
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live mit Loriot
21.15 Stolz und Vorurteil (5)
22.10 Gespräche am Abend
Bei Hans W. Richter mit Carola Stern
23.10 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten mit Bills Klamottenkiste
19.00 Das internationale Kochbuch
19.15 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Task Force Police (7)
22.05 Filmmagazin
22.55 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (5)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Die Kennedy Saga
21.50 Opas Weltraum-Utopien:
Flash Gordons Flug zum Mars
Ming, der Gnadenlose
22.10 Jazz am Montagabend
22.50 As others see it
Europäische Journalisten im US-Fernsehen
Thema: Libanon

BAYERN

18.15 Da schau her!
18.40 Der Paddington-Bär
18.45 Rundschau
19.00 Hänsel und Gretel
19.10 Taxichauffeur Bänz
Schweizer Spielfilm, 1957
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Von Menschen und Maschinen (1)
Roboter, die neuen Kollegen
22.50 Ein Hauch von Mord

Ich träume, und der geliebte Mensch ist mir nahe.
Ich erwache und bin allein.
Leer ist meine Welt,
unergründlich die Tiefe, die ihn verschlang.
Aber die Liebe und Wärme vergangener Tage
weht zu mir herüber.
Fast wie ein Trost. Nach Weöres Sandor

Meine über alles geliebte Frau und meine sehr geliebte Mutter

Katharina Elisabeth Müller

geb. de Weerth

* 1. 11. 1902 † 10. 11. 1983

hat uns nach langem, schmerzvollem, mit großer Tapferkeit ertragenem Leiden für immer verlassen.

Frederick Geerd Müller
Heinz-Geerd Müller

4600 Dortmund 50, den 12. November 1983
Am Ossenbrink 193

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 17. November 1983, um 13.00 Uhr in Emden, Friedhofskapelle Tholenswehr, statt mit nachfolgender Beisetzung auf dem Lutherischen Friedhof, Auricher Straße.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffen (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Pankraz, Herr E. K. und das Buch Yad Vashem

Ein herzerwärmendes Buch ist jetzt in den Verlagen Grünewald und Kaiser erschienen: „Yad Vashem. Die Judenretter aus Deutschland". Es enthält, wie ein Lexikon, nichts weiter als Namen, Menschennamen, manchmal auch nur die Anfangsbuchstaben der Namen, dazu einen kurzen Auszug aus einem „Dossier", einer Zeugenaussage, die über den Träger des jeweiligen Namens oder der jeweiligen *Initialen protokolliert* wurde. „Dr. E. K.", lesen wir da beispielsweise, „Offizier der deutschen Wehrmacht in Polen. Er war in Warschau in der Wohnung seiner nachmaligen Braut und Ehefrau D. C. einquartiert." Und der dazugehörige Protokollauszug lautet *folgendermaßen:*

„Die Mutter von D. C. versteckte mich und meine zwei Freunde in ihrer Wohnung, nachdem wir aus dem Ghetto, das in Flammen stand, geflohen waren, und zwar mit Wissen und Einverständnis des Dr. E. K. Herr E. K. brachte uns auch einen Erlaubnisschein, um als polnische Landarbeiter, die sich freiwillig zur Arbeit meldeten, nach W. zu fahren. Er verwies uns an seine Eltern in W., und diese halfen uns mit Lebensmitteln und Kleidern, bis zum Kriegsende ... *gez. Josef* Karmazyn".

„Yad Vashem", abgeleitet aus einem Wort in Jes. 56,5 für „ein Denkmal und ein Name", ist die Gedenkstätte für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft in Jerusalem. Es gibt dort eine „Allee der Gerechten aller Völker", zum Gedächtnis derjenigen, die ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten, um Juden zu retten. Diese Retter haben das Recht, an der Allee einen Johannisbrotbaum zu pflanzen, aber viele Retter gerade aus Deutschland und Österreich verzichten auf ihr Recht, aus Scham darüber, daß sie für etwas ausgezeichnet werden sollen, das doch „eigentlich selbstverständlich" war.

Auch der Herausgeber des Lexikons der Retter, Anton Maria Keim, sagt in seiner Einleitung mehrmals, daß die Retter doch nur das „Selbstverständliche" getan hätten und daß es ihm keineswegs darauf ankomme, eine Art Heldengalerie zu eröffnen. Warum aber dann das Buch? Trotz Todesdrohung das Gute zu tun, ist keineswegs selbstverständlich. Es ist zwar das Wünschbare, doch faktisch die große Ausnahme, zumal wenn die Täter bis dato noch nie zur existenzentscheidenden, einsamen Tat herausgefordert waren.

Natürlich gibt es in dem Buch einige Namen von Glaubenshelden, für die ihre Tat „selbstverständlich" war, leidenschaftliche Gegner Hitlers und seines Regimes von Anfang an, überzeugte Christen, Quäker, die innerlich schon lange darauf eingestellt waren, daß angesichts der Tyrannis einmal der Tag der Entscheidung kommen würde und daß es dann darauf ankomme, ohne Wenn und Aber für den unschuldig verfolgten Mitmenschen einzutreten. Die große Mehrheit der von Keim aufgeführten Namen jedoch ist von anderem Karat. Es sind „ganz normale", schlichte, meist unpolitische Menschen, die sich vorher über die „Judenfrage" kaum je Gedanken gemacht haben, Berliner Hausfrauen, Wiener Hausmeister, ostpreußische Bauern, Wehrmachtssoldaten in Polen oder Rußland, kleine Fabrikanten.

Was trieb diese Leute an? Zwei Motive vor allem glaubt Pankraz in den knappen Protokollen des Yad Vashem zu erkennen: Solidarität und Betroffenheit. Da sind einmal die engen Nachbarschaftsverhältnisse. Jahrelang, oft jahrzehntelang hat man mit einem Nachbarn zusammengelebt, hat ihn respektieren *gelernt – und plötzlich wird* er behördlich ausgegrenzt, zum Feind erklärt, es werden ihm haarsträubende Dinge angedichtet. Die große Meute bricht die Beziehungen zu ihm sofort ab, duckt sich ängstlich und verläßt ihn in seiner Not. Doch den einen oder anderen erreicht der Ruf der Solidarität. Er besucht den gezeichneten Nachbar weiterhin, er teilt mit ihm heimlich die Lebensmittelmarken, und als er deportiert werden soll, versteckt er ihn in einer Gartenlaube oder in der eigenen ausgebombten Wohnung, immer auf der Hut vor dem Blockwart im Nebenhaus, vor den Sbirren und Spitzeln.

Da ist zum anderen der Schock der Wahrheit; er trifft vor allem Wehrmachtsangehörige und „Produktionsleiter", *denen unvermutet* eine Abteilung Juden zur Bewachung oder zur Rüstungsproduktion zugeteilt wird. Wieder reagiert die Meute ängstlich-unbeteiligt, redet sich ein, daß die zu Bewachenden an ihrem namenlosen und *durchaus offenbaren Elend* „selbst schuld" seien, meldet Krankgewordene oder Kraftlose nach oben, obwohl sich herumgesprochen hat, daß diese dann umgebracht werden. Aber einige wenige kommen nicht über ihre Betroffenheit hinweg, *stecken den Elenden heimlich* Eiserne Rationen zu, schleppen die Kranken mit durch, sabotieren Abmarschbefehle, reklamieren Kompetenzen, lassen Beziehungen spielen, werden künstlich laut, kehren den „Herrenmenschen" heraus, um die Schergen zu täuschen. Mancher wird bei diesem Spiel durchschaut und endet selbst unterm Henkerbeil. Doch der eine oder andere kommt durch.

„Viel zu wenige, viel zu wenige", möchte man sich beim Durchblättern des Lexikons der Retter auf jeder Seite zurufen. Doch so ist das eben mit den Menschen: Sie kuschen vor den Zeichen gnadenlos einsatzbereiter Gewalt, werden erst wieder laut, wenn die Gefahr vorüber ist. Nichts Gutes ist selbstverständlich unter ihnen, alles muß der Angst abgerungen werden. Deshalb ist das Buch Yad Vashem sehr wohl ein Buch der Helden, auch und vor allem dort, wo die Helden schamvoll in der Anonymität bleiben und die Zeugen sich mühsam mit einigen Initialen behelfen müssen. Initialen können für Vieles stehen, unter anderem für die Gattung *Mensch überhaupt, die dann doch* durch ihre anonymen Helden gerechtfertigt wird.

Pankraz



Angst vor der Wende? – Blick in den Kölner Kunstmarkt FOTO: POLY-PRESS

Keine „Messe der Hundert" mehr – Der Internationale Kunstmarkt '83 wurde in Köln eröffnet

Wer Ruhm ernten will, muß riskieren

Der deutsche Kunsthandel hat Angst vor der „Wende". Sollte diese „Wende" in der Kunstszene „greifen", so ließ sich der Vorstand des *BVDG* (Bundesverband Deutscher Galerien) vernehmen, dann sei es um die dringend gebotene Förderung junger Kunstentwicklungen bald geschehen und damit der Kultur in ihrer Gesamtheit ein lebensgefährlicher Schlag versetzt.

Das pathetische Lamento aus diesen Kreisen wird nachgerade langweilig. Jetzt hat es einen neuen *Ansatzpunkt, die* sogenannte Wende. Aber die gleichen Klagen, kulturpolitisch verbrämt, hören wir von den Kunsthändlern schon seit vielen Jahren. Sie sagen „Kultur" und meinen „Kattun"; sie wären keine Kaufleute, wenn sie nicht vor allem auf ihren Profit bedacht wären. Aber sie sollten dabei die Kirche im Dorf lassen. Nicht die so schwarz an die Wand gemalte „Wende" ist die Ursache der allgemeinen Krise, vielmehr verlangt die Krise ein gründliches Umdenken in jedem Bereich. In der „Kunstszene" resultiert sie aus einer offensichtlichen Erschlaffung oder Vernachlässigung der schöpferischen Kräfte. Das hat erfahrungsgemäß mit der wirtschaftlichen Situation wenig zu tun.

Die gegenwärtige Lage ist bei weitem nicht zu vergleichen mit der katastrophalen Wirtschaftslage der 20er Jahre; aber damals wurden jene Werke *geschaffen, die heute als Meister*werke der klassischen Moderne gepriesen werden und kaum noch zu bezahlen sind, und zwar durchaus ohne Förderung durch die öffentliche Hand. Damals waren es der Ruhm und das Risiko des Kunsthändlers, *einen jungen talentierten Künstler zu* öffentlicher Anerkennung und zum finanziellen Erfolg zu führen.

Heute, so sieht es aus, wollen die Händler nur noch den Ruhm ernten, das Risiko aber soll letzten Endes der Steuerzahler tragen. Auch diesmal stellen wieder 25 Galerien, auch ausländische, ebenso viele „förderungswürdige, noch nicht durchgesetzte" Künstler auf dem Kölner Kunstmarkt ohne eigenes Risiko vor und kassieren dafür vom Bund, vom Land Nordrhein-Westfalen und von der Stadt Köln beträchtliche Subventionen. Nachdenken über diese problematische Verquickung von Kunst, Handel und öffentlicher Hand wäre vielleicht nützlicher als die stereotypen Klagen über den kulanten Partner und das grundlose Gerede von der kulturbedrohenden Wende.

Insgesamt 152 Galerien präsentieren sich dieses Jahr auf einer Fläche von 20 000 Quadratmetern in den Kölner Messehallen; davon kommen 113 aus der Bundesrepublik, 14 aus Österreich, acht aus Italien, je fünf aus Frankreich und der Schweiz, drei aus den Niederlanden *und je zwei aus* Großbritannien und Spanien.

Hier bahnt sich allerdings eine Wende an, die den Prinzipien des Verbandes zuwiderläuft. Der Kölner Kunstmarkt, ursprünglich von einer sich selbst so begreifenden „elitären" Truppe von 18 Galeristen gegründet, nannte sich später, nach dem Zusammenschluß mit der konkurrierenden IKI (Internationale Kunst- und Informationsmesse) stolz „die Messe der Hundert". In dieser Selbstbeschränkung auf 100 Aussteller empfand sie sich immer noch als „elitär" und beharrte auf dieser Exklusivität zum Ärger der Künstlerverbände und der großen Mehrzahl der Galeristen, die nicht zugelassen wurden. In diesem Jahr nun wurde die Teilnehmerzahl erstmals um 50 Prozent erweitert, was keineswegs allen Mitgliedern gefällt. Aber man will die Diskussion darüber zurückstellen, bis die Erfahrungen und Ergebnisse des laufenden Kunstmarkts vorliegen.

Nach einem ersten Rundgang möchte man meinen, daß diese Ausweitung weder zum Positiven noch zum Negativen etwas verändert hat. Die neu hinzugekommenen Galerien brachten nichts Neues in das übliche Spektrum, *halten aber das gewohnte* Niveau. Der Rundgang allerdings, ungeachtet der unvermeidlichen Irrwege in dem Labyrinth der Kojen, verlangt nicht nur von den Füßen die Ausdauer eines trainierten Wanderers, die Wachsamkeit der Augen und das Unterscheidungsvermögen werden nicht minder strapaziert.

Es sind nicht die überragenden Meisterwerke, auch nicht etwa revolutionäre Experimente und Zumutungen, die den Besucher so anstrengen, sondern das schwer unterscheidbare Einerlei von marktgängiger und zum Markt drängender Ware. Cézanne hat behauptet, eine Generation bringe allenfalls sechs Künstler hervor. In Köln werden rund 1200 vorgestellt. Vielleicht sind jene sechs dabei; das ist schwer zu sagen. Sicher sind für ihre Generation Picasso, Braque, Kandinsky, Beckmann, Max Ernst, Archipenko oder von der früheren Generation Max Liebermann und Corinth dazuzuzählen, die alle hier vertreten sind.

Wenn man es nicht wüßte, so würde man von den Preisen, die für ihre Bilder verlangt werden, rasch überzeugt. Für ein Frauenbildnis Picassos z. B. muß man schon 580 000 Dollar, *das sind fast eineinhalb Millionen* Mark, mitbringen. Für sein Gemälde „Maler und Modell" 825 000 Mark. Liebermann nimmt sich dagegen vergleichsweise bescheiden aus; für seine Bilder „Ziergarten" und „Gartenterrasse" werden 295 000 bzw. 235 000 *Mark verlangt. Eine Kandinsky*-Gouache kostet 155 000 Mark.

Dennoch liegt der Schwerpunkt *der Messe wieder auf solchen* „gesicherten" Werken. Picasso wird von 13 Galerien angeboten. Erich Heckel in seinem Jubiläumsjahr von 11 Galerien. Von den Zeitgenossen begegnet man am häufigsten Dahmen, Mack, Antes, Hoehme, Hockney, Kaminski, Janssen, *Höckelmann,* Thieler *und* Tàpies, in der Mehrzahl also Künstler, die sozusagen vom Informel und von der Popart übriggeblieben sind. Oder von der modischen Welle der sogenannten Neuen Wilden wieder an die Oberfläche des Kunstgeschäfts gespült wurden.

Tatsächlich erinnert die gegenwärtige Situation in ihrem neuen Konformismus unleugbar an jene Jahre, die weltweit vom informellen Tachismus und seinen Folgeerscheinungen beherrscht wurden. Auch das heutige Kunstpanorama, das sich auf dieser Messe durchaus widerspiegelt, wird von einem ähnlichen Konformismus beherrscht, der mit „heftiger" oder „wilder" Malerei allerdings ungenau und ungebührlich charakterisiert wird. Es ist vielmehr ein Konformismus der Beliebigkeit und Regellosigkeit, dem alle Verbindlichkeiten suspekt und ästhetische Fragestellungen offenbar gleichgültig sind. Hier wäre allerdings auch von einer „Wende" zu sprechen, die vom Markt in krisenhafter Zeit manipuliert wurde und heute ihre Früchte trägt. Die Arrivierten unter den „Wilden" stehen bereits mit stattlichen Preisen zu Buche, wie z. B. Middendorf oder Salomé mit rund 28 000 Mark, Paladino sogar mit 78 000 Mark.

In diesem breiten Umfeld eines bemühten neuen Manierismus ist man froh, doch immer wieder interessanten Einzelgängern zu begegnen, wie etwa dem faszinierenden Fritz Baumgartner, dem Russen Alexander Danov, dem Columbianer Luis Caballero, dem subtilen Gottfried Wiegand oder auch zu Unrecht vergessenen und vernachlässigten Künstlern wie Peter Herkenrath, Eberhard Viegeler, Blumenthal, Max Ackermann, Robert Michel, Hans Reichel, Anton Raederscheidt. Ihre Preise sind durchweg erschwinglich, und man will es kaum glauben, daß zum Beispiel ein weiblicher Bronzetorso von Hermann Blumenthal für 6000 Mark zu haben ist, während ein damit schwer vergleichbares Objekt des noch unbeschriebenen Frank Dornseif 8200 Mark kosten soll. (Bis 17. November, Katalog 15 Mark)

EO PLUNIEN

Dickicht der Gefühle: R. Febels Oper „Euridice" in München uraufgeführt

Ab in die Unterwelt der Innenwelt

An der Bayerischen Staatsoper muß Eurydike noch gefunden werden. Seit mit Glucks Oper ausgerechnet die Ballett(!)-Festwoche 1983 eröffnet wurde, kann sich das Haus *rühmen, eine der provinziellsten und* peinlichsten Produktionen im Repertoire zu haben.

Als Auftragswerk des einunddreißigjährigen Komponisten Reinhard Febel kehrt das Thema, als Kammeroper „Euridice" uraufgeführt, auf die Experimentierbühne der Bayerischen Staatsoper zurück. Die Szenenfolge mit einem Prolog, 17 Szenen und einem Finale dauert rund 70 Minuten und basiert auf der mythologischen Geschichte von Orpheus und Eurydike, aber auch auf der ersten Oper der Musikgeschichte: des im Jahre 1600 komponierten „Orfeo" von Jacopo Peris. Febel hat die erhaltenen Partiturteile ebenso in sein Werk eingebaut wie das Original-Libretto von Ottavio Rinuccini. Ein Grund auch, warum Orpheus (Hans Wilbrink) und Euridice, die auch als Daphne, Venus und Proserpina auftritt (Helena Jungwirth), ihre Partien in Altitalienisch singen.

Im Gegensatz zu allen anderen Bearbeitungen des Themas ist bei Reinhard Febel Orpheus' Weg in die Unterwelt ein Weg in seine Innenwelt. Und deshalb wabern auf der Bühne die Symbole, daß selbst C. G. Jung sich nicht mehr zurechtfände. Des Orpheus Egotrip durch das Dickicht der Gefühle wird von dem Regisseur und Achim-Freyer-Schüler Helmut Danninger (32) und seinem Bühnenbildner Thomas Dreißigacker (28), ebenfalls Freyer-Schüler, in feierlich erstarrter Psychoheraldik und von Symbolen überladen inszeniert. Alles bleibt chic ästhetisierend und letztlich doch ungeheuer platt und bieder. Bei diesem Weg der Selbstfindung, einer „langsamen Heimkehr", wird Orpheus von Frauen geleitet, bis er am Ende Euridice bei und in sich wiederfindet.

Dem Komponisten Reinhard Febel, der den Inszenatoren sichtlich zur Seite stand, dürfte das seelische Softeis auf der Bühne gefallen haben. Er studierte bei Milko Kelemen und Klaus Huber, lehrt heute an der Musikhochschule in Stuttgart und ist derzeit Stipendiat der Villa Massimo in Rom. „Die musikalische Welt der Oper ‚Euridice' ist eine hybride", erklärt Febel, eine Welt „zwischen Instrumentation, Stilkopie, Collage, Komposition, Klang-Geräusch, Gesang-Sprache-Sprachfetzen. Die Vision von Musik als einer Super-Sprache. Wo die Sprache verstummt, beginnen die Töne zu sprechen." Dies die *Weisheit* im Programmheft, angefüllt mit Aufsätzen des Komponisten.



Wo die Töne sprechen: Orpheus (Hans Wilbrink) in der Kammeroper „Euridice" von Reinhard Febel FOTO: WINFRIED RABANUS

Doch wie sieht die Praxis aus? Febel wagt mit den Tönen nicht nur wenig, sondern auch wenig Neues. Das zehn Mann starke Kammerorchester unter der Leitung von Anton Ruppert ist zwar präzis und engagiert bei der Sache, aber auch auf naive Weise gläubig. Der Zuhörer erschrickt vor so viel musikalischer Biederkeit, als hätte es die Uraufführungen von György Ligetis „Aventures" und „Atmosphères" vor zwanzig Jahren nie gegeben.

So gelingt es Febels Partitur, kurzfristig zu interessieren, doch kaum zu fesseln. Zumal sich der Komponist ganz bewußt nicht von Peris altem Melos trennen, sondern vielmehr zu diesem Beziehungen *herstellen* will. So vermißt der Hörer jeden Willen zur Polarität, jeden Mut zum musikalischen Risiko. Mehr noch: Er vermißt die eigene kompositorische Kraft.

Das weite Land der Seele sei Orpheus unbenommen, doch bleibt zu hoffen, daß es in diesem Land etwas ehrlicher und interessanter aussieht als auf der Experimentierbühne der Bayerischen Staatsoper, der man raten möchte, mehr Moderne und weniger Mode zu wagen.

PASCAL MORCHE

Wagner als Balletheld – „Riccardo W." an der Deutschen Oper in Berlin

Am Barett sollt ihr ihn erkennen

Ein vielfach unguter Abend – mit staunenerregenden Augenblikken. Die Mißverständnisse tanzen Quadrille. Der Wurm ist drin in diesem Ballett, aber er macht von Zeit zu Zeit ganz hübsch Männchen. Dem applaudierten die einen. Die anderen sahen nichts als den Wurm. Die pfiffen und buhten. „Riccardo W.", das *Tanz-Traum-Spiel in der Deutschen* Oper Berlin, von Götz Friedrich imaginiert, von Karl Dietrich Gräwe hindiktiert, von Valery Panov choreographiert, von Bernd-Dietrich Müller kostümiert, von Günther Schneider-Siemssen projiziert, stolpert über *vielerlei Halbherzigkeiten.*

Ein Wagner-Ballett sollte zum Wagner-Jahr her. Eine Notwendigkeit dafür *bestand nicht,* und schon gar nicht, als Nurejew die Choreographie niederlegte, die man ihm angetragen hatte. Ihm stand wohl das Projekt von Anfang an auf allzu papierenen Füßen, denen es nun Beine zu machen galt.

Das übernahm Panov. Was man sich in den dramaturgischen Stuben ballettfern erträumt hatte, *sollte er in* choreographische Anschaulichkeit verwandeln, in tanzende Wirklichkeit. Doch in welche Wirklichkeit wohl? Darüber gingen offenkundig die Ansichten rasch auseinander. Dieses Traumes mit seinen bestürzenden Perspektiven? Oder jene einer Allgegenwart des psychologischen wie des historischen Fakts?

Das war die Frage, auf die jeder eine andere Antwort fand. Schneider-Siemssen projizierte den venezianischen Palazzo Vendramin, die Pariser Opéra (aber natürlich die falsche, nicht die der „Tannhäuser"-Niederlage), das Festpielhaus zu Bayreuth, sodann Schwanen-Allegorien und mitten hinein das Porträt Ludwig II.: Traum-Schauplätze, vorgeführt mit Bildwerfer und Zeigestock.

Musikalisch collagierte man nicht weniger emsig, doch ohne tanzdramatische Überzeugungskraft, Meyerbeer, Mendelssohn, Berlioz, Offenbach, Liszt und Wagner zum Kurkapellenprogramm, vom Orchester unter Michael Heise eher *notgedrungen* als begeisterungsvoll vorgetragen.

Die Idee, einen Wagner-Fan namens Riccardo W. Leben, Lieben und Geschick Wagners durchträumen zu lassen, öffnet der Phantasie Tür und Tor. Freilich muß man die richtigen Schlüssel *dafür* besitzen. Das aber war nicht der Fall. So kam es zu einem Mischmasch aus brav hingetanzter Biographie und abrupten Visionen.

Bei dem flüchtigen Blick auf Wagners Biographie freilich hätte man annehmen können, Wagners arme Frau Minna würde anders tanzen als die verwöhnte Mathilde Wesendonck. Vater Liszt mit Tochter Cosima würden im Tanz ihren Altersunterschied dramatisch-choreographisch *ausspielen, der reife Wagner* in der Bewegung mit dem jungen schwärmerischen Tanzkönig aufs heftigste und erschütterndste kontrastieren. Nichts davon bei Panov.

Franz Liszt erkennt man nicht am Schritt, sondern an der Liszt-Perücke, Bülow am Bülow-Bärtchen, Wagner am Wagner-Barett.

Was der Stoff auch immer bietet – choreographisch Kapital aus ihm zu schlagen wird nicht genutzt. Man tanzt im Einheitsschwung des alten Bolschoi, hält auf Symmetrie und Gleichberechtigung; die gleichen Schritte für jedermann. Daraus kann sich kein Interesse entfalten, es sei denn, man trumpft möglichst oft tänzerisch hemmungslos auf.

Das tut Thomas van Cauwenbergh als Richard Wagner. Wenn er nicht oft weitgehend nackt wäre, würde man sagen, er hat tänzerisch die Spendier*hosen an. Er protzt die volle Serie der* Bolschoi-Sprungspezialitäten tanzend herunter, als sei Wagner vor allem in die Geschichte der Luftfahrt eingegangen. Auf anmutigere Weise tut es ihm darin Jan Broeckx als Ludwig II. gleich.

An Spektakulärem fehlt es der Aufführung nicht. Augenblicke wie jene, in denen Cosima ganz allmählich den Boden unter den Füßen verliert (Katalin Csarnoy führt das bezaubernd vor), sind allerdings selten. Immer *wieder scheint es, als habe* Panov seine Erfolgs-Ballette choreographisch noch einmal geflüstert. Da hilft es auch nicht, daß Alexi Zubiria sich tänzerisch imponierend als Grenadier (im Dienst Napoleons, Heines, Wagners und Panovs gleich vierfach gemartert) pflichttreu zugrunde richtet oder daß Vladimir Gelvan als Franz Liszt die Klavierfinger knetet oder die Abbéfinger segnend erhebt.

Das Stück bleibt weitgehend ohne Segen. Doch die es tanzen, feiert man *sehr. Obwohl man es leicht übersieht:* Auch daran hat der diesmal glücklose Panov schließlich den Löwenanteil.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Chef des Designzentrums Berlin zurückgetreten

PHG. **Berlin**

Das Internationale Designzentrum Berlin wird ab Januar 1984 über keine eigenen Ausstellungsräume mehr verfügen. Nach erheblicher Reduzierung der finanziellen Mittel und nachdem der Bundesverband der Deutschen Industrie dem IDZ nur noch projektgebundene Mittel *zugestehen will, muß das Institut* sein bisheriges Domizil aufgeben. Unter diesen bedrückenden Umständen und mit der Aussicht, daß nur wirtschaftsbezogene Aufgabenstellungen verwirklicht werden können, hat der langjährige Leiter des IDZ, François Burkhardt, seinen Rücktritt erklärt. Burkhardt, der zur Zeit eine Ausstellung deutschen Designs für Japan vorbereitet, wird dem IDZ künftig nur noch als Berater zur Verfügung stehen.

Kehrt Ljubimow ans Taganka-Theater zurück?

AFP, **Moskau**

Der sowjetische Avantgarde-Regisseur Juri Ljubimow will Anfang des kommenden Jahres ans Moskauer Taganka-Theater zurückkehren, wie die Leitung der Bühne mitteilte. Der 66jährige Ljubimow arbeitet derzeit im italienischen Bologna an *einer Inszenierung von* „Tristan und Isolde", die bis Jahresbeginn premierenreif sein wird. In Moskau seien unterdessen bereits die Proben für „Boris Godunow" nach Puschkin im Gang, wurde betont. In Moskau und im Ausland waren in letzter *Zeit immer* wieder Gerüchte über ein Verbot dieser Aufführung laut geworden.

In London jetzt vier polnische Exiltheater

GG. **London**

Dank der finanziellen Unterstützung des „British Refugee Council" erhielt jetzt das „Polnische Kulturzentrum" in London ein eigenes Theater. Damit gibt es in London bereits vier polnische Ensembles: neben dem neuen das seit mehr als 40 Jahren bestehende „Theater des Polnischen Bühnenkünstlerverbandes im Exil", das Ensemble „Pro Arte" und seit mehr als 30 Jahren das Jugendtheater „Syrena". Nachdem ein polnisches Exiltheater unlängst *in Kiel* scheiterte, ist jetzt eines in München geplant.

Bibliotheks-Computer in Betrieb genommen

dpa, **Braunschweig**

An der Universitätsbibliothek Braunschweig wurde der erste Mikrocomputer der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb genommen, der sowohl das gesamte Angebot des Hauses wie das der anderen Bibliotheken in der Region überschaubar macht. Das neue System ähnelt dem Bildschirmtext, faßt aber auf mehreren hundert Informationsseiten jeweils etwa die doppelte Zahl an Zeichen. Der Abruf einer Seite dauert nur drei Sekunden. Der Computer informiert zu den unterschiedlichsten Stichworten über die richtige Fundstelle.

Karlsruhe: Zeichnungen aus Frankreich

epl. **Karlsruhe**

Seit 1965 sammelt die Karlsruher Kunsthalle französische Zeichnungen als Komplement zu dem bedeutenden Bestand an französischer Malerei. *Was in diesem relativ kurzen* Zeitraum erworben wurde, zeigt die Kunsthalle jetzt erstmals bis zum 20. November im Schloß. Es sind 114 Zeichnungen, Aquarelle und Pastelle aus der Zeit von 1570 bis 1930, darunter respektable Blätter von Poussin, Claude Lorrain, Watteau, Boucher, Fragonard, Geuze, Daubigny, Degas, Pissaro, Redon, Seurat und Vuillard. Ein vorzüglicher Kata*log informiert mit ungewohnter* Ausführlichkeit und kritischer Gründlichkeit über jeden Künstler und jedes einzelne Werk.

Kein Wort mit dem OB oder ein Stück im Orkus

AP, **Stuttgart**

Als gelungener Anfang vom Ende des Schauspieldirektors Hansgünther Heyme, *der Stuttgart im kommenden* Jahr verläßt, weil sein Vertrag nicht verlängert worden ist, war „Der Lieblingsnazi" gedacht. In der siebten Version ist das Stück um den Wüstenfuchs Erwin Rommel jetzt ganz tief in einer Schreibtischschub*lade gelandet. Endgültig,* wie der Chefdramaturg der Württembergischen Staatstheater Michael Schindelbeck versichert. Dabei hatte das „Theater" um dieses Stück aus der Feder des Schwieberdinger Verlagskaufmanns Günter Rüber so spannend begonnen. Schon bei der ersten Erwähnung im Kulturausschuß der Stadt Stuttgart „waren alle Anwesenden betreten *und verlegen",* beschreibt Heyme eine Sitzung im vergangenen Frühjahr. Damals habe er dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel ganz beiläufig eröffnet, daß das Leben seines Vaters in Stuttgart auf der Bühne zu sehen sein werde. Nach Heymes Auskunft hat der OB seither kein einziges Wort mehr mit ihm gewechselt.

Deutsch-polnisches Grenzgeheimnis oder: Ein Schein trügt

Von WALTER H. RUEB

Wirtschaftliche Not und Versorgungsengpässe in Polen haben an der deutsch-polnischen Grenze offenbar zu einer besonderen Art von „Handel" geführt. Nach Berichten von motorisierten Polen-Reisenden sind Korruption und illegale Gebührenerhebung beim polnischen Zoll an der Tagesordnung.

Der deutsch-polnische „Handel" geht zumeist augenzwinkernd und in bestem Einvernehmen über die Bühne: Ein Zehn- oder Zwanzig-Mark-Schein verringert Intensität und Dauer der Kofferraumkontrolle, die Wartezeit bei der Paßkontrolle schrumpft auf ein paar Minuten. Wer ahnungslos an die Grenze kommt und im Kofferraum keinen Schein obenauflegt, muß mit minuziöser Kontrolle, Beschlagnahmung verbotener Waren, peinlicher Befragung und vor allem stundenlangem Warten bezahlen. Zu allem gibt es auch noch Streit mit den Reisenden, die mit den schlechten Bräuchen an den Grenzübergängen vertraut sind.

Nach übereinstimmenden Schilderungen von Reisenden kommt es dabei oft zu Szenen, die eher der Feder eines einfallsreichen Komödienautors entstammen könnten. „In Frankfurt an der Oder müssen sich die Reisenden mit ihren Wagen in zwei Fahrspuren einreihen, aus denen es nach der Einfahrt keine Ausweichmöglichkeiten nach rechts oder links mehr gibt", berichtet ein Zahnarzt vom Niederrhein. „Man gibt seinen Paß dem ‚DDR'-Beamten. Der reicht ihn seinem polnischen Kollegen weiter. Alles geht freundlich und korrekt seinen Gang. Schließlich kommt ein Pole aus dem Zollhäuschen, läßt den Kofferraum öffnen, wühlt ein wenig darin herum ..."

Findet der Pole den längst üblichen Geldschein, ist die Durchsuchung beendet. Er geht ins Zollgebäude zurück, reicht den Paß heraus, winkt nach Osten, Richtung Swiecko.

So problemlos geht es allerdings nicht immer, denn nicht jeder weiß um die beschleunigende Kraft des Geldes – zum Leidwesen jener, die in der Pkw-Schleuse stehen, zwar längst ihre „Gebühr" entrichtet haben, jedoch nicht weiterfahren können, weil ihnen der Wagen eines Ahnungslosen den Weg versperrt.

„Manche von den Ahnungslosen schimpfen, erkennen jedoch den Grund des Wartens nicht", erklärt ein anderer Polen-Urlauber. „Die Polen aber haben Zeit, lassen den Unwissenden warten, teilweise stundenlang. Interessant wird es, wenn die dadurch ebenfalls an der Weiterfahrt behinderten Pkw-Fahrer hinter dem Ahnungslosen eingreifen, den Ignoranten beschimpfen, in die Bräuche einweihen und schließlich zur Entrichtung der üblichen Gebühr auffordern. Oft werden dann Geldscheine in kleinere gewechselt, Schecks geschrieben, Visitenkarten und Vertrauen gegen Geldscheine getauscht."

Solche Szenen werden oft laut und heftig – und das direkt vor den Augen und Ohren von „DDR"-Grenzbeamten, die mit steinernen Mienen hinter schußsicherem Glas sitzen, die Ehre der regimetreuen Beamtenschaft des Arbeiter-und-Bauern-Paradieses hochhalten und höchstens verächtlich die Mundwinkel über soviel kapitalistische Korruption und revisionistische Verkommenheit hochziehen.

Aktiv werden die überkorrekten „DDR"-Beamten nur dann, wenn jemand bei der Einreise seinem Paß schon ein Bakschisch beilegt, um dem polnischen Beamten auch noch den Gang an den Kofferraum des einfahrenden Wagens zu ersparen. Darüber sehen die „DDR"-Grenzer nicht hinweg. „Wer diesen Fehler begeht," schildert ein Beobachter seine Erlebnisse, „der erlebt schreckliche Stunden." Bei der Ausreise aus Polen soll es dagegen hilfreich sein, den polnischen Beamten Zugedachtes in den Paß zu legen. „Dann braucht man nicht einmal den Motor des Wagens abzustellen, so schnell geht die Abfertigung."

Bei den Lkw Fahrern gibt es keine Uneingeweihten mehr. Hier kennt jeder den „Tarif". Und es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die polnischen Beamten neuerdings auch scharf auf Naturalien sind. „Die meisten Kapitäne der Landstraße stellen deshalb Tüten mit begehrten Waren und Lebensmitteln bereit, bieten etwas von der Ladung an, fragen den Zöllner, ob vielleicht auch eine Kollegin etwas benötige. Manche Polen äußern angesichts der Ladung des kontrollierten Lkw „gezielte Wünsche", weiß ein Kenner der polnischen Verhältnisse. „Begehrt sind Zucker, Kaffee, Ersatzteile für Autos, Schuhe, Kleidung ..."

Die polnischen Zöllner sind für die „Geschenke" dankbar, zeigen sich erkenntlich, warnen vor ihren Kollegen aus der „DDR". Dabei sprechen sie leise, denn immer mehr „DDR"-Grenzbeamte sind der polnischen Sprache mächtig, spitzen die Ohren und belauschen die Flüstereien.

„Die Beamten von Honecker sind die einzigen, die an der deutsch-polnischen Grenze über die neuen Tatsachen die Nase rümpfen", sagt ein Polenspezialist. „Aber sie sind neidisch, haben jedoch Angst, es ihren polnischen Kollegen gleichzutun. Einerseits verständlich: Ein korrupter Zöllner geht in der ‚DDR' ja auch für Jahre ins Zuchthaus. In Polen wird er höchstens versetzt, wenn er Pech hat, an die Grenze zur Sowjetunion."

Es bleibt noch sonnig und trocken

AP, Frankfurt

Während die Sorgen der Binnenschiffer angesichts des beständig sinkenden Wasserstandes bei den deutschen Flüssen zunehmen, herrschten fünf Wochen vor dem kalendarischen Winteranfang auch am Wochenende bei Sonnenschein und blauem Himmel in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland erstmals nahezu winterliche Temperaturen. Nach Angaben der Meteorologen des deutschen Wetterdienstes in Offenbach sanken die Temperaturen im Verlauf der Nacht zum Sonntag auf bis zu minus fünf Grad im Flachland ab, die Bodentemperaturen gingen sogar bis auf minus acht Grad zurück. Verantwortlich für diese Wetterlage ist laut Wetterdienst eine Hochdruckzone, die sich von Schweden bis zum Mittelmeer erstreckt und trockene Kaltluft aus dem Norden heranführt. Die Meteorologen rechnen für die kommende Woche zwar mit einem weiteren Absinken der Nachttemperaturen, tagsüber soll es aber sonnig und trocken bleiben. Nur im Norden und Osten des Landes soll es sich Dienstag eintrüben.

Enkelin erdrosselt

dpa, Stammbach

Mit einer Krawatte hat ein 73jähriger Rentner in Stammbach (Landkreis Hof) seine elfjährige Enkelin erdrosselt. Anschließend versuchte er sich selbst umzubringen, konnte aber gerettet werden. Über das Motiv bestand gestern noch völlige Unklarheit.

Altar-Geschäft

dpa, Wien

Um den Altar, auf dem Papst Johannes Paul II. im Donaupark von Wien eine Messe zelebrierte, kommt es zu einem gerichtlichen Nachspiel. Die Leitung des Katholikentages hat einen Mann wegen vertragswidrigen Handels angezeigt, der die Holzbretter der Konstruktion in Teile zersägt und als „Reliquien" für Preise zwischen 70 und 135 Mark auf den Markt gebracht hat.

Lösegeld verschwunden

SAD, Dublin

Die irische Polizei fahndet im spektakulären „Fall Shergar" nicht nur nach dem vor einem Dreivierteljahr gekidnappten Wunderpferd des Aga Khan. Wie erst jetzt bekannt wurde, sind seit Juli auch umgerechnet 256 000 Mark Lösegeld spurlos verschwunden. Das bestätigte ein Sprecher der Polizei in Dublin, während die Meldung von „Shergar"-Tierarzt Stan Cosgrove als „reines Märchen" bezeichnet wurde.

Neun Lehrer ermordet

dpa, Lima

Neun Lehrer sind im peruanischen Hochland nach offiziellen Angaben von linksextremen Kräften ermordet worden, weil sie den Guerrillakrieg nicht unterstützen wollten. Erziehungsminister Ricketts dementierte damit einen Bericht der linken Zeitung „El Diario de Marka", nach dem die Lehrer von einer Einheit der Sonderpolizei getötet worden sein sollen.

Tödlicher Virus

dpa, Klagenfurt

An den Folgen einer zur Zeit im österreichischen Bundesland Kärnten grassierenden Viruserkrankung sind bisher drei Babys gestorben. Die Gesundheitsbehörden appellierten gestern an alle Eltern, bei den ersten Anzeichen der von Fieber und schweren Hustenanfällen begleiteten Krankheit sofort einen Arzt aufzusuchen. Bei der sogenannten „Pseudo-Krupp"-Erkrankung handelt es sich um eine fieberhafte Anschwellung der Stimmritzen und des Kehlkopfes.

Die „Meteor" auf Erdbeben-Erkundung

Gespräch mit dem Kapitän des deutschen Forschungsschiffs

DIETER THIERBACH, Bonn

„Sie müssen schon entschuldigen, daß ich zu Anfang einen etwas verschlafenen Eindruck gemacht habe, aber unser Funkoffizier hat mich gerade aus den Federn geholt. Wegen der Nebellage bin ich 24 Stunden nicht von der Brücke gekommen, und jetzt reißt mich Radio Norddeich aus dem Tiefschlaf." Doch Kapitän Uwe Meyer hat sich schnell aufgerappelt.

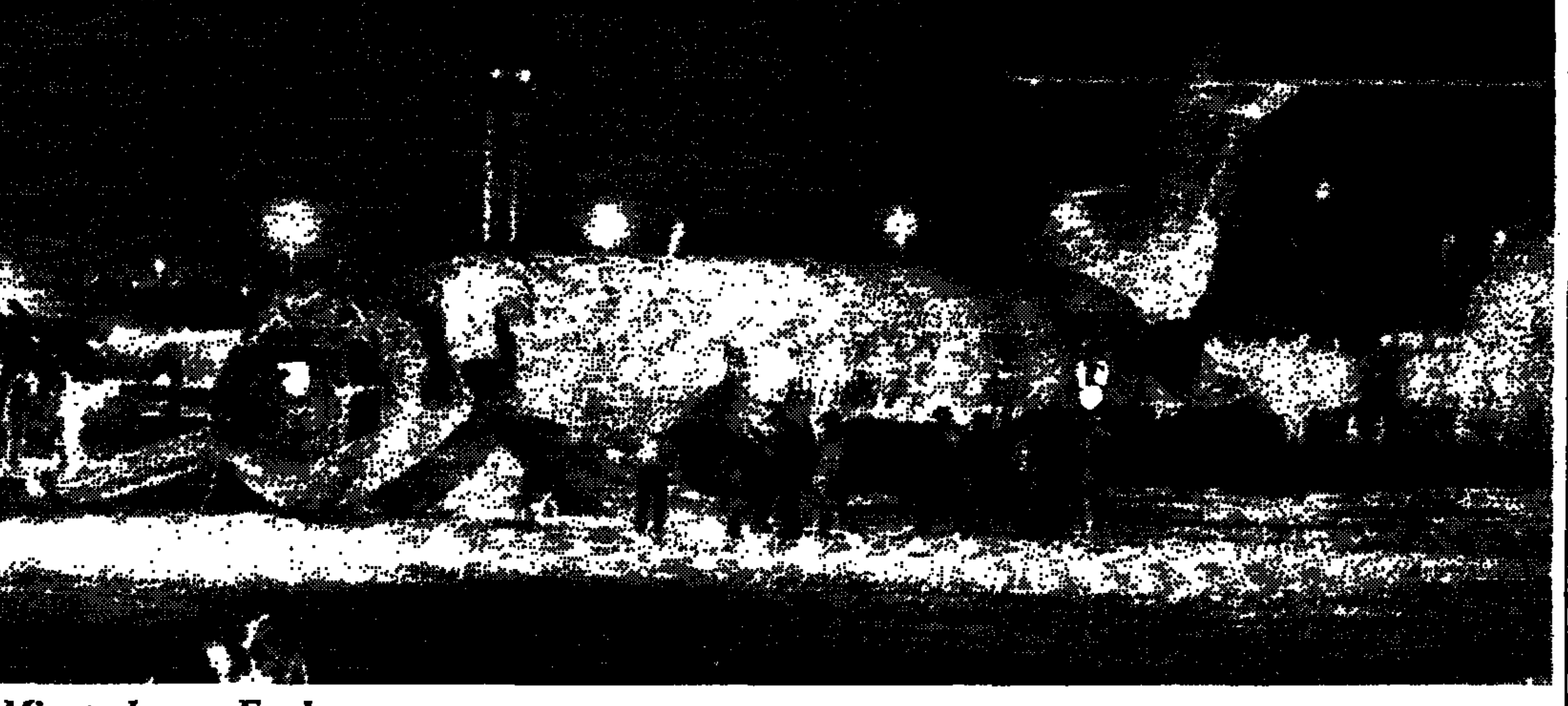
Für den 50jährigen Skipper ist dies bereits die 45. Fahrt auf dem Forschungsschiff „Meteor". Er kennt den Pott wie seine eigene Westentasche. Und auch die Crew ist ihm bestens vertraut, denn die 48 „Jungs" sind zum Teil schon mehr als 20 Jahre mit von der gleichen Partie.

Das in den Jahren 1963/64 bei der AG Weser gebaute 2615-BRT-Schiff lief am 24. März 1964 vom Stapel. Mit 22 Metern Länge und 13,5 Metern Breite durchpflügt die „Meteor" mit maximal 11,5 Knoten die Wogen. Die Finanzierung des Forschungsschiffes liegt zu gleichen Teilen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Deutschen Hydrographischen Institut. „So ein Anruf aus der Heimat kommt nicht besonders oft vor", stellt der Kapitän fest. Die Funkverbindung ist ganz ausgezeichnet. „Wir haben entgegen der Jahreszeit im Moment eine ganz prächtige Wetterlage. Bei ruhiger See und einem kaum nennenswerten Wind laufen die Arbeiten, die die Wissenschaftler planen, phantastisch."

Hauptziel der 66. „Meteor"-Fahrt ist es, den geowissenschaftlichen Erkenntnisstand in einem Gebiet zu erhöhen, in dem die verschiedensten geologischen und regionalen Störungslinien zusammentreffen: im Skagerrak und Kattegat.

22 Wissenschaftler und Techniker der Institute für Geophysik und Meereskunde der Hamburger Uni und des dänischen geologischen Zentralinstitutes sind diesmal an Bord des deutschen Forschungsschiffes. Als Koordinator und Fahrtleiter zeichnet Hans Hirschleber verantwortlich. Dreizehn Hamburger Studenten erleben eine Exkursion besonderer Art: Ihnen wird erstmals Gelegenheit gegeben, marine Geophysik direkt vor Ort zu erleben.

Beim wohl interessantesten Experiment soll mehr Licht in die Tiefenseismik dieser Region gebracht werden. In früheren Zeiten sind Skagerrak-Erdbeben in Jütland registriert und ausgewertet worden: Die auslösenden Ursachen werden in der Krusten-Mantel-Grenze in 30 bis 40 Kilometer Tiefe vermutet. Seit 1968 sind jedoch keine Untersuchungen mehr angestellt worden. Die „Meteor" knüpft mit ihrer Mission hier an. Man vermutet einen tiefreichenden Graben zwischen Südschweden und der „DDR". Geklärt werden soll, ob diese wichtige regionale Verwerfungslinie durch das Kattegat in den Osloggraben oder aber durch Nordjütland, die Jammerbucht und den Skagerrak in den Nordatlantik verläuft.



Minutenlanger Funkenregen ging auf die Landebahn des Flughafens von Miami nieder, als die Boeing 727 der Eastern Airlines in der Nacht zu Samstag auf dem Bauch landete. Der Pilot war zu dem riskanten Manöver gezwungen, weil die Hydraulik des Fahrgestells versagt hatte. Die 149 Menschen an Bord konnten den Vogel unverletzt über Notrutschen verlassen. Einige mußten jedoch anschließend ärztlich behandelt werden – ihnen war etwas von dem ätzenden Löschschaum, mit dem die Feuerwehr den Jet bedeckt hatte, in die Augen geraten. FOTO: AP

WETTER: Trocken und kalt

Wetterlage: Deutschland liegt am Südrand einer Hochdruckzone, die sich von Polen über Dänemark zur Ostsee erstreckt, in einer trocken-kalten Oströmung.

Vorhersage für Montag:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Heiter und trocken. Nachmittagstemperaturen zwischen 2 und 5 Grad C, in den Mittelgebirgen um den Gefrierpunkt. Nachts klar und Frost zwischen minus 3 und minus 7 Grad C, in Bayern örtlich bis minus 10 Grad C. Schwacher, tagsüber etwas auflebender Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Im Norden wolkiger und etwas Niederschlag, sonst noch meist sonnig, allmähliche Frostabschwächung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	22°
Bonn	4°	Kopenh.	1°
Dresden	1°	Las Palmas	22°
Essen	1°	London	9°
Frankfurt	3°	Madrid	15°
Hamburg	2°	Mailand	7°
List/Sylt	3°	Mallorca	21°
München	3°	Moskau	–8°
Stuttgart	3°	Nizza	12°
Algier	23°	Oslo	0°
Amsterdam	1°	Paris	5°
Athen	11°	Prag	0°
Barcelona	16°	Rom	10°
Brüssel	1°	Stockholm	–4°
Budapest	4°	Tel Aviv	20°
Bukarest	4°	Tunis	19°
Helsinki	–6°	Wien	2°
Istanbul	9°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am **Dienstag:** 7.39 Uhr, Untergang: 16.34 Uhr, **Mondaufgang:** 15.09 Uhr, Untergang: 1.21 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vernichtende Anklage bringt frischen Wind in Frankreichs Städtebau

Wirtschafts- und Sozialrat für Abriß der Hälfte aller Vorstädte, die vor '60 gebaut wurden

A. GRAF KAGENECK, Paris

Glanz und Elend französischer Vorstädte sind Gegenstand einer Untersuchung, die der Pariser Wirtschafts- und Sozialrat, ein von der Regierung unabhängiges Beratergremium aus Vertretern aller Berufsstände und Gewerkschaften, der Öffentlichkeit jetzt vorgelegt hat. Das 15-Seiten-Dokument ist eine vernichtende Anklage gegen den seit 35 Jahren in Frankreich betriebenen Städtebau, gegen die maßlose Einwanderungs-Politik aller Regierungen seit 1945, gegen Spekulation, Gewinnsucht und Rassenhaß. Die Verfasser des Berichtes verlangen für die nächsten fünf Jahre eine völlige Neuordnung der viel zu schnell gewachsenen und weiter wuchernden Vorstädte nach menschlichen Gesichtspunkten, bei der „die Straße" mit ihren Tante-Emma-Läden, ihren Handwerksbuden und ihren Bistros wieder natürlicher Mittelpunkt des Lebens sein soll. Die Räte warnen, daß es in wenigen Jahren zu spät sein und zu einer sozialen Explosion unabsehbaren Ausmaßes kommen könnte.

Wer sich Paris von Osten oder Norden über die Autobahn aus Deutschland und Belgien nähert, erhält Anschauungsunterricht in Urbanismus in seiner häßlichsten Form. Alles, was im Bericht des Sozialrats angekreidet wird, ist hier kilometerweit vorhanden. Wohnstadt reiht sich an Wohnstadt, endlos ziehen sich die gesichtslosen, Bienenwaben gleichen Behausungen hin, unterbrochen von klaffenden Baulücken, in denen Kinder aller Hautfarben einem immer gleichbleibenden Spiel im Schatten der Betontürme frönen. „Kaninchenställe" nennen die Verfasser des Berichts diese desperaten Wohnmaschinen, in denen die Menschen eher wie Tiere zusammengepfercht sind, dem Lärm, der Gewalt, der Verzweiflung schutzlos ausgesetzt.

Die Lage ist explosiv geworden. In diesem Sommer gab es allein im Raum Paris zwölf Tote, die von plötzlich irre gewordenen Nachbarn kurzerhand über den Haufen geschossen worden waren. Die Verbrechensquote hat alarmierende Ausmaße angenommen. Reibereien zwischen Franzosen und Einwanderern sind in Paris, Marseille und Lyon an der Tagesordnung. Unter den vier Millionen Fremden, die Frankreich bevölkern, sind mehr als die Hälfte arbeitslos.

In mehreren Orten kam es zu Gewalttätigkeiten gegen den Staat. Züge wurden angehalten, Autobahnen blockiert, gewalttätige Demonstranten zogen vor die Rathäuser. Die Polizei zeigte sich vor allem im berüchtigten Lyoner Ausländerviertel Vernissieux machtlos gegen organisierte Banden Jugendlicher. „Eine Atmosphäre der Angst breitet sich aus und treibt immer mehr Menschen zur Notwehr", warnen die Berichterstatter. Die Angst, das vom Dauer-Lärm zerrüttete Nervensystem und die immer unreiner werdende Luft zum Atmen habe die Bewohner der Vorstädte an die Grenzen ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit getrieben.

Präsident Mitterrand hat die Verbesserung des Lebens in den französischen Vorstädten zur „Priorität der Prioritäten der Regierung" gemacht. Bis 1989 soll dem Übelstand abgeholfen werden. Wie, ist noch Gegenstand mehrerer Untersuchungen von Architekten, Urbanisten und Soziologen. Der Wirtschafts- und Sozialrat zielt allerdings auf eine radikale Lösung ab: Abreißen von etwa der Hälfte aller Vorstädte, die vor 1960 gebaut wurden, da Materialermüdung die meist hastig und schlampig gebauten Wohnzeilen sowieso längst abbruchreif gemacht habe. Abschaffung der „Türme", Übergang von der vertikalen zur horizontalen Bauweise, wobei es nicht darauf ankomme, daß Paris noch weiter ins Land hinauswachse; wichtig sei, daß der Lokalverkehr mitkomme, wobei wieder die gute alte Straßenbahn zu Ehren kommen soll. Wichtig aber vor allem sei, daß sich wieder Wohnsiedlungen bildeten, in denen zu leben sich lohne, in denen man zugleich schlafen, essen, arbeiten und sich amüsieren kann. In solchen Siedlungen würde auch der Fremde integriert werden können, das Getto- und damit das Rassenproblem wie von selbst eine Lösung finden. Die Sozialräte sehen einen Hoffnungsschimmer am Horizont 1990: Die Geburten gehen zurück, die Einwanderung ist nahezu gestoppt, die Landflucht ist versiegt, die Industrialisierung nimmt im Zeichen der Computer und Roboter neue Formen an.

LEUTE HEUTE

Party-Attaché

Der als Bonanza-Boß Ben Cartwright bekannt gewordene Hollywood-Schauspieler **Lorne Greene** (68) ist von der kanadischen Regierung zum „Olympia-Attaché" Kanadas in Los Angeles ernannt worden. Der in Ottawa geborene Fernsehstar sagte dazu: „Ich bin nicht ganz sicher, was meine Aufgabe bei den Olympischen Spielen ist. Ich soll wohl vor allem Garten- und Barbecue-Partys arrangieren."

Erste Spaziergängerin

Die Amerikanerin **Kathryn Sullivan** wird voraussichtlich die erste Frau sein, die einen „Spaziergang" im Weltraum unternimmt. Die Astronautin kündigte am Wochenende an, sie werde bei dem im August nächsten Jahres vorgesehenen Flug der US-Raumfähre „Space Shuttle" diese vorübergehend verlassen. Kathryn Sullivan will sich nicht als sogenannte „erste Frau" sehen. Jeder Mensch, der in einem Beruf arbeite, sei schlicht und einfach ein „Profi", erklärte sie.

Kopie für Bombay

Nach der Eröffnung von „Maxim's" in Peking sieht nun auch Bombay solchen kulinarischen Höhen entgegen. **Pierre Cardin** unterzeichnete jetzt die entsprechenden Verträge für eine ebenfalls originalgetreue Kopie des Pariser Schlemmerladens in der indischen Hafenstadt. Auf der Liste des vielseitigen Modeschöpfers stehen jetzt noch New York, Moskau, Rio de Janeiro, Tokio und Singapur.

ZU GUTER LETZT

„Wer kann mich brauchen? Zu was auch immer! Habe das Faulenzen nach Lottogewinnn satt – 37jähr. ehemaliger höherer Beamter/Akademiker Zuschr..." Anzeige aus „Süddeutsche Zeitung".